



„Selbstverständlich haben wir in der Wachau Urlaub gemacht!“

Österreichisches Leben in der DDR

SABINE FUCHS

Trotz zahlreicher Forschungsarbeiten zur Geschichte der DDR ist über die Situation dort lebender Menschen aus dem „westlichen“ Ausland kaum etwas bekannt.¹ Meist werden sie – wie etwa der Biochemiker Samuel („Mitja“) Rapoport, der Mediziner Otto Prokop, der Regisseur Walter Felsenstein und der Dirigent Othmar Suitner oder die österreichischen SchauspielerInnen am Deutschen Theater in Berlin – nur als Einzelfälle dargestellt, die zufällig oder aus politischer Verblendung in der DDR gelandet sind. Tatsächlich waren die politischen Hintergründe und Motivationen erheblich komplizierter.

Administrative und diplomatische Aspekte

Noch 1989 lebten in der DDR etwa 200.000 AusländerInnen,² und auch die Anzahl jener, die nicht aus anderen osteuropäischen Staaten stammten, war wesentlich größer als die weitverbreitete Vorstellung einer gegenseitigen Abschottung während des Kalten Krieges vermuten lässt. Dabei spielten die beiden deutschsprachigen und politisch neutralen Staaten Schweiz und Österreich eine besondere Rolle. Ungefähr 3.000 Personen mit Schweizer Pass lebten Mitte der 1970er Jahre in der DDR.³ Zur selben Zeit sprach der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky von einer „fünftstelligen Zahl“ von in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen.⁴ Dies ist auch durch archivarische Quellen abgesichert, die eine Anzahl von etwa 12.000 ÖsterreicherInnen und Österreicher in der DDR für das Jahr 1989 bestätigen und vermuten lassen, dass es insgesamt um die 20.000 waren.⁵ Der weitaus größte Teil dieser Menschen ist allerdings nicht bewusst in die DDR emigriert. Meist gingen sie oder ihre Vorfahren schon in der Ersten Republik, jedenfalls aber vor 1945 aus persönlichen Gründen oder um Arbeit zu

suchen nach Deutschland, und blieben auch nach der Staatsgründung der DDR dort. So lebte etwa die vor allem als Schriftstellerin bekannte Hedda Zinner, die 1905 in der Habsburgermonarchie geboren wurde und in Wien aufwuchs, ab 1929 in Berlin. Sie stand schon zu dieser Zeit der KPD nahe, emigrierte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten mit ihrem Mann Fritz Erpenbeck zunächst nach Prag, dann nach Moskau. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs ließ sie sich in der sowjetischen Besatzungszone Berlins nieder und lebte später in der DDR.⁶

Die Frage, wer unter welchen Voraussetzungen nach dem Ende des Dritten Reichs und nach der Proklamation der österreichischen Unabhängigkeit durch SPÖ, KPÖ und ÖVP am 27. April 1945 überhaupt das Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft hatte, führte zu administrativen und diplomatischen Implikationen. Wie sollten die neu gegründeten österreichischen Behörden mit den StaatsbürgerInnen in Deutschland Kontakt aufnehmen? Wie sollte ihre eventuelle Rückführung auf österreichisches Staatsgebiet und die Ausstellung von Reisepässen an im Ausland lebende ÖsterreicherInnen administriert werden? Mit der Gründung der DDR im Jahr 1949 schließlich stellte sich die Frage, wie die die notwendige Zusammenarbeit mit den Behörden der DDR zu gestalten sei.

Die „Österreichische Delegation“ in Berlin

Die hohe Zahl an auf deutschem Boden lebenden ÖsterreicherInnen führte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dazu, dass in Städten ganz Deutschlands österreichische Repatriierungsstellen eingerichtet wurden, die mit Pass- und Rückführungsangelegenheiten aus österreichischer Perspektive beschäftigt waren.⁷ Aus der Berliner Repatriierungs-

stelle, die zunächst für ganz Berlin, bald aber auch für die gesamte sowjetische Besatzungszone zuständig war, ging 1947 die „Österreichische Delegation Berlin“⁸ hervor, deren Büro sich im Westteil der Stadt, ab 1952 in Berlin-Dahlem befand. Obwohl die Repatriierungsstellen zunächst keinen offiziellen konsularischen Status hatten und auch die rechtlichen Befugnisse ungeklärt waren, konnten sie unbehelligt von den Besatzungsmächten ihrer Arbeit nachgehen. Die „Österreichische Delegation“ in Berlin übernahm dabei von Anfang an auch die konsularische Betreuung der in der sowjetischen Besatzungszone lebenden ÖsterreicherInnen, wobei gerade in der Anfangsphase die Haupttätigkeit darin bestand, Pässe auszustellen, was mit einer Überprüfung des Anrechts auf die österreichische Staatsbürgerschaft einherging. Allein das war schon ein erheblicher Aufwand für die 15 bis 20 in dem Büro arbeitenden Personen – phasenweise waren in Berlin bis zu 100 Parteien täglich zu betreuen. In der diplomatischen Korrespondenz dieser Zeit ist von 18.000 in der sowjetischen Besatzungszone lebenden ÖsterreicherInnen die Rede. Die Gesamtzahl lag vermutlich schon damals höher, denn in Zeiten schwieriger Reisebedingungen nach dem Krieg waren nicht alle Betroffenen dazu in der Lage, zeitnah bei der Delegation um einen Pass anzusuchen, wozu eine persönliche Vorsprache notwendig war. Allein in (Gesamt-)Berlin hielten sich 1949 etwa 20.000 ÖsterreicherInnen auf,⁹ sie waren die größte Gruppe von Nicht-Deutschen, die in der sowjetischen Besatzungszone lebten.

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 verkomplizierte sich die Situation, denn nun war nicht mehr die sowjetische Besatzungsmacht offizieller Ansprechpartner für die Delegation und die österreichischen StaatsbürgerInnen, sondern die Behörden der DDR. Gleich-



Wolfgang Heinz (1900–1984)

zeitig waren im beginnenden Kalten Krieg eine offizielle Anerkennung der DDR und damit Gespräche mit den DDR-Behörden auf offizieller Ebene nicht möglich. Schon im November 1949 gab es aber mit Billigung der österreichischen Regierung ein inoffizielles Gespräch zwischen dem Kanzleileiter der Österreichischen Delegation, Seewald, und dem Leiter der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten des neuen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Gerhard Kegel, in dem die Möglichkeiten der Beziehungen und vor allem die Bedingungen der Arbeit der Delegation ausgelotet wurden. Um den Status der Österreichischen Delegation zu verbessern, wurde sie von der Bundesregierung Anfang 1952 dem Wiener Außenamt unterstellt und damit endgültig in den Auswärtigen Dienst eingegliedert.

Ihre Aufgabe in dieser Zeit bestand vor allem in der Organisation des Reiseverkehrs, wobei dies zwei verschiedene Bereiche umfasste: Einerseits betreute sie ÖsterreicherInnen, die – sei es für kurze Zeit, sei es für ständig – aus der DDR ausreisen wollten. Zum anderen war Österreich eines von wenigen westlichen Ländern, das Visa direkt in die DDR-Pässe stempelte und diese somit stillschweigend als offizielles Dokument akzeptierte. Dies erleichterte gerade in der Anfangsphase der DDR Reisen von DDR-BürgerInnen in das westliche Ausland, insbesondere in NATO-Staaten erheblich. Es bestand also ein beiderseitiges Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo: Die DDR-Behörden akzeptierten die Arbeit der Delegation und duldeten, von Ausnahmen abge-

sehen, die Reisefreiheit der auf ihrem Staatsgebiet lebenden Personen mit österreichischem Pass. Österreich behielt im Gegenzug die liberale Visapraxis für DDR-Bürger bzw. -Funktionäre bei. Dies galt auch für die Zeit nach dem September 1960, als die NATO-Länder eine Visa-Sperre gegen DDR-BürgerInnen verhängten. Von den westeuropäischen Ländern weigerten sich neben Österreich nur die Schweiz und Schweden, sich dem Vorgehen der NATO-Länder anzuschließen.¹⁰

Dieser früh etablierte Modus vivendi zwischen der Österreichischen Delegation und den DDR-Behörden blieb mehr oder weniger aufrecht, bis im Dezember 1972 offizielle diplomatische Kontakte zwischen den beiden Staaten aufgenommen werden konnten. Die Aufgaben der Delegation in Hinblick auf die in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen entsprachen aber schon nach ihrer Gründungsphase denen einer offiziellen Vertretungsbehörde. Dieser Status wurde auch von den DDR-Behörden akzeptiert, obwohl das nicht rechtlich verbindlich gewesen wäre.

Die Frage der Staatsbürgerschaft

Ein wesentlicher Faktor für die hochbleibende Anzahl an in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen war das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht. Es beruhte seit dem Beginn der Ersten Republik im Wesentlichen auf der Abstammung der betreffenden Person von österreichischen Eltern bzw. ganz allgemein von österreichischen Vorfahren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielten mit dem Staatsbürgerschaftsüberleitungsgesetz¹¹ alle Personen die österreichische Staatsbürgerschaft zurück, die diese auch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich und dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich besessen hatten. Zudem hatten auch jene einen Anspruch, die während der Zeit des Nationalsozialismus einen (vor- bzw. nachmaligen) österreichischen Staatsbürger geheiratet hatten oder als Kind eines solchen geboren worden waren. Grundlage dieser Vorgangsweise war die offizielle österreichische Rechtsauffassung, dass der österreichische Staat zwischen 1938 und 1945 vom deutschen Reich okkupiert gewesen ist. Damit hatten alle Personen das Anrecht auf einen österreichischen Pass, die auch vor 1938 ÖsterreicherInnen waren; zudem die Ehegatten und Kinder dieser Personen, auch wenn Eheschließung bzw. Geburt

in die Zeit des Deutschen Reichs fiel. Zum Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft führten der Erwerb der Staatsbürgerschaft eines anderen Staates sowie der freiwillige Eintritt in den Dienst eines anderen Staates, wobei die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reichs zwischen 1938 und 1945 von diesem Passus nicht betroffen war.¹² Das „ius sanguinis“ – also das Staatsbürgerschaftsrecht aufgrund von Abstammung – führte zu Widersprüchen mit dem Staatsbürgerschaftsrecht der DDR, denn das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1967 räumte dem Territorialprinzip Priorität ein – grundsätzlich war jede Person, die auf dem Staatsgebiet der DDR geboren wurde, Bürger der DDR.¹³ Die Konfliktlinie ist offensichtlich: Die Kinder von ÖsterreicherInnen, die auf dem Staatsgebiet der DDR geboren wurden, besaßen per definitionem beide Staatsbürgerschaften, konnten also einen österreichischen Pass beantragen und taten das auch meist, wurden aber von den DDR-Behörden als Doppel-Bürger angesehen, und konnten damit auch Probleme bei Auslandsreisen bekommen.

Es gab noch weitere Bruchlinien. So waren die österreichischen Behörden keineswegs darauf erpicht, großzügig mit dem Zugestehen der Staatsbürgerschaft umzugehen. Jeder einzelne Fall wurde akribisch geprüft – wer etwa der in der DDR Beamter war, verlor das Anrecht auf die österreichische Staatsbürgerschaft, weil dies als „freiwilliger Eintritt in den Dienst eines fremden Staates“ gewertet wurde. Männer, die gemäß dem Allgemeinen Wehrpflichtgesetz vom 24. Januar 1962 ihren Grundwehrdienst in der NVA antraten, verloren das Anrecht auf die österreichische Staatsbürgerschaft zwar nicht (denn dies wurde als Verpflichtung und nicht als freiwillig gewertet), aber jede Art von freiwilliger Verpflichtung, auch wenn diese im Rahmen einer möglichen Berufsausbildung stattfand, führte ebenfalls zum Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Zwei kurze Beispiele verdeutlichen, wie akribisch die österreichischen Behörden das Recht auf die Staatsbürgerschaft überprüften: Einem in der DDR lebenden Mann wurde der österreichische Pass verweigert, weil sein in Innsbruck geborener Großvater (auf dessen Abstammung er sich berief), nach dem Ersten Weltkrieg als Südtiroler für Italien optiert hatte. Und eine Frau bekam erhebliche Probleme mit den österreichischen Behörden, weil sie in ihrem Passansuchen als Berufsbezeichnung

„Postbeamtin“ angegeben hatte und Beamte nach österreichischer Rechtsauffassung im Dienst der DDR standen – damit hatten sie das Anrecht auf die österreichische Staatsangehörigkeit verwirkt. Die Frau konnte nach längerem Schriftverkehr allerdings nachweisen, dass sie lediglich Angestellte bei der Post der DDR war, nicht aber Beamtin, was letztlich dazu führte, dass ihr der österreichische Pass doch ausgestellt wurde.¹⁴ Diese und andere Beispiele zeigen, wie restriktiv die österreichischen Behörden vorgingen – vor allem, wenn sie befürchteten, ausreisende Personen würden dem österreichischen Staat finanziell zur Last fallen oder das österreichische Sozialsystem belasten. Gerade in der späteren Phase der Ausreisen aus der DDR wurde von Seite der österreichischen Botschaft immer wieder nachgefragt, ob die Person, die als Kind eines Österreicher oder aufgrund von Eheschließung einen österreichischen Pass beantragt, sich in Österreich niederlassen will, ob sie Verwandte oder Bekannte hat, die sie aufnehmen und die ihnen den Start erleichtern, und ob sie Vorstellungen hat, wie sie ihren Lebensunterhalt verdienen will.

Ein tatsächlich höheres Maß an Konflikten zwischen in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen einerseits und den Behörden der DDR andererseits lässt sich erst für die letzten Jahre vor der „Wende“ feststellen. Dazu haben neben einer allgemein größer werdenden Unzufriedenheit mit dem politischen System auch die Widersprüche in den Staatsbürgerschaftsgesetzen von Österreich und der DDR und die ungeklärte Lage der „Doppelbürger“ beigetragen.¹⁵ Eine Zäsur in den zwischenstaatlichen Beziehungen stellt die im Rahmen der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts stattfindende diplomatische Anerkennung der DDR und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Dezember 1972 dar – Österreich, Schweden, die Schweiz und Zypern waren die ersten westeuropäischen Staaten, die zeitgleich Botschafter mit der DDR austauschten. Die Unterzeichnung des Konsularvertrags 1975 war ein weiterer Schritt der Normalisierung,¹⁶ der Hand in Hand mit der Erweiterung ökonomischer Kontakte ging. Diese hatten mit der 1954 erfolgten Öffnung des Wiener Büros der „Kammer für Außenhandel der DDR“ ihren Anfang genommen¹⁷ und wurden in den 1980er Jahren vor allem mit Kooperationen mit der verstaatlichten österreichischen VOEST-Alpine AG fortgesetzt. So wurde 1980 anlässlich eines Staatsbesuchs von Erich

Honecker in Österreich bekanntgegeben, dass die VOEST den Auftrag zum Bau eines Konverter-Stahlwerks in Eisenhüttenstadt erhalten habe. Für die Zeit des Baus in der ersten Hälfte der 1980er Jahre lebten auch viele österreichische VOEST-Arbeiter in Eisenhüttenstadt.¹⁸

Menschen und ihre Motive

Die relative Normalität der zwischenstaatlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und diplomatischer Ebene dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Großteil der österreichischen Nachkriegsgesellschaft und der österreichischen politischen Elite antikommunistisch, in vielen Fällen generell antimarxistisch und oft auch antisemitisch eingestellt war. Vor diesem Hintergrund – der Selbstverständlichkeit, mit der viele ÖsterreicherInnen, die aufgrund biografischer Zufälle in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. der DDR lebten, auch dort blieben einerseits, antikommunistische und antisemitische Tendenzen in der österreichischen Gesellschaft andererseits – gab es etliche ÖsterreicherInnen, die ganz bewusst in die DDR gingen. Die Gründe dafür waren individuell unterschiedlich, meist waren sie politischer, aber auch beruflicher Natur oder vereinten beide Aspekte. Die Voraussetzungen reichten häufig in die Zeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus zurück.

Als in Österreich im Februar 1934 nach der Ausschaltung des Parlaments durch die Christlichsozialen und dem darauffolgenden Bürgerkrieg die linken Organisationen durch das neu installierte austrofaschistische Regime verboten wurden, traten viele junge und intellektuelle SozialistInnen, etliche davon jüdischer Herkunft, aus Enttäuschung über die zu kompromissbereite sozialdemokratische Politik zur KPÖ über.¹⁹ Von denjenigen, die der Verhaftung durch die Austrofaschisten entgingen oder wieder frei kamen, verließen etliche Österreich schon 1934/35 oder waren im Untergrund politisch tätig. Nach der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich im März 1938 ging die Opposition gegen den Austrofaschismus nahtlos in die Opposition gegen die Nationalsozialisten über, wobei zu der Gefährdung aus politischen Gründen die Gefahr der rassistischen Verfolgung als „Jüdin“ bzw. „Jude“ gemäß den Nürnberger Rassegesetzen hinzukam. Aus diesem Grund war die politische Tätigkeit im Untergrund für viele keine Option mehr. Nur



Georg Knepler (1906–2003)

wenige blieben in Wien, für die meisten jungen österreichischen KommunistInnen jüdischer Herkunft hingegen war spätestens 1938 das Exil die logische Folge.

Rückkehr aus dem Exil

Für jene, die den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg im Exil überlebt hatten, gestaltete sich die Rückkehr oft schwierig – umso mehr, wenn sie als Juden und als Marxisten von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren. Der Versuch der Heimkehr nach Österreich war oft mit weiterer Ausgrenzung und mit weiteren emotionalen Verletzungen verbunden. So erging es beispielsweise dem Ethnologen und Historiker Friedrich Katz. Er wurde 1927 in Wien als Sohn des Journalisten und Schriftstellers Leo Katz geboren, der Mitglied der KPÖ war und zwischen 1930 und 1933 mit seiner Familie in Berlin lebte. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten floh die Familie nach Frankreich, wo Katz die Volksschule besuchte; 1938 emigrierte er mit seinen Eltern zunächst nach New York, 1940 schließlich nach Mexiko City, wo er 1945 die französische Schule abschloss.²⁰ Er studierte in New York und Mexiko City und kehrte 1949 nach Wien zurück, wo er an der philosophischen Fakultät der Universität Wien das Fach Völkerkunde inskribierte und 1954 zum Thema „Probleme der sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Organisation der Azteken“ promovierte. Obwohl seine beiden Gutachter Wilhelm Koppers und Robert Heine-Geldern seine Dissertation mit „sehr gut“ beurteilten, verhinderte der Hauptprüfer seines Philosophie-Rigorosums, der dem



Samuel „Mitja“ Rapoport (1912–2004)

Austrofaschismus nahestehende und auch für seine antisemitischen Vorurteile bekannte Philosoph Leo Gabriel sen., dass Katz, der seit seiner Rückkehr 1949 Mitglied der KPÖ war, sub auspiciis Praesidentis promovieren konnte. Mit einer sub auspiciis-Promotion hätte er Anrecht auf eine Assistentenstelle gehabt,²¹ ohne sie konnte er in Wien wissenschaftlich nicht Fuß mehr fassen. Schließlich teilte ihm sein Zweitbetreuer Robert Heine-Geldern (ein ebenfalls zurückgekehrter Emigrant, aber politisch konservativ) mit, dass man ihm „einzig für die DDR“ ein Empfehlungsschreiben ausstellen könne. „Mit anderen Worten, man hat mich rausgeschmissen aus Österreich. Hitler hat’s das erste Mal getan, und Heine-Geldern tat es das zweite Mal“;²² so Katz in einem Interview. Ab 1956 arbeitete er am Institut für Allgemeine Geschichte (Abteilung Neuere Geschichte) der Humboldt-Universität in Berlin, wo er sich 1962 mit der Arbeit „Deutschland, Diaz und die mexikanische Revolution: Die deutsche Politik in Mexiko 1870–1920“ habilitierte. Katz lehrte bis 1970 an der Humboldt-Universität, aus Enttäuschung über den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei nahm er im Studienjahr 1968/69 eine Einladung für eine Gastprofessur an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) und 1971 schließlich einen Ruf an die University of Chicago an.

Noch dramatischer verlief der Lebensweg von Samuel („Mitja“) Rapoport. Er wurde 1912 auf dem Gebiet der heutigen Ukraine geboren und kam mit seinen Eltern Anfang der 1920er Jahre nach Wien, wo er die Mittelschule absolvierte und Medizin studierte. Er trat dem *Verband Sozialistischer Mittelschüler* bei,

wo er den Schriftsteller Jura Soyfer kennenlernte und sich mit ihm anfreundete. Nach dem österreichischen Bürgerkrieg im Februar 1934 und dem Versagen der Sozialdemokratischen Partei schlossen sich beide der bereits illegalen kommunistischen Bewegung an. Nach Abschluss des Medizinstudiums ging Rapoport mit einem Stipendium in die USA, wo er auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten blieb. Seine Forschungen an der Haltbarkeit von Blutkonserven stellten einen wichtigen Fortschritt für die Versorgung von Kriegsverwundeten dar, weswegen er mit dem höchsten an Zivilisten vergebenen Orden der USA ausgezeichnet wurde.

In der McCarthy-Ära musste Rapoport aufgrund der Verfolgung der KommunistInnen die USA verlassen, da ihm und seiner Frau die Inhaftierung drohte. Die Versuche, eine seiner Qualifikation entsprechende Anstellung in Wien zu erlangen, scheiterten – ob dazu die in den Quellen immer wieder behauptete Intervention der US-Besatzungsbehörden bei der Universität Wien nötig war, darf aufgrund anderer gescheiterter Versuche von MigrantInnen, sich im Nachkriegsösterreich eine berufliche Zukunft aufzubauen, bezweifelt werden. So nahm Rapoport 1952 ein Angebot der Humboldt-Universität zu Berlin an, das dortige Institut für Biochemie aufzubauen, dessen Vorstand er bis zu seiner Emeritierung 1978 blieb.

Neues Theater in der Scala

Gut erforscht ist die Geschichte des *Neuen Theaters in der Scala*, einer in der sowjetischen Besatzungszone Wiens von RemigrantInnen gegründeten Bühne, die nach dem Abzug der Besatzungstruppen praktisch zur Gänze aus Wien vertrieben wurden.²³ Auch hier reichen die Zusammenhänge bis in die Erste Republik zurück. In der Schweiz hatte sich der Leiter des Zürcher Schauspielhauses Oskar Wälterlin gemeinsam mit seinem Chefdramaturgen Kurt Hirschfeld für die Aufnahme von in Deutschland und Österreich politisch gefährdeten Schauspielern eingesetzt. So kamen von deutscher Seite unter anderem Wolfgang Langhoff und Therese Giehse. Als Öster-

reicherInnen kamen Wolfgang Heinz, Karl Paryla, Emil Stöhr, Erika Pelikowsky, Hortense Raky und Mathilde Danegger. Als sich das Ende des Zweiten Weltkriegs abzeichnete, hofften die österreichischen Mitglieder des Zürcher Schauspielhauses, allen voran Wolfgang Heinz, der ein führendes Mitglied der Exilbewegung *Freies Österreich* war, die Zukunft des Wiener Kulturlebens auf eine antifaschistische Basis stellen und ein nicht-bürgerliches Theater in Wien gründen zu können. Während sie mit ersterem scheiterten, erfüllte sich der zweite Teil des Plans mit der Gründung des *Scala-Theaters* im Jahr 1948.

Dort arbeiteten die vom Zürcher Schauspielhaus zurückgekehrten KünstlerInnen mit jenen aus London wie Otto Tausig und dessen spätere Frau Lilly Schmuck und anderen kommunistischen Theaterschaffenden wie Trude Bechmann und Peter Sturm zusammen. Zur Theaterszene in Ostberlin gab es schon von den ersten Jahren an enge Beziehungen. Wolfgang Heinz inszenierte bereits vor 1955 mehrfach am Deutschen Theater in Berlin, Brechts „Leben des Galileo“ wurde in Wien aufgeführt, und das *Scala-Theater* unternahm mehrfach Gastspielreisen in die DDR. Die Scala stand von Anfang an unter politischem Beschuss, obwohl sie sehr erfolgreich war, und die ständigen Angriffe hatten nach dem Ende der sowjetischen Besatzung schließlich Erfolg. Die Schließung wurde vor allem von der sozialdemokratischen Stadtverwaltung betrieben. Der zuständige Stadtrat Hans Mandl erteilte dem Theater aus politischen Gründen keine Konzession mehr, obwohl er selbst von einem „kulturpolitisch hervorragenden, volksbildnerisch einwandfreien“ Theater gesprochen hatte.²⁴

Nach der Schließung der *Scala* waren die dort tätigen KünstlerInnen arbeitslos. Die Suche nach neuen Arbeitsmöglichkeiten innerhalb Österreichs, aber auch im Westen Deutschlands blieb für die meisten aufgrund ihres kommunistischen Engagements erfolglos. In dieser Situation unterstützten Bertolt Brecht, vor allem aber Wolfgang Langhoff die Übersiedlung der österreichischen SchauspielerInnen und Regisseure in die DDR. Die meisten fanden am Deutschen Theater, einige (wie Gerhard Klingenberg) am Berliner Ensemble neue Aufgaben. Leicht wurde dies in erster Linie aufgrund der gemeinsamen deutschen Muttersprache, die auch dazu führte, dass die ÖsterreicherInnen zumeist gar nicht als „Ausländer“ wahrgenommen wurden,

obwohl sie wie Wolfgang Heinz, Trude Bechmann oder Otto Stark ihren österreichischen Pass nie ablegten und aus diesem Grund auch ohne Einschränkungen reisen konnten.

Exil in London

Neben Zürich erwies sich London als weiterer wichtiger Exil-Ort, an dem deutsche und österreichische marxistisch orientierte EmigrantInnen jüdischer Herkunft schon während des Kriegs Kontakte knüpften. Im Gegensatz zu der zwar auch über politische Gemeinsamkeiten, aber in erster Linie über die gemeinsame künstlerische Arbeit zusammenfindenden Exilgruppe am Zürcher Schauspielhaus wurden viele Exilaktivitäten in London direkt von der KPÖ organisiert. Hier waren die KommunistInnen die wichtigste und aktivste Parteigruppe, obwohl sie sich bis zum Kriegseintritt der Sowjetunion 1941 nicht als Parteimitglieder zu erkennen geben konnten – dies hätte in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts die sofortige Internierung als „feindliche Ausländer“ zur Folge gehabt.²⁵ Da die bekannten Parteimitglieder bis 1941 faktisch ausgeschaltet waren, versuchten vor allem jüngere KommunistInnen wie die Wiener Medizinstudentin Eva Kolmer, die breite Masse der österreichischen Flüchtlinge über politisch neutrale Organisationen für die antifaschistische Arbeit zu sammeln. Kolmer befand sich bereits seit 24. März 1938 als eine der ersten österreichischen Flüchtlinge in London. Auch sie war immer wieder von Verhaftung bedroht; der Geheimdienst MI5 drängte mehrfach auf ihre Internierung – nicht mit der Begründung, dass sie eine feindliche Ausländerin sei, sondern ganz offen mit der Begründung, sie sei Kommunistin. Nach dem Ende des Hitler-Stalin-Pakts und dem Kriegseintritt der Sowjetunion änderte der MI5 schließlich seine Position. Kolmer wurde allerdings wie andere österreichische KommunistInnen bis in die Nachkriegszeit überwacht.²⁶

Der Aufbau einer Sammlungsbewegung österreichischer Flüchtlinge begann schon Mitte 1938.²⁷ Im März 1939 wurde das *Austrian Centre* gegründet, das überparteilich organisiert war und den Anspruch hatte, alle geflüchteten ÖsterreicherInnen zu vertreten. Es war als Klub konzipiert und hatte bereits im Juli 1939 1.500 Mitglieder. Seine ersten Räumlichkeiten bezog das Centre in Paddington im Nordwesten Londons, binnen kürzester Zeit wurden eine Bibliothek mit Leseraum eingerichtet,

die Monatsschrift *Österreichische Nachrichten* gegründet und ein Restaurant aufgebaut. Die Aktivitäten reichten vom Verlag *Free Austrian Books*, einen Kreis der Musikfreunde, der allein 1943 rund 50 Konzerte organisierte, bis zur Kleinkunstabühne *Laternndl*, die zwischen 1938 und 1945 23 Stücke zur Aufführung brachte. Sekretär des *Austrian Centre* war der Musikwissenschaftler Georg Knepler, der Philosoph Walter Hollitscher war Vizepräsident.²⁸

Beide fanden später – zumindest für einige Zeit – ihren Lebensmittelpunkt in der DDR.

Von Anfang an bestanden enge Beziehungen zwischen österreichischen und deutschen KommunistInnen im englischen Exil. Auch die deutschen KommunistInnen versuchten, eine überparteiliche Volksfront-Bewegung gegen die Nazis in London aufzubauen. Schon einen Monat nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Pakts machte Heinz Schmidt, der spätere Ehemann von Eva Kolmer, den Sozialdemokraten einen Vorschlag zur Zusammenarbeit, den diese jedoch ablehnten. So war auch die *Freie Deutsche Jugend* wie das *Austrian Centre* eine formal zwar überparteiliche, jedoch hauptsächlich von KommunistInnen organisierte Bewegung mit großem Zulauf unter den Flüchtlingen und Gruppen in London, Manchester, Sheffield, Liverpool, Leeds und Bournemouth. Die Tätigkeit der FDJ bestand in Bildungsarbeit, Hilfsaktionen für Flüchtlinge und Unterstützungsarbeit für die Alliierten, es gab einen FDJ-Chor und ein Jazz-Quartett.²⁹ Zwischen dem *Austrian Centre* und der FDJ gab es enge Beziehungen. So beschreibt der als Kurt Eisenberg in Herne geborene Ken Ellington, dass nach seiner Internierung in Kanada in London das *Austrian Centre* auch für ihn als Deutschen der erste Anlaufpunkt war und er und seine deutschen Freunde „von



Die Schauspieler Friedrich Lobe (2.v.l.) und Emil Stöhr, die nach der Schließung des „Neuen Theaters in der Scala“ ans Deutsche Theater in Berlin engagiert wurden, verabschieden sich am 28. August 1956. Ganz links Mira Lobe.

den dortigen jungen Leuten [...] wie lang verschollene Freunde mit offenen Armen empfangen“ wurden.³⁰

Der Lebensweg des 1922 in Wien geborenen Andre Asriel, der 1938 als 16-Jähriger von seiner Mutter mit einem Jugendtransport nach Großbritannien geschickt wurde und in London enge Beziehungen sowohl zum *Austrian Centre* als auch zur FDJ hatte, ist in vielen Punkten exemplarisch für das österreichische Exil in London. Er kam zwar – im Gegensatz zu vielen anderen – noch als relativ unpolitischer Jugendlicher nach England und arbeitete zunächst als Hilfskraft in einer Bäckerei. Über seinen ehemaligen Wiener Mitschüler, den österreichischen Dichter Erich Fried, kam er in Kontakt mit der FDJ und dem *Deutschen Kulturbund*. Da Asriel schon als Jugendlicher ein sehr guter Pianist war, lernte er über die Musik auch Georg Knepler kennen und engagierte sich in verschiedenen deutschen und österreichischen Exilinitiativen als Musiker – auch, um damit Geld zu verdienen.³¹ Er leitete den FDJ-Chor, war als Musiker für das vom *Austrian Centre* organisierte Exilkabarett *Laternndl* tätig und spielte in einem von allen ExilantInnen geschätz-

ten Jazz-Quartett.³² Im April 1942 überreichte er als Teil einer FDJ-Delegation der Frau des sowjetischen Botschafters in London, Agnia A. Maiski, eine Schallplatte des FDJ-Chors.³³ Im *Laternndl* lernte er den Kabarettisten Otto Stark und den Schauspieler Otto Tausig kennen. Während Stark später in der DDR als Kabarettist und Satiriker bekannt werden sollte schloss sich Tausig im Nachkriegswien dem *Scala*-Theater an und kam schließlich 1956 mit den Züricher Exilanten nach Ostberlin.³⁴

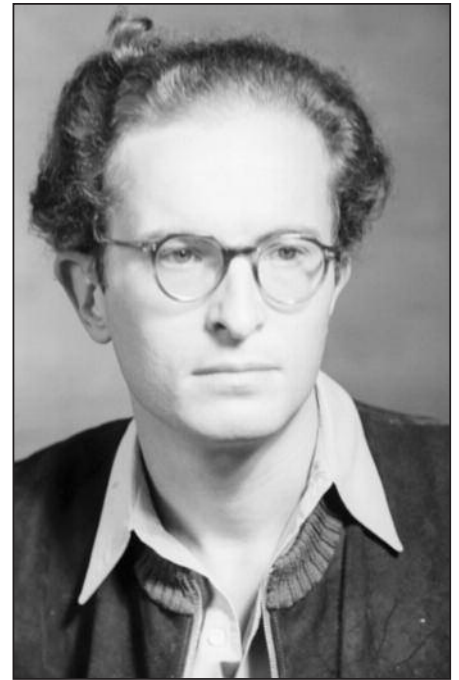
Asriel kehrte nach dem Krieg zwar kurz nach Wien zurück, fand dort aber niemanden von seiner engeren Familie mehr vor – seine Mutter hatte Selbstmord begangen, um der Deportation zu entgehen, seine Schwester lebte in Jugoslawien. In die bürgerliche Existenz entfernterer Verwandter mochte er sich, mittlerweile Kommunist, nicht mehr einfinden. Als Freunde von der FDJ aus der Exilzeit ihm im sowjetisch besetzten Teil Berlins 1946 einen Studienplatz besorgten, verließ er Wien und legte nach der Gründung der DDR als einer der wenigen prominenten DDR-Österreicher auch seine österreichische Staatsbürgerschaft ab. Er wurde Komponist und einer der wichtigsten Filmkomponisten der DEFA, und er etablierte in der DDR nicht ohne Widerstände den Jazz als musikalische Ausdrucksform der in den USA unterdrückten Schwarzen. Er schrieb auch das erste Jazz-Lexikon der DDR, das immer wieder neu aufgelegt wurde.³⁵ Asriel und Schmidt-Kolmer gingen noch vor der Gründung der DDR nach Ostberlin, Georg Knepler und Walter Hollitscher im Jahr 1949.

Enttäuschungen

Neben Berlin war Leipzig die häufigste Anlaufstelle. Der in 1909 in Graz geborene Historiker Walter Markov wuchs nach dem ersten Weltkrieg in Jugoslawien auf, studierte in Bonn, wo er 1934 promovierte und Mitglied der KPD wurde. 1935 wurde er verhaftet und zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 organisierte er die Selbstbefreiung der politischen Häftlinge aus der Strafanstalt Siegburg. Nach Kriegsende versuchte er vergeblich, sich im Westen beruflich zu etablieren und übersiedelte nach Leipzig, wo er sich 1947 zum Thema „Grundzüge der Balkandiplomatie 1878–1939“ habilitierte. Markov war wesentlich am Aufbau der Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte an der Universität Leipzig beteiligt. Von ihm stammt die Idee zur Gründung eines Instituts für die „Ge-

schichte der europäischen Volksdemokratien“, dass das einzige Universitätsinstitut mit dieser Forschungsrichtung in der DDR bleiben sollte. Es war auch mit zeitweise fünfzehn wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen das größte Institut für Osteuropäische Geschichte in der DDR.³⁶ Markov war kommissarischer Direktor des Instituts, bis er 1958 durch Basil Spuru abgelöst wurde, der ebenfalls in der Habsburgermonarchie geboren war und in Czernowitz und Wien die Schule besucht hatte. Spuru, 1898 als Josef Hutschneker in einer gutbürgerlichen jüdischen Familie geboren, wurde schon 1916 Mitglied der Sozialistischen Jugend in Wien, wurde im selben Jahr zum Militärdienst in der k.u.k. Armee eingezogen, wurde 1919 Angehöriger der Roten Armee der ungarischen Räterepublik und noch im gleichen Jahr Mitbegründer der rumänischen kommunistischen Partei. 1927 emigrierte er in die UdSSR, wo er lebte, bis er 1954 in die DDR übersiedelte. Dort wurde er 1955 zunächst Professor an der Journalistischen Fakultät der Universität Leipzig, bis er Markov als Direktor des Instituts für die Geschichte der europäischen Volksdemokratien ablöste, eine Position, die er bis zu seiner Emeritierung 1964 innehatte.³⁷ Nicht nur Markov und Spuru, auch andere MitarbeiterInnen des Instituts für die europäischen Volksdemokratien stammten aus Ländern der ehemaligen Habsburgermonarchie, hatten Deutsch in der Kindheit zumindest als Verwaltungssprache gelernt und waren den Ländern, die sie erforschten, auch emotional verbunden – nicht nur wegen ihrer Herkunft, sondern auch, weil sie nach dem Zweiten Weltkrieg dazu beitragen wollten, dass eine feindliche Stimmung gegen die östlichen Nachbarn nie wieder aufkommen konnte.³⁸

Das Leben in der DDR verlief aber für manche der gebürtigen ÖsterreicherInnen bzw. der österreichischen StaatsbürgerInnen nicht friktionsfrei. Walter Markov wurde wegen seiner abweichenden Meinung zum Titoismus 1951 aus der SED ausgeschlossen.³⁹ Walter Hollitscher wurde im Frühjahr 1953 im Zuge des in der Tschechoslowakei stattfindenden Slánský-Prozesses für kurze Zeit verhaftet, weil er verdächtigt wurde, während des englischen Exils Kontakte zu „sowjetfeindlichen Agenten“ gepflegt zu haben.⁴⁰ Eva Schmidt-Kolmer und Heinz Schmidt mussten zwischen 1950 und 1954 Berlin verlassen und sich in Schwerin niederlassen. Schmidt-Kolmer konnte in dieser Zeit allerdings als Leite-



Andre Asriel (1922–2019)

rin der Abteilung für „Gesundheitsschutz für Mutter und Kind“ im Ministerium für Gesundheitswesen des Landes Mecklenburg ihre Karriere als Sozialhygienikerin fortsetzen. 1954 wurden sie und ihr Mann rehabilitiert. Friedrich Katz verließ – wie erwähnt – die DDR 1970 aus Enttäuschung über den Einmarsch des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei,⁴¹ ebenso kehrten einige der SchauspielerInnen zurück, die 1956 nach der politisch motivierten Schließung des *Scala*-Theaters nach Ostberlin gegangen waren.

Ihre Geschichte zeigt allerdings nur zu deutlich, dass der Enttäuschung im Osten eine noch heftigere Desillusionierung in der alten Heimat folgen konnte. So fand Otto Tausig nach seiner Rückkehr nach Wien fast 20 Jahre lang kein Theaterengagement mehr. Erst als Gerhard Klingenberg, der selbst zeitweise in der DDR gelebt und am Berliner Ensemble gearbeitet hatte, Burgtheaterdirektor wurde, konnte Tausig in Wien wieder öffentlich auftreten.⁴² Auch Karl Paryla wurde nach seiner Rückkehr nach Wien öffentlich diffamiert, ausgegrenzt und de facto mit einem Berufsverbot als Theaterschauspieler belegt. Als 1961 Pläne bekannt wurden, ihn ans Theater in der Josefstadt zu engagieren, schrieb der notorische Kommunistenhasser Hans Weigel in der *Kronen-Zeitung*: „Die österreichischen Theater und Sender [...] haben das Recht, einen Schauspieler abzulehnen, welcher sich wiederholt gegen Österreich und für das bolschewistische System ausgesprochen hat.“⁴³ Weigel verlangte von Paryla, der sich tatsächlich nie „gegen Österreich“ ausgesprochen

hatte, ein öffentliches Abschwören vom Kommunismus: „Wenn Sie nur deutlich sagen ‚Ich bin nimmer dabei‘ [...] würde dies ausreichen. Unsere Zeitung steht Ihnen in jedem gewünschten Umfang zur Verfügung.“⁴⁴ Paryla reagierte nicht auf Weigels Aufforderung, und auch bei ihm dauerte es bis in die 1970er Jahre, bis er sich in Österreich als Schauspieler wieder durchsetzen konnte. Eine Fortsetzung seiner bei der DEFA begonnenen Karriere als Filmregisseur war ihm nicht mehr möglich.⁴⁵

Für die DDR hingegen war die Immigration österreichischer KünstlerInnen und Intellektueller ebenso eine Sache des politischen Prestiges nach außen wie eine Sache des direkten Kulturtransfers, beispielsweise einer bestimmten Theater- oder Musiktradition. Die ÖsterreicherInnen standen für das Erbe der deutschsprachigen Kultur im Allgemeinen und trugen wesentlich dazu bei, es nach dem Krieg in die junge DDR zu integrieren. Viele von ihnen waren jüdischer Herkunft und kamen aus den Konzentrationslagern oder dem Exil zurück nach Österreich, nur um – häufig aufgrund politischer und rassistischer Ausgrenzung – kurze Zeit später in den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. die DDR zu gehen. Neben den schon Genannten ließen sich noch viele weitere Beispiele aufzählen: Fred und Maxie Wander lebten als ÖsterreicherInnen in der DDR, ebenso Bertolt Brecht und Helene Weigel, die gebürtige Wienerin war. Der Philosoph Leo Kofler, der Komponist Hanns Eisler, der Intendant Walter Felsenstein und der Dirigent Othmar Suitner sind weitere Beispiele. Manche (wie Andre Asriel und der Historiker Leo Stern) legten die österreichische Staatsbürgerschaft zurück, weil sie nach der Zeit des Nationalsozialismus und den rassistischen und politischen Ausgrenzungen der Nachkriegszeit mit Österreich abgeschlossen hatten. Andere behielten sie ihr Leben lang und reisten immer wieder nach Österreich. So erzählte der Kabarettist Otto Stark noch in einem Interview 2007, er und seine Frau hätten ganz selbstverständlich jedes Jahr einmal Urlaub in der Wachau gemacht.⁴⁶

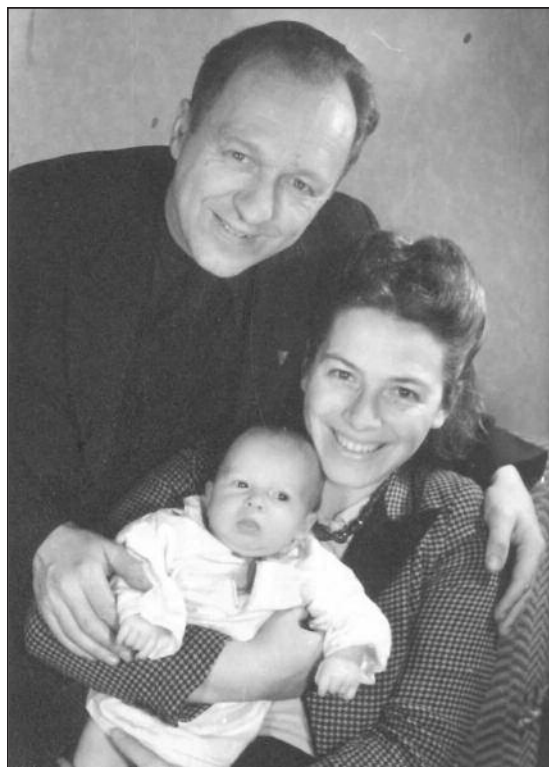
Obwohl viele österreichische KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und Intellektuelle in der DDR lebten und – wie etwa am Deutschen Theater in Berlin oder an der Universität Leipzig – auch in enger Kommunikation zusammenarbeiteten, bildeten sich weder in Leipzig noch in Berlin exklusiv österreichische Gruppen heraus. Die politische und

künstlerische (oder wissenschaftliche) Identität dominierte die nationale und auch die religiöse. So betont Andre Asriel in einem lebensgeschichtlichen Interview im November 2007, dass er in der DDR keine besonderen Kontakte zu anderen ÖsterreicherInnen hatte, und dass die Tatsache seiner jüdischen Herkunft für ihn erst nach der „Wende“ an Bedeutung gewonnen habe. Georg Knepler und Eva Schmidt-Kolmer hatten nach Kriegsende Kontakt, auch als Knepler noch in Österreich und Schmidt-Kolmer schon mit ihrem Ehemann Heinz Schmidt in Ostberlin lebte – er erwähnt in einem Brief einen Besuch des Ehepaars in Wien. Noch enger war er mit seinem im Berlin geborenen Berufskollegen Ernst Herrmann Meyer befreundet, den er ebenfalls aus dem englischen Exil kannte und mit dem er sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Österreich aus als auch in der DDR in engem Kontakt stand.⁴⁷

Wenn es überhaupt Netzwerke gab, dann handelte sich um Netzwerke von internationalistischen und kommunistischen Intellektuellen, von denen die älteren schon seit Beginn der 1930er Jahre antifaschistisch engagiert gewesen waren, und von denen sich viele ungeachtet der deutschen oder österreichischen Herkunft schon während des Nationalsozialismus im Exil angefreundet hatten. Zu ihnen zählten nicht nur Deutsche und ÖsterreicherInnen, sondern – wie etwa der Belgier Joris Ivens oder der Schweizer Benno Besson – auch andere Staatsangehörige. Die Identität bezog sich nicht auf den Reisepass – ob man Österreicher/in war, spielte letztlich keine Rolle.

Anmerkungen:

1/ Einzelne Aspekte finden sich in folgenden Studien zu bilateralen Beziehungen der DDR: Pekelder, Jacco: Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989. Münster 2002. Weiss, Karin/Dennis, Mike (Hg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland. Münster 2005; Abraham, Nils: Die politische Auslandsarbeit der DDR in Schweden. Zur Public Diplomacy der DDR gegenüber Schweden nach der diplomatischen Anerkennung (1972–1989). Münster 2007; Hoff, Henning: Großbritannien und die



Eva Schmidt-Kolmer (1913–1991) mit ihrem Mann Heinz Schmidt.

DDR 1955 bis 1973. Diplomatie auf Umwegen. München 2003; Becker, Bert: Die DDR und Großbritannien 1945/49 bis 1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik. Bochum 1991; Schüle, Annegret, Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR: „Gewährleistung des Prinzips der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung“, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Nr. 1/2002, S. 80–100.

2/ Jasper, Dirk: Ausländerbeschäftigung in der DDR, in: Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster/New York 1991, S. 151–189, hier S. 171f.

3/ Fink, Hans-Jürgen: Übrige Westeuropäische Länder, in: Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. München/Wien 1979, S. 513–536, hier S. 525.

4/ Kreisky, Bruno: Es geht um tausende Österreicher, in: *Aktuelle Woche*, Nr. 7/1975, S. 27.

5/ Die Zahl ergibt sich aus den Akten der „Österreichischen Delegation Berlin“ bzw. der Österreichischen Botschaft in Ostberlin. Dort wurden Akten zu allen Personen angelegt, die mit der jeweiligen der beiden Behörden Kontakt aufgenommen haben – fast ausschließlich in der DDR lebende ÖsterreicherInnen, die ihren Pass verlängern wollten. Da Akten von Verstorbenen meist (aber nicht durchgängig) vernichtet wurden, liegt die Gesamtzahl der Betroffenen mit Sicherheit höher als die durch knapp 12.000 erhaltene Personenakten belegten Fälle. Die Akten lagen bis in die 2000er Jahre im Archiv



Trude Bechmann (1904–1982)

des Österreichischen Außenministeriums in Wien, wo sie eingesehen werden konnten. Heute befinden sie sich im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik.

6/ <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/zinner-hedda> [1.12.2019].

7/ Der politisch-diplomatische Status dieser Repatriierungsstellen war zunächst unklar; etliche lösten sich nach kurzer Zeit wieder auf.

8/ Vgl. Graf, Maximilian: Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung. Wien 2016, S. 60–72.

9/ Fiesinger, Klaus: Ballhausplatz-Diplomatie 1945–1949. Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemanzipation Österreichs. München 1992, S. 364.

10/ Graf: Österreich und die DDR, S. 70–73.

11/ https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bgbl-Pdf/1945_59_0/1945_59_0.pdf [31.10.2019].

12/ <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/-timelines/entwicklung-der-staatsbuergerschaft.html> [4.11.2019].

13/ <http://www.verfassungen.de/ddr/staatsbuergerschaft67.htm> [4.11.2019].

14/ Die Kenntnis über die einzelnen Fälle und die Rückschlüsse, die sich daraus über die Lebensumstände der in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen ziehen lassen, beruhen auf den Evidenzakten, die die österreichische Delegation über alle in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen führte.

15/ Die restriktive Vorgangsweise der österreichischen Behörden in Hinblick auf die Einreise lässt sich ebenfalls in den Evidenzakten, die auch die Korrespondenz der Behörden zu einzelnen Fällen enthalten, nachvollziehen. Ebenso lassen sich Rückschlüsse auf die Probleme mit den DDR-Behörden nachvollziehen, denn die österreichische Delegation war in diesen Fällen der logische Ansprechpartner für die in der DDR lebenden ÖsterreicherInnen. Tatsäch-

lich wird die Delegation aber in sehr vielen Fällen nur bei der Passverlängerung kontaktiert – was den Schluss zulässt, dass die Betroffenen eben keine über bürokratische Unannehmlichkeiten hinausgehenden Konflikte mit den Behörden der DDR hatten.

16/ Vgl. Rögner-Francke, Andrea: Die Beziehungen zwischen der DDR und Österreich, in: Weilemann, Peter R. (Hg.): Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren. Melle 1989, S. 33–189.

17/ Jacobsen, Hans-Dieter: Strategie und Schwerpunkt der Außenwirtschaftsbeziehungen, in: Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. München, Wien 1979, S. 293–311, hier S. 302f.

18/ *Neues Deutschland*, 11.11.1980, S. 1; Waschietl, Engelbert: Österreich und die DDR in der Nachkriegszeit, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 41. Jg. (1990), Nr. 9, S. 546–552.

19/ Zu ihnen zählte etwa die später in der DDR als Schauspielerin bekannte Trude Bechmann, die schon in den 1920er Jahren wegen ihres studententpolitischen Engagements gegen nationalsozialistische Umtriebe von der Universität Wien relegiert wurde und ihr Germanistik- und Geschichtstudium aus diesem Grund nicht vollenden konnte. Sie verließ Österreich 1934 und ging zunächst in die Tschechoslowakei, kehrte 1938 aus Jugoslawien nach Österreich zurück und arbeitete illegal im Untergrund für die KPÖ. Bechmann blieb bis zum Kriegsende unentdeckt. Vgl. Zoitl, Helge: Hochschulautonomie und Studentenrecht, in: Weinzierl, Erika u.a. (Hg.): Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976–1993. Band 1. Wien 1995, S. 86–98.

20/ Kaller, Martina: Friedrich Katz an der Universität Wien. Von der Exzellenz ins Nichts, in: dies./Mayer, David/Molden, Berthold (Hg.): Friedrich Katz. Essays zu Leben und Wirken eines transnationalen Historikers. Frankfurt am Main u.a. 2012, S. 35–44, hier S. 37f.

21/ Ebd., S. 38.

22/ Mayer, David: Der Weltenläufer: Friedrich Katz und die historiographischen Debatten seiner Zeit, in: Kaller u.a. (Hg.): Friedrich Katz, S. 73–83, hier S. 76.

23/ Pellert, Wilhelm: Roter Vorhang. Rotes Tuch. Das Neue Theater in der Scala (1948–1956). Wien 1979; Köper, Carmen Renate: Ein unheiliges Experiment. Das neue Theater in der Scala (1948–1956). Wien 1995.

24/ Köper: Experiment, S. 228.

25/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Österreicher im Exil – Großbritannien 1938–1945. Eine Dokumentation. Wien 1992, S. 164.

26/ Brinson, Charmian; Dove, Richard: A Matter of Intelligence: MI5 and the Surveillance of Anti-Nazi-Refugees 1933–1950. Manchester 2014,

v.a. Chapter 14: The Austrian Centre – and “the great Eva”, S. 128–141.

27/ Österreicher im Exil, S. 165.

28/ Ebd., S. 167.

29/ Röder, Werner: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Bonn, Bad Godesberg 1973, S. 51–53 sowie 193–215.

30/ Ellington, Ken (= Kurt Eisenberg): Als junger Emigrant in Kanada und England, in: Fleischhacker, Alfred (Hg.): Das war unser Leben. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien 1939–1946. Berlin 1996, S. 59–75, hier S. 66.

31/ Interview mit Andre Asriel am 30.11.2007 in Berlin. Vgl. dazu auch Fuchs, Sabine: Österreichische Lebensläufe in der DDR, in: Eichinger, Barbara/Stern, Frank (Hg.): Film im Sozialismus – die DEFA. Wien 2009, S. 292–317, hier S. 306–317.

32/ Blumenthal, Werner: Jugendhaus London, 12 Belsize Park, in: Fleischhacker: Das war unser Leben, S. 26–48, hier S. 31.

33/ Fleischhacker: Leben, S. 270.

34/ Interview mit Otto Stark am 5.12.2007.

35/ Interview mit Andre Asriel am 30.11.2007.

36/ Behrendt, Lutz Dieter: Die Osteuropahistoriografie der DDR. Das Beispiel Leipzig, in: Dahmann, Dittmar (Hg.): Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Stuttgart 2005, S. 183–194, hier S. 185f. Vgl. auch: Kinner, Klaus (Hg.): Der Universalhistoriker Walter Markov (1909–1993). Beiträge des achten Walter Markov-Kolloquiums. Schkeuditz 2011.

37/ Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Berlin 2010.

38/ Behrendt: Osteuropahistoriografie, S. 186.

39/ Ebd., S. 185.

40/ Wittich, Dieter: Walter Hollitscher als Interpret und Popularisator wissenschaftlicher Prozesse. Feststellungen und Gedanken zu seinem Leben und Werk unter besonderer Beachtung seiner Jahre in der frühen DDR, in: Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter Hollitscher (1911–1986), hg. von der Alfred Klahr Gesellschaft. Wien 2003, S. 15–43, hier S. 19.

41/ Mayer: Friedrich Katz, S. 78.

42/ Köper: Experiment, S. 241.

43/ Zit. nach ebd., S. 239.

44/ Ebd.

45/ Fuchs, Sabine: Österreichische Künstlerinnen und Künstler bei der DEFA, in: Wedel, Michael u.a. (Hg.): DEFA International. Grenzüberschreitende Filmbeziehungen vor und nach dem Mauerbau. Wiesbaden 2013, S. 305–314, hier S. 313.

46/ Interview mit Otto Stark am 5.12.2007.

47/ Oberkofler, Gerhard/Mugrauer, Manfred: Georg Knepler. Musikwissenschaftler und marxistischer Denker aus Wien. Innsbruck, Wien, Bozen 2014, S. 141.

Widerstand und Befreiung – literarisch gestaltet

Der kommunistische Schriftsteller Otto Horn (1923–1991)

MANFRED MUGRAUER

Otto Horn wurde am 17. Mai 1923 als Sohn eines Angestellten aus einer jüdischen konvertierten Bürgerfamilie und einer Lehrerin in Wien geboren. Das Familienvermögen ging zwar in den Inflationszeiten der 1920er Jahren verloren, er wuchs aber „in einem bescheidenen bürgerlichen Milieu“¹ in einem Siedlungshaus am Heuberg am Stadtrand von Wien auf. Horns Großvater war ein k.u.k. Oberst und Neffe von Moriz Szepe, dem ersten Verleger des *Neuen Wiener Tagblatts*, der damals führenden liberalen Zeitung Österreichs. Sein Vater Maximilian war Oberleutnant der k.u.k. Armee und arbeitete als Bankbeamter. Seine Mutter Rosina (geborene Keller) wiederum stammte aus ländlichen Waldviertler Bauern- und Handwerkerkreisen. Horns Angaben zufolge waren seine Eltern Sozialdemokraten, seine Mutter war praktizierende Katholikin.²

Journalistische Laufbahn

Der Hauptinhalt von Horns beruflichem Lebensweg war die journalistische Arbeit. Zunächst war er von April bis Juni 1945 Leiter der „Abteilung für Agitation, Schulung und Presse“ in der Bezirksleitung der KPÖ Hernals und arbeitete am Aufbau einer demokratischen Bezirksverwaltung mit.³ Im Juni und Juli 1945 nahm er als hoffnungsvoller und „entwicklungsfähiger Parteiarbeiter“⁴ am ersten Kurs der zentralen Parteischule der KPÖ teil, deren Leiter Hermann Langbein ihm „viel Eifer und Intelligenz“ bescheinigte.⁵

Otto Horns anschließende journalistische Laufbahn zeigt die Wirkungsmöglichkeiten, die sich bis 1955 im Umfeld der KPÖ und der sowjetischen Besatzungsmacht boten: Bis Dezember 1945 arbeitete er als Redakteur der von der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) herausgegebenen Monatszeitschrift *Jugend*. Nach einem kurzen Zwischenspiel beim Pressedienst der KPÖ war er von März 1946 bis März 1947 für die Kulturredaktion der *Österreichischen Zeitung* tätig,⁶ die von der sowjetischen Besatzungsmacht herausgegeben wurde. Im Sommersemester 1946 nahm er an der Universität Wien ein Studium auf, musste dies aber aufgrund beruflicher

Überlastung und aus familiären Gründen im Sommer 1947 abbrechen, hatte er doch zwei Kinder zu versorgen.⁷ Von Juli 1947 bis September 1949 war Horn Redaktionssekretär der von der KPÖ initiierten Kultur- und Intellektuellenzeitschrift *Österreichisches Tagebuch*, die von Bruno Frei geleitet wurde. Journalistisch machte er sich in diesen Jahren vor allem als Filmkritiker einen Namen. Dies war wohl auch der Grund, warum er von September 1949 bis Oktober 1951 als Pressechef der neu gegründeten *Universal-Film* arbeitete, die für den Verleih sowjetischer, deutscher und österreichischer Filme in der sowjetischen Besatzungszone zuständig war. Nach wenigen Monaten freiwilliger Arbeitslosigkeit, um sich schriftstellerischen Schwerpunkten widmen zu können,⁸ war Horn von März 1952 bis zu deren Einstellung im Juli 1955 erneut bei der *Österreichischen Zeitung* tätig, zuletzt als Abteilungsleiter für Innenpolitik und Lokales.

Nach Abschluss des Staatsvertrags gelang es Otto Horn, sich als Auslandskorrespondent für Presse, Hörfunk und Fernsehen mehrerer sozialistischer Länder zu etablieren. Er arbeitete zunächst als Wiener Korrespondent der *Berliner Zeitung*, war Mitarbeiter der Literaturabteilung des DDR-Rundfunkprogramms *Deutschlandsender* und schrieb u.a. für die in der DDR herausgegebene *Wochenpost* und den in Bukarest verlegten (deutschsprachigen) *Neuen Weg*. In den 1960er Jahren war seine Hauptbeschäftigung jene eines Fernsehkorrespondenten. Vom 1. März 1959 bis Jahresende 1970 war er für den Deutschen Fernsehfunke der DDR tätig, seit Juli 1966 als Chefkorrespondent für Österreich und die südosteuropäischen Länder.⁹ Daneben gestaltete er auch Beiträge für Radio Prag und den Ungarischen Fernsehfunke. Im Zuge dieser journalistischen Arbeit bereiste er gemeinsam mit seiner ebenso als Korrespondentin arbeitenden Frau Europa. Gertrude Horn führte die Kamera, während Otto Horn als Reporter die Kommentare sprach. Einige Male wurden die Rollen getauscht. Am 31. März 1965 hat Horn als DDR-Fernsehkorrespondent in Wien mitgefilmt, wie Ernst Kirchwegger bei einer Demonstration gegen den antisemitischen Hoch-

schulprofessor Taras Borodajkewycz erschlagen wurde.¹⁰

Populäre Massenlieder

Neben seiner beruflichen Arbeit als Journalist machte sich Otto Horn auch als Literat einen Namen, zunächst mit Lyrik, Kurzprosa und Texten zu Massenliedern. Bereits 1937 hatte Horn seine ersten Gedichte geschrieben.¹¹ Seine nach 1945 verfassten Gedichte wurden u.a. in der *Österreichischen Zeitung*, dem KPÖ-Zentralorgan *Österreichische Volksstimme* und im *Tagebuch* veröffentlicht. Horns literarische Produktion war stets eng mit seinem politischen Engagement verknüpft. In den 1940er und 1950er Jahren war er vor allem als Liedtexter ein wichtiger Faktor der kommunistischen Kulturpolitik, nicht zuletzt im Rahmen der Friedenspolitik, die zu dieser Zeit geradezu im Zentrum der KPÖ-Politik stand. Populär wurden das „Lied der Friedenskämpfer“ mit dem Titel „Steht auf, ihr Millionen!“ aus dem Jahr 1950 und das von ihm getextete Friedenslied der Jugend mit dem Titel „Brauche, Jugend, deine Kraft“, das anlässlich der dritten Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin im Jahr 1951 entstand. Komponist war in beiden Fällen Marcel Rubin. Von Horn und Rubin stammten auch das Lied des Pfingsttreffens der *Freien Österreichischen Jugend* im Jahr 1951 („Jugendtreffen der 50.000“) mit dem Titel „Die Fahnen des Friedens“ und das viel gesungene „Lied der FÖJ“.¹² Als im Dezember 1952 in Wien der „Völkerkongress für den Frieden“ stattfand, schufen Rubin und Horn ein dem dritten Weltfriedenskongress gewidmetes „Lied der Völker“.¹³

Als Liedtexter war Otto Horn bereits im September 1950 prominent in Erscheinung getreten, als anlässlich der *Österreichisch-Sowjetischen Freundschaftswochen* der sowjetische Komponist Anatoli Nowikow, der Schöpfer des Weltjugendlieses („Jugend aller Nationen“), in Wien weilte. Er schuf bei dieser Gelegenheit ein schwungvolles Lied, dessen Text „Was wir träumen, das wird unsre Zukunft sein“ Horn im Nachhinein beisteuerte. Das Lied wurde erstmals am 22. September 1950 in einem Konzert des Wiener FÖJ-Chors im *Sowjetischen*



Anatoli Nowikow (links) und Otto Horn im September 1950 auf der Titelseite der „Welt-Illustrierten“.

Informationszentrum im „Porr-Haus“ aufgeführt. Nowikow dirigierte selbst, das Konzert wurde mit Lautsprechern ins Freie übertragen.¹⁴ Ein großformatiges Foto von Horn mit Nowikow fand sich auf der Titelseite der *Welt-Illustrierten*,¹⁵ der reich bebilderten Wochenbeilage der *Österreichischen Zeitung*.

Die Tatsache, dass Otto Horn als anerkannter „Parteidichter“ galt, kam auch darin zum Ausdruck, dass er 1949 mit dem damals der KPÖ angehörenden Komponisten Karl Heinz Füssl den Wahlkampfsong „Ho-ruck nach links“ mit dem Slogan „Der Feind steht rechts. Das Volk wählt links“ entwickelte. Ebenso gemeinsam mit Füssl entstand das „Lied für Genossen Koplenig“, den Vorsitzenden der KPÖ, mit dem Titel „Er ist unsre Fahne im Kampf“.¹⁶ Bei der Festveranstaltung zum 15. Parteitag der KPÖ im Wiener Konzerthaus wurde am 3. November 1951 „Brauche, Jugend, deine Kraft“ von einem Massenor aus mehreren Arbeiterchören gesungen.¹⁷ Auch bei der Festveranstaltung zum 16. Parteitag der KPÖ am 13. Mai 1954 im Konzerthaus stand erneut ein Werk von Marcel Rubin und Otto Horn am Programm, nämlich das von einem Massenor und den Wiener Symphonikern interpretierte Lied „Von der Donau bis zum Bodensee“.¹⁸ Zahlreiche von Otto Horn getextete Lieder fanden auch Aufnahme in die vom kommunistischen

Stern-Verlag herausgegebene Sammlung „Hundert Kampf- und Volkslieder“, die in Kreisen der KPÖ und FÖJ breite Verwendung fand.¹⁹ Ein letztes Mal trat Horn als politischer Liedtexter hervor, als anlässlich der Weltjugendfestspiele in Wien im Jahr 1959 „Wir sind die Jugend der ganzen Welt“ entstand. Komponist dieses unter 150 Einsendungen mit dem ersten Preis ausgezeichneten Walzerlieds war erneut Marcel Rubin.²⁰ Werke von Otto Horn waren bereits bei den vorangegangenen Weltjugendfestivals in Berlin (1951), Bukarest (1953) und Warschau (1955) prämiert worden. Anlässlich der Warschauer Westfestspiele

errang er im Literaturwettbewerb einen zweiten Preis für sein Radiostück „Abendländische Reportage“.²¹

Neben den „Massenliedern“ war Horn der Texter von zwei Vokalwerken größerer Form, die beide von Marcel Rubin vertont wurden und in aktuelle politische Auseinandersetzungen eingriffen: Am 11. Februar 1951 fand im Wiener Musikverein die Uraufführung der Arbeiterkantate „Wenn wir nicht wollen, gibt’s keinen Krieg“ statt, die sich in die Friedenspolitik der KPÖ einfügte. Gottfried Kassowitz dirigierte in diesem Februar-Gedenkkonzert der *Russischen Stunde* das Große Orchester der RAVAG und den von Tonja Sontis-Czukovits einstudierten RAVAG-Chor. Die SolistInnen waren Gerda Nonnenmacher, Otto Wiener und Georg Oeggel. Das Festkonzert wurde auch von den Sendern Moskau, Warschau, Prag, Budapest und Rundfunkstationen der DDR übertragen.²² Am 5. Juli 1953 wurde in der *Russischen Stunde* der RAVAG eine weitere Kantate von Rubin und Horn aufgeführt: „Das Beispiel Saalfelden“, ein siebenteiliges Chorwerk für Jugendchöre, hatte die Ereignisse in der Salzburger Stadt im August 1951 zum Inhalt, als Delegierte zum Berliner Weltjugendfestival aus Frankreich und Großbritannien von US-amerikanischen Besatzungssoldaten aus dem Zug geholt und hinter Stacheldraht gesperrt wurden. Die Choreinstudierung

lag erneut bei Sontis-Czukovits, Solist war der Bassbariton Hans Dalesicki.²³ In Summe gehören die von Otto Horn und Marcel Rubin geschaffenen Vokalwerke, vor allem die damals populären „Massenlieder“, zu den bedeutendsten künstlerischen Erzeugnissen, die im Rahmen der kommunistischen Kulturpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden. Sie sind heute völlig in Vergessenheit geraten und bedauerlicherweise auch auf keinem Tonträger erhältlich.

Friedenslyrik

Otto Horn war auch als Lyriker im Rahmen der österreichischen Friedensbewegung präsent. Als der *Österreichische Friedensrat* 1950 und 1952 Anthologien mit „Friedenslyrik“ aus Vergangenheit und Gegenwart herausbrachte, war hierin auch Otto Horn mit Gedichten vertreten, u.a. neben Walther von der Vogelweide, Franz Grillparzer, Nikolaus Lenau, Ludwig Anzengruber und Rainer Maria Rilke, neben Georg Trakl, Karl Kraus, Franz Werfel und Anton Wildgans bis hin zu Franz Theodor Csokor, Theodor Kramer, Jura Soyfer, Hugo Huppert und Arthur West.²⁴ Gemeinsam mit dem Regisseur Günter Haenel und Marcel Rubin erstellte Otto Horn 1952 auch einen Drehbuchentwurf für einen musikalischen Spielfilm über ein Friedensthema. Durch einen Wechsel in der Direktion der sowjetisch verwalteten *Wien-Film* am Rosenhügel wurde „Symphonie des Friedens“ aber letztlich nicht realisiert.²⁵

Neben dem friedenspolitischen Engagement war die Lyrik Otto Horns „aus den gegenwärtigen Kämpfen der Arbeiterschaft geschöpft“, wie August Beranek anlässlich einer Lesung im *Sowjetischen Informationszentrum* treffend auf den politischen Anspruch des künstlerischen Schaffens von Horn hinwies.²⁶ Im Mai 1955 wurde Horn mit einem zweiten Platz beim Literaturwettbewerb des Charlie-Chaplin-Friedenspreises in der Kategorie „beste Gedichte“ ausgezeichnet, u.a. für das Gedicht „Die Docker von Saint-Nazaire“ über den Streik der Hafentarbeiter in der französischen Küstenstadt im Jahr 1950.²⁷ Chaplin hatte zuvor den Geldwert seines Weltfriedenspreises für „Arbeiten im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung“ zur Verfügung gestellt.²⁸

Otto Horns Beitrag zur Friedenspolitik war jedoch nicht auf die künstlerische Arbeit beschränkt. Im *Komitee junger Österreicher für Frieden und Verständigung*, das 1951/52 als ein Element der österreichischen Friedensbewegung

Aktivitäten entfaltete, spielte Horn eine führende Rolle. Gemeinsam mit dem Publizisten Kurt Dichtl, der Schriftstellerin Vera Ferra-Mikura, dem FÖJ-Funktionär Paul Frischauer, dem Komponisten Karl Heinz Füssl, dem Regisseur Wolfgang Glück, dem Maler Rudolf Hausner, dem Gewichtheber Anton Richter, dem Chemiker Thomas Schönfeld, dem Schauspieler Otto Tausig u.a. unterzeichnete er einen auf einer Konferenz am 17. Juni 1951 beschlossenen Aufruf an die „Jungen Österreicher“.²⁹ Insgesamt war Otto Horn in diesen Jahren in zahlreiche kulturpolitische Gestaltungsabläufe in und im Umfeld der KPÖ eingebunden. Er nahm an Sitzungen der Kulturkommission der Partei teil, war Redaktionsmitglied des *Tagebuch* und Mitglied der 1946 etablierten Fraktion (bzw. Gruppe) kommunistischer Schriftsteller, die bis Ende der 1950er Jahre in regelmäßigen Abständen zusammentrat. Eine Zeit lang war Horn auch Sekretär der Gruppe.³⁰

Otto Horns wichtigstes und erfolgreichstes kulturpolitisches Engagement war sein Bemühen um eine Sammlung junger, antifaschistischer SchriftstellerInnen. Er war die treibende Kraft, dass 1949 erstmals AutorInnen wie Gerhard Fritsch, Fred Wander, Christine Busta, Milo Dor, Friedl Hofbauer, Reinhard Federmann, Hans Heinz Hahnl, Vera Ferra-Mikura, Erika Danneberg, Hermann Schreiber und Arthur West zusammenkamen, um eine eigene Jugendsektion im *Verband demokratischer Schriftsteller und Journalisten Österreichs* zu bilden.³¹ Im März 1950 wurde Horn in den Vorstand des späteren Schriftstellerverbands kooptiert, wo er bis 1952 die Jugendsektion vertrat.³² Eine enge Freundschaft verband ihn mit Gerhard Fritsch, der 1950 der KPÖ angehörte und beim kommunistischen *Abend* arbeitete,³³ und mit dem später sehr erfolgreichen Sachbuchautor und Romancier Hermann Schreiber, der damals im *Tagebuch* publizierte.³⁴ Die Tatsache, dass sich unter den Mitgliedern der Jugendsektion auch einige Kommunisten befanden, war für Hans Weigel Anlass genug, die gesamte Jugendsektion als „kommunistisch orientiert“ zu denunzieren.³⁵ Weigel ging es vor allem darum, am ersten Höhepunkt des Kalten Krieges eine Zusammenarbeit der jungen AutorInnen über Parteigrenzen hinweg, also unter Einbeziehung von KommunistInnen, zu unterlaufen und den kommunistischen Einfluss in der Literaturszene zurückzudrängen.

Das Hauptanliegen von Otto Horn und der Jugendsektion war, mehr Publika-



Der Komponist Marcel Rubin (am Klavier) und sein Liedtexter Otto Horn

tionsmöglichkeiten für junge LiteratInnen zu erwirken. Die 1949 im *Tagebuch* eingerichtete Rubrik „Tribüne der Jungen“, in der Gedichte, Erzählungen und Auszüge aus Romanen abgedruckt wurden, ging offensichtlich auf seine Initiative zurück. In den von Horn gemeinsam mit Fritsch angeregten³⁶ Lyrikanthologien „Tür an Tür“ stellten sich die jungen AutorInnen schließlich selbst vor.³⁷ Herausgeber war Rudolf Felmayer, Referent der literarischen Abteilung der RAVAG, der als Förderer „junger Autoren mit sozialen Ambitionen“³⁸ auftrat. Vier Gedichte von Horn wurden 1955 in eine weitere von Felmayer herausgegebene Anthologie aufgenommen. Sie erschien zum zehnten Jahrestag der Befreiung Österreichs mit Lyrik vom NS-Regime verfolgt der ÖsterreicherInnen.³⁹

„Das Wiener Probejahr“

Neben seinem „Brotberuf“ als Journalist trat Otto Horn nicht nur als Lyriker und Liedtexter, sondern auch – wenn gleich zunächst mit geringerem Erfolg – als Erzähler und Romanautor hervor. Zu Beginn der 1950er Jahre hatte Horn zwei Romanmanuskripte in seiner Schublade, um deren Veröffentlichung er bemüht war: Einerseits einen Roman über seine Jahre im antifaschistischen Widerstand mit dem Titel „Wir waren dreizehn“, andererseits einen Unterhaltungsroman über die Nachkriegsverhältnisse in Wien. Angesichts des kulturellen Kalten Krieges war es aber für kommunistische AutorInnen alles andere als einfach, für

ihre Manuskripte einen Verleger zu finden. Die etwa 80 SchriftstellerInnen, die der KPÖ damals als Mitglied angehörten,⁴⁰ waren vor allem auf publizistische Möglichkeiten angewiesen, die sich im Umfeld der Partei auftaten. Eine solche Möglichkeit war eine 1954 vom KPÖ-eigenen Globus-Verlag herausgegebene Anthologie von Erzählungen, der Otto Horns Novelle „Der Kreis hat einen Anfang“ den Titel gab.⁴¹ Neben Susanne Wantoch, Josef Toch u.a. waren hierin vor allem kommunistische SchriftstellerInnen der jüngeren Generation wie etwa Franz Kain, Friedl Hofbauer und Fred Wander vertreten, die so die Möglichkeit erhielten, ihre Texte einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Im Mai 1952 war in der *Volksstimme* Horns satirische Erzählung „Die Überzeugung des Albin Kerschbaumer“ als zehnteilige Fortsetzungsserie erschienen,⁴² im August 1952 veröffentlichte die *Österreichische Zeitung* seine 20-teilige Reisereportage „15.000 Kilometer durch das Sowjetland“.⁴³

Otto Horn ist ein Beispiel dafür, dass es trotz Existenz des Globus-Verlags für kommunistische AutorInnen keine ausgemachte Sache war, dort ihre Manuskripte platzieren zu können. Im Besatzungsjahrzehnt scheiterten einige Projekte später namhafter Autoren am strengen Urteil der Verlagslektoren, so etwa Fred Wander mit einem von ihm geplanten Wiener Zeitroman⁴⁴ und auch Otto Horn mit einem ähnlichen Sujet. Nach 1955 wiederum war der Globus-Buchverlag nicht mehr in der Lage, eine sys-



Presseausweis von Trude Horn für das DDR-Fernsehen

tematische Verlagsarbeit im Bereich Belletristik zu betreiben. Es gab keine kontinuierliche Zusammenarbeit und „Entwicklung“ von AutorInnen.

Zunächst hatte Horn beabsichtigt, den von ihm gewählten Stoff gemeinsam mit Gerhard Fritsch bei der *Wien-Film* als Filmexposé einzureichen. Nachdem sich dies nicht realisieren ließ, arbeitete er das Filmvorhaben zu einem Roman mit dem Titel „Das Probejahr“ um und reichte es im Oktober 1950 beim Parteiverlag ein.⁴⁵ 1951 erhielt er jedoch sowohl vom Globus-Verlag als auch vom Berliner Dietz-Verlag abschlägige Bescheide. Für den KPÖ-Verlag waren die kritischen Gutachten der Lektoren ausschlaggebend,⁴⁶ und auch der Parteiverlag der SED sah in Horns Roman „Intrigen, Kriminalistik und Sex-Appeal“ derart stark im Vordergrund, dass er nicht in dessen Verlagsprogramm passte.⁴⁷

Damit war jedoch nicht das letzte Wort über das Manuskript gesprochen. So wie kommunistischen Wissenschaftlern wie Georg Knepler, Walter Hollitscher, Samuel Rapoport und Leo Stern entsprechende Wirkungsmöglichkeiten in Österreich verwehrt blieben und sie deshalb ihre wissenschaftliche Laufbahn in der DDR fortsetzten, fanden österreichische Schriftsteller, die der KPÖ angehörten, Veröffentlichungsmöglichkeiten vor allem in der DDR vor. Neben Hugo Huppert, dessen Werke nahezu ausschließlich in der DDR verlegt wurden, und dem bereits 1954 verstorbenen Leo Katz gilt dies auch für Otto Horn. Er veröffentlichte insgesamt fünf Bücher – drei Romane, eine Reisereportage und ein Lyrik-Bändchen –, von denen vier in der DDR gedruckt und drei auch dort verlegt wurden. Im Frühjahr 1954 reichte er sein „Probejahr“ beim Mitteldeutschen Verlag in Halle an der Saale ein, der sich im Herbst zu einer Drucklegung ent-

schloss.⁴⁸ Als erste umfangreiche epische Arbeit Horns erschien 1955 „Das Wiener Probejahr“ im Umfang von 260 Seiten.⁴⁹ Das Werk wurde in der DDR 20.000 Mal verkauft,⁵⁰ in Österreich fand es jedoch nur wenig Widerhall. Literarischer Gegenstand des Bandes ist die Lage der österreichischen Intelligenz unter den Bedingungen der kapitalistischen Restauration.

Der „Held“ des Romans ist Peter Weyringer, der nach dem Ende seines Studiums als stellenloser Mittelschullehrer sein „Probejahr“ absolviert. In Rezensionen wurde bemängelt, dass die künstlerische Bewältigung des Sujets wenig gelungen sei.⁵¹ Als Kuriosum sei vermerkt, dass der Roman, den Otto Horn rückblickend „nur als anständige Gebrauchsliteratur“ einschätzte, im Jahr 1966 ohne sein Wissen im Moskauer *Progress-Verlag* in russischer Sprache und in hoher Auflage herausgebracht wurde.⁵²

Anknüpfend an seinen Erstling legte Otto Horn dem Mitteldeutschen Verlag weitere Manuskripte vor und wurde 1956 vom Verlag nach Jugoslawien geschickt, um eine Reportage über dieses Land zu liefern. Das Manuskript wurde anschließend zwar bis zum Satz befördert, aber „aufgrund der damaligen Ereignisse“, wie Horn später offenbar in Anspielung auf Änderungen im sowjetisch-jugoslawischen Verhältnis schrieb, nicht gedruckt.⁵³ Nach Konsultationen auf höherer politischer Ebene – Horn spricht von „Gesprächen mit dem ZK der SED“ – landete das Manuskript schließlich beim Leipziger Brockhaus-Verlag, wo das Buch 1965 in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erschien.⁵⁴ Der ergänzte zweite Teil der Reportage basierte auf einer weiteren Jugoslawien-Reise von Horn, die dieser 1963 im Auftrag des Deutschlandsenders unternommen hatte.

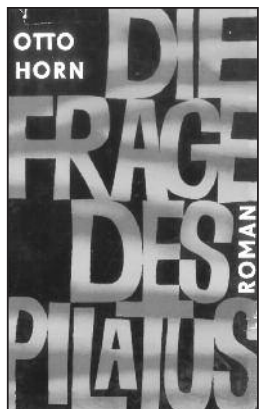
„Die Frage des Pilatus“

In den folgenden Jahren war Horn aufgrund seiner journalistischen Schwerpunkte literarisch weniger aktiv. 1967 und 1973 erschienen seine autobiografischen Romane „Die Frage des Pilatus“ und „Zeitzünder“, deren Entstehungsgeschichte bis in die 1940er bzw. 1950er Jahre zurückreicht. Bereits 1947 hatte er dem auf seinen eigenen Aktivitäten im

antifaschistischen Widerstand basierenden Roman „Wir waren dreizehn“ abgeschlossen.⁵⁵ Dessen Titel leitet sich aus der Tatsache ab, dass Horn gemeinsam mit zwölf anderen vor dem Volksgerichtshof angeklagt war. Obwohl er mit dem Berliner *Verlag der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) einen Vertrag abgeschlossen hatte und das Werk 1951 bereits zur Veröffentlichung angekündigt war,⁵⁶ kam – aufgrund mehrerer Einwände der GutachterInnen – eine Drucklegung letztlich doch nicht zustande. Im selben Jahr erschien jedoch im VVN-Verlag ein Band mit Erzählungen von vier jungen Autoren, darunter „Das graue Tuch“ von Otto Horn, der darin die Streikbewegung im September und Oktober 1950 literarisch gestaltete.⁵⁷

Nachdem im Mitteldeutschen Verlag sein „Wiener Probejahr“ herausgekommen war, leitete Horn auch das liegen gebliebene Manuskript der „Dreizehn“ an das Verlagshaus weiter. Das dortige Lektorat schlug eine Neufassung des Romans vor,⁵⁸ worauf das Manuskript lange Jahre in Horns Schublade verblieb. Erst 1964 begann er mit der Überarbeitung des Textes, die er – vertragsgemäß – 1966 abschloss.⁵⁹ Horn, der in den 1940er und 1950er Jahren als vielversprechender junger Autor gegolten hatte, ging es vor allem darum, nun endlich dieses Versprechen einzulösen und es von der „Talentprobe“ zur „Reife“ zu bringen.⁶⁰ 1967 wurde „Die Frage des Pilatus“ im Mitteldeutschen Verlag veröffentlicht,⁶¹ der sich zu diesem Zeitpunkt zu einem der wichtigsten DDR-Verlage für Gegenwartsliteratur entwickelt hatte, wo u.a. AutorInnen wie Bruno Apitz, Volker Braun, Günter de Bruyn, Werner Heiduczek, Erik Neutsch, Harry Thürk und Christa Wolf verlegt wurden.⁶² Im selben Jahr war Horn in einer in der DDR erschienenen zweibändigen Anthologie mit Erzählungen österreichischer AutorInnen aus sechs Jahrzehnten mit dem Text „Der Präsident“ vertreten.⁶³

„Die Frage des Pilatus“ behandelt einen Aspekt des österreichischen Freiheitskampfes, der bis dahin weitgehend unbekannt geblieben war, nämlich die Tätigkeit einer Widerstandsorganisation unter den – in der NS-Terminologie so bezeichneten – „Mischlingen“. Als „Mischlinge“ wurden in den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 jene „Personen gemischten jüdischen Blutes“ klassifiziert, die von zwei jüdischen Großeltern abstammten und beim Erlass des Gesetzes weder der Israelitischen



Kultusgemeinde angehört hatten noch mit einem Juden verheiratet waren.⁶⁴ „Mischlinge“ galten weder als Jüdinnen und Juden noch als „Arier“. Gegen sie gab es zahlreiche diskriminierende Bestimmungen, sie waren aber von den Deportationen ausgenommen.

Insgesamt stellt Otto Horns Roman eines der ersten Bücher dar, in dem der antifaschistische Widerstand in Österreich literarisch gestaltet wurde. Auch die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema war in den 1960er Jahren noch wenig entwickelt. Dies gilt insbesondere für die „Mischlingsliga“, die erst in der jüngeren Vergangenheit wissenschaftliche Aufmerksamkeit erregte.⁶⁵ Diese Organisation wird von Wolfgang Neugebauer in seinem Standardwerk über den österreichischen Widerstand als die „aktivste im jüdischen Milieu wirkende Widerstandsgruppe“ eingeschätzt.⁶⁶ Arnold Paucker, der wichtigste Historiker über den Widerstand von Jüdinnen und Juden gegen die NS-Diktatur, charakterisiert die „Mischlingsliga“ als die vielleicht „eigenartigste Manifestierung antifaschistischer Aktivität in Österreich“.⁶⁷

Otto Horn hatte erst nach dem „Anschluss“ im März 1938 erfahren, dass er „Halbjuden“ war. Bis dahin war er sich des jüdischen Hintergrunds seines Vaters nicht bewusst. Dieser war zwar – wie bereits vor ihm sein Vater – seit Geburt katholisch getauft, galt aber nach den 1935 beschlossenen und 1938 auch im annektierten Österreich zur Anwendung gebrachten Nürnberger Rassengesetzen plötzlich als Jude, weshalb er zur Zwangsarbeit beim Straßenbau nach Eisenerz geschickt wurde. Die Mutter wurde zwangspensioniert. Otto Horn selbst wurde über Nacht zum „Mischling ersten Grades“ und damit zum Staatsbürger zweiter Klasse. Emigrationspläne nach Brasilien zerschlugen sich.⁶⁸ Aus einer „patriotischen Familie“⁶⁹ stammend und als Ministrant bzw. bei den Pfadfindern aktiv, schloss sich Otto Horn der bürgerlichen-katholischen Widerstandsbewegung an. Am 7. Oktober 1938 war er am Stephansplatz bei der Kundgebung katholischer Jugendlicher für Kardinal Innitzer beteiligt, auf die

tags darauf der Sturm der HJ auf das Erzbischöfliche Palais folgte. 1941 maturierte Horn am Realgymnasium in Hernalbs, als „Mischling“ war er aber vom weiteren Studium ausgeschlossen. Da „Mischlinge“ auch nicht zur Wehrmacht eingezogen wurden, arbeitete er 1941/42 als Bauzeichner bzw. bis 1944 als Bautechniker bei Architekten und Baufirmen der Rüstungsindustrie.

Im Zuge des antifaschistischen Widerstands gelangte Horn im September 1941 von der katholischen Jugendbewegung zum Kommunistischen Jugendverband (KJV) und engagierte sich in weiterer Folge in führender Position in der Wiener „Mischlingsliga“.⁷⁰ Diese ging aus einer ähnlichen Organisation hervor, die bereits 1938 unter der Bezeichnung „Sonderabteilung NN“ (nach „Nürnberger Gesetz“) gebildet worden war. Federführend dabei war der 1921 geborene Schwechater KJV-Funktionär Otto Ernst Andreasch, der im Auftrag der KJV- bzw. Parteiführung eine antifaschistische Kampforganisation aus vorwiegend jungen ÖsterreicherInnen aufbaute, die als Jüdinnen und Juden bzw. „Mischlinge“ diskriminiert und verfolgt wurden. Aus Konspirationsgründen sollten die von den Nürnberger Gesetzen betroffenen Jugendlichen in eigenen Strukturen zusammengefasst werden. Horn arbeitete bei derselben Baufirma wie Andreasch, der dort als Hauptrechnungstechniker beschäftigt war. Die Bekanntschaft der beiden war ausschlaggebend dafür, dass Otto Horn den Weg zur kommunistischen Bewegung fand, der er bis zu seinem Tod angehören sollte.

Andreasch war im Juli 1940 im Zuge einer Aktion der Gestapo gegen den KJV Schwechat verhaftet worden und befand sich von Juli 1940 bis April 1941 in Untersuchungshaft im Wiener Landesgericht,⁷¹ bis das Verfahren eingestellt wurde. Danach widmete er sich gemeinsam mit Otto Horn dem Wiederaufbau der „Sonderabteilung“. Späteren Angaben zufolge erfasste die Organisation im Jahr 1942 250 bis 300 AktivistInnen. Andreasch („Monti“) war der politische Leiter der Gruppe, Horn („Max“) fungierte als „Organisationsleiter“.⁷² Durch die 1941 angelaufenen großen Deportationen wurden die Reihen der „Sonderabteilung“ jedoch dezimiert, weshalb sich die in Wien verbliebenen Führungsmitglieder der Organisation – vorwiegend „Mischlinge“ – entschlossen, im März 1943 die „Mischlingsliga Wien“ zu etablieren. Als Kultur- und Freizeitorganisation getarnt, leistete dieses konkrete

politische Arbeit zur Rettung von bedrohten Jüdinnen und Juden, „Mischlingen“, FremdarbeiterInnen und WiderstandskämpferInnen. Die Gruppe organisierte antifaschistische Propagandaaktionen und Sabotageakte in Rüstungsbetrieben. Deportierte Mitglieder der „Mischlingsliga“ nahmen 1943 am Aufstand im Warschauer Ghetto teil. Die „Mischlingsliga“ verstand sich zwar als überparteiliche Widerstandsorganisation der rassistisch verfolgten ÖsterreicherInnen, sie wurde aber maßgeblich von kommunistischen AktivistInnen geprägt, die auf Basis der kommunistischen Bündnispolitik, also im Sinne der von der KPÖ entwickelten Volksfrontorientierung agierten. Hans Wewerka („Santo“), der neben Andreasch und Horn wichtigste Aktivist, brachte junge ÖsterreicherInnen aus der bürgerlichen Intelligenz zur Gruppe.

Im Sommer 1943 konnte über einen Mittelsmann – den Verbindungsoffizier Ferdinand Rupar – der Kontakt zur Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee hergestellt werden. Diese Verbindung wurde durch den später gefallenen Wilhelm Herlinger, Otto Horn und die Kurierin Britta Herz aufrechterhalten. Für eine in Oberkrain (Slowenien) operierende Partisaneneinheit wurde über Maribor Nachschub organisiert, u.a. Verbandstoff, Arzneimittel und Radiosendeanlagen. Darüber hinaus wurden kleine Gruppen von Zwangsarbeitern aus Wien zu den kämpfenden Verbänden geschleust.⁷³ In Zuge dieser Schwerpunktverschiebung wandelte Otto Horn gemeinsam mit anderen die „Mischlingsliga“ in die so bezeichnete „Antifaschistische Partei Österreichs“ (APÖ) um, mit dem Ziel der Errichtung einer einheitlichen antifaschistischen Befreiungsfront nach jugoslawischem Vorbild. An das Hauptquartier von Tito wurde ein Memorandum übermittelt mit der Bitte um Weiterleitung an die Alliierten. Anfang 1944 traf die Zustimmung ein, die Kampfleitung des Freikorps ins von den Partisanen kontrollierte Gebiet in Slowenien zu verlagern und dort eigene österreichische Kampfeinheiten aufzustellen.

Wenige Tage danach, am 29. Februar, wurden jedoch 23 Mitglieder der Organisation von der Gestapo verhaftet, darunter auch Otto Horn. Ausschlaggebend dafür war der Verrat eines früheren Leitungsmitglieds, hatte doch Robert Pollak im Gestapo-Verhör die ihm bekannten Namen preisgegeben. Bis 13. April war Horn im Polizeigefängnis auf der Roßauer Lände inhaftiert, danach im Wiener Landesgericht.⁷⁴ 13 der Verhafteten,



Presseausweis der „Österreichischen Zeitung“ für Otto Horn, 1946

allesamt „Mischlinge“, wurden schließlich vor Gericht gestellt, darunter auch der KPÖ-Funktionär und spätere Polizeibeamte Egon Schlesinger. Jene Festgenommenen, die von den Nazis nicht als „Mischlinge“, sondern als „Geltungsjuden“ angesehen wurden,⁷⁵ unter ihnen Horns spätere Frau Gertrude Fanto,⁷⁶ waren vom Recht auf ein Gerichtsverfahren ausgeschlossen und wurden nach Prozessende in Konzentrationslager deportiert. In der am 5. Juni 1944 erhobenen Anklage wurden Andreasch, Horn u.a. die Vorbereitung des „organisierten Verfassungshochverrats“ und dadurch auch Feindbegünstigung vorgeworfen.⁷⁷

Der Roman von Otto Horn endet mit der Urteilsverkündung am 20. September 1944. Wegen Teilnahme in der „Mischlingsliga“ in den Monaten März bis September 1943 wurden Andreasch, Horn, Wewerka und Pollak vom 5. Senat des Volksgerichtshofs zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die weiteren Angeklagten kamen mit geringeren Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen davon, zwei wurden freigesprochen. Die vergleichsweise „milden“ Urteile sind dadurch zu erklären, dass in den Augen des Gerichts die „Mischlinge“ unter sich geblieben waren. Sie bieten „das Bild einer begrenzten Motiven erwachsenen, gleich einem Strohflecken aufgeflammt und schnell wieder erloschenen illegalen Bewegung“, wie im Urteil des Volksgerichtshofs zu lesen war. Den Angeklagten sei nicht bewusst gewesen, „den Kriegsfeinden unseres Reiches Vorschub zu leisten“,⁷⁸ weshalb dem Anklagepunkt der Feindbegünstigung, die ein ungleich schwereres Urteil zur Folge gehabt hätte, nicht gefolgt wurde.

Die Geschichte der „Mischlingsliga“ bzw. ihrer Mitglieder ging jedoch weiter:

Am 6. April 1945, wenige Tage vor der Befreiung Wiens, wurde Horn von einem österreichisch gesinnten Justizbeamten des Wiener Landesgerichts enthaftet. Auf der diesbezüglichen Bescheinigung ist von einer „Beurlaubung wegen Kriegsnotstands“ die Rede.⁷⁹ Unmittelbar nach seiner Entlassung bildeten Otto Horn und andere im Wiener Bezirk Hernals ein „Freiheitsbataillon“, das an der Entwaffnung von Wehrmachtseinheiten und einer Volkssturmeinheit im Kreishaus der NSDAP am Parhamerplatz teilnahm. Das Bataillon, an dem sich auch die KJV-Gruppe um Franz Kainz beteiligte, begriff sich als Kampfeinheit der *Österreichischen Freiheitsfront* und nahm als solche an der Befreiung und kampflosen Übergabe Wiens teil. Von der sowjetischen Besatzungsmacht wurde das „Freiheitsbataillon Hernals“ als Volksmiliz anerkannt und als mobile Ordnungstruppe eingesetzt. Eigenen Angaben zufolge bestand Horns „erste literarische Leistung im neuen Österreich“ im Satz „Wer plündert, wird erschossen!“ Dieser wurde auf Papierstreifen gedruckt und auf Hauswände geklebt,⁸⁰ um in diesen Tagen des Umbruchs die öffentliche Ordnung zu stabilisieren und den Aufbau demokratischer Strukturen in die Wege zu leiten. Ende April 1945 war Horn an den Filmaufnahmen über die Angelobung der Provisorischen Regierung Renner beteiligt, nachdem Hans Wewerka gemeinsam mit dem Filmregisseur Johann Alexander Hübner-Kahla eine österreichische Wochenschau auf die Beine stellen wollte und beim Sowjetischen Stadtkommandanten Blagodatow eine entsprechende Ausrüstung organisieren konnte.⁸¹

Was hat es mit dem Titel des Buches auf sich: Jesus erklärte vor Pilatus, er sei

in die Welt gekommen, für die Wahrheit zu zeugen. Darauf Pilatus: Was ist Wahrheit? Die Frage des Pilatus, die Horn zu beantworten unternimmt, ist also jene nach der Wahrheit. Horn tritt dabei als Zeuge dieser Vorgänge auf: „Der Zeuge hat die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit“, begründet er einleitend den Titel des Romans. Im Mittelpunkt von Horns Werk steht das Verhalten der Menschen, die Konstellationen, denen sie unterstanden. Horn experimentiert mit der Form und Technik: Durch Überblendungen und Rückblicke lässt er die Handlung auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig ablaufen. Zu den beiden Ebenen Gegenwart und Vergangenheit stellt er eine dritte: die Reflexion über mögliche Entwicklungen und Verhaltensweisen, meist in Form eines inneren Dialogs der Hauptperson, die in der Gefängniszelle stückweise die Vergangenheit heranholt. Die Helden seines Romans entdecken die Wahrheit in der Ethik ihres gerechten Kampfes. „Das Wort wird durch die Tat verifiziert. Wer auf der richtigen Seite kämpft, hat die Wahrheit“, so das ideelle Leitmotiv von Horns Roman. In Rezensionen wurde das Buch, auch außerhalb der KPÖ, freundlich aufgenommen und „als Zeitdokument und als Werk der Literatur“ gewürdigt.⁸²

Keine Befreiungsmedaille für die MLW-APÖ

Angesichts der Tatsache, dass Aufbau und Gliederung der „Mischlingsliga“ bzw. der „Antifaschistischen Partei Österreichs“ nach den völkerrechtlichen Bestimmungen über Freikorps ausgerichtet waren, war Otto Horn nach 1945 um eine „Anerkennung des jahrelangen patriotischen Ehrendienstes der Freikorps-Angehörigen als Wehrdienstleistung für die Republik Österreich“ bemüht.⁸³ Er wandte sich 1956 in dieser Angelegenheit an das Amt für Landesverteidigung im Bundeskanzleramt (das Verteidigungsministerium wurde erst danach etabliert) und erneut 1964 an den Bundespräsidenten Adolf Schärf, den damaligen Verteidigungsminister Georg Prader und an das Bundeskanzleramt. Beabsichtigt war mit dieser Initiative, eine Ehrung der Angehörigen der MLW-APÖ im Zuge des bevorstehenden 20. Jahrestags der Befreiung Österreichs zu erreichen. Horn berief sich dabei auf das bereits 1946 beschlossene Gesetz über die Schaffung einer Befreiungsmedaille,⁸⁴ die bis zum damaligen Zeitpunkt jedoch nicht reali-

siert worden war.⁸⁵ Sein Appell fand jedoch keinen Widerhall bei den entsprechenden Stellen.⁸⁶

Otto Horn wiederholte seine Vorwürfe im Jahr 1968 im Rahmen einer Pressekonferenz im Presseclub Concordia: Österreicher seien bisher von anderen Staaten geehrt und ausgezeichnet, so Horn, etwa jene, die in den österreichischen Freiheitsbataillonen in Jugoslawien, im französischen Maquis, in der italienischen Resistenza und bei den slowakischen Partisanen gekämpft hatten.⁸⁷ Im rechtsbürgerlich ausgerichteten *Wiener Montag* wurde Horns Initiative, eine Befreiungsmedaille zu schaffen, ironisiert: „Otto Horns weltfremde Ausführungen konnten nichtkommunistisch gesinnte Zuhörer nur mit stiller Heiterkeit erfüllen. Mit Österreichern, die im letzten Krieg in fremden Heeren gekämpft haben (haben sie das wirklich, oder sind sie nur mit dem fremden Troß ins Land gekommen?), läßt sich heute nicht mehr Staat machen.“⁸⁸ Erst im Jahr 1976 wurde eine ähnliche Auszeichnung neu geschaffen („Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs“) und im Jahr darauf erstmals durch den Bundespräsidenten verliehen.⁸⁹ Auch Otto Horn und seine Frau Gertrude erhielten im Juli 1978 diese Auszeichnung. Bereits im September 1965 war ihm vom Ministerrat der DDR die „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus“ verliehen worden.

„Zeitzündler“

Auch der Entstehungskontext von Horns zweitem autobiografischem Roman reicht in die 1950er Jahre zurück. Er fußt auf der 1954 veröffentlichten Novelle „Der Kreis hat einen Anfang“ und stellt gewissermaßen eine Fortsetzung der „Frage des Pilatus“ dar. Otto Horn behandelt in seinem Roman „Zeitzündler“⁹⁰ das Kriegsende und die ersten Jahre nach der Befreiung Österreichs – insbesondere die Entwicklungsprobleme der KPÖ – aus dem Blickwinkel eines jungen Kommunisten und ehemaligen politischen Häftlings. Zunächst schildert der Autor das Leben von Bombengräbern, die als Häftlinge des Naziregimes in einer Strafeinheit Entschärfungs- und Minenräumungsaufgaben durchführen. Er knüpft dabei an sein eigenes Erleben an, meldeten sich doch die zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Otto Ernst Andreasch, Otto Horn und Hans Wewerka – um dem Strafvollzug im Zuchthaus Straubing zu entgehen – freiwillig zu einem Spezialkommando, das beim Entschärfen von amerikani-

schen Zeitzünderbomben und Blindgängern eingesetzt wurde.⁹¹ Andreasch kam dabei am 6. November 1944 bei einem Fliegerangriff am Favoritner Antonplatz ums Leben.⁹²

Im Anschluss daran versucht Horn, die widersprüchliche Situation der KPÖ während und unmittelbar nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu vermitteln. Er versucht, die „Möglichkeiten und Fehler der fortschrittlichen Kräfte in Österreich im Jahre 1945 und danach“⁹³ zu analysieren und literarisch zu gestalten. Erneut wählt Horn eine eigenwillige literarische Form: Als Hauptperson tritt er in zwei verschiedenen Figuren mit unterschiedlichen Charakterzügen in Erscheinung: In jener des klassenbewussten Arbeiterfunktionärs Max Münchreiter und in jener des eher kompromissbereiten Herbert Weiser. In den Problemen des Münchreiter-Weiser personifiziert Horn die Probleme der KPÖ in diesen Jahren. In ihnen verkörpern sich zwei unterschiedliche Entwicklungslinien: ein revolutionäres und ein reformistisches Konzept, deren Kampf gegeneinander den eigentlichen Inhalt der gegensätzlichen Entwicklung Münchreiters und Weisers ausmacht und von denen – so Horn – „nur eines richtig sein kann“.

Der Autor spielt beide Alternativen durch und lässt die Geister an der komplizierten Nachkriegsrealität scheiden: Während die einen zu unbeugsamen Kämpfern gegen die kapitalistische Restauration werden, schließen andere ihren Frieden mit dem System. Dass die reformistische Konzeption schon damals in jenen Personen ausgeprägt gewesen sein soll, die mehr als zwanzig Jahre später – zur Zeit der KPÖ-Parteikrise 1968/69 – mit einer Kritik am Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in Prag hervortraten, lässt wohl eher auf die politische Motivation des Autors als auf die tatsächliche Verfasstheit der KPÖ in den unmittelbaren Nachkriegsjahren schließen. Nichtsdestotrotz stellt Horns „Zeitzündler“ einen beachtenswerten Versuch dar, die komplizierten Probleme seiner Partei, die nach der Befreiung – aus der tiefsten Illegalität heraustretend – zu einer „verantwortungsbewussten Staatspartei“ avancierte, literarisch zu gestalten.

Literarische Waffe

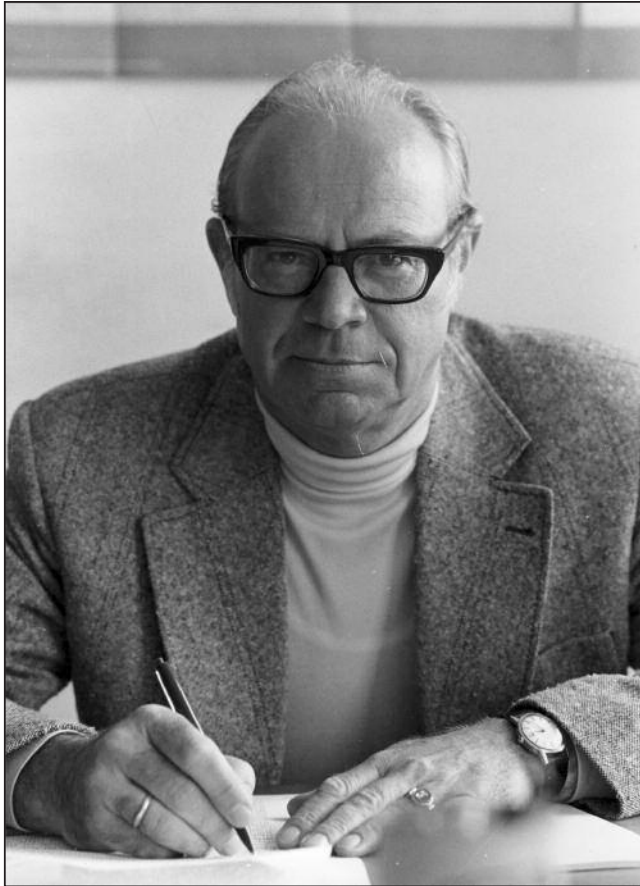
Was bei der heutigen Lektüre der beiden Romane nicht mehr zur Geltung kommt, sind jene historischen Entstehungsbedingungen, die Otto Horn die Frage nach der Wahrheit aufwerfen ließen: Waren es doch konkret die Aus-

sagen des KPÖ-Politikers Ernst Fischer zum Wahrheitsproblem im westdeutschen Fernsehen,⁹⁴ die in der Partei für Kontroversen sorgten und die Horn dazu animierten, seine

beiden Bücher als Beitrag eines politisch-ideologischen Richtungsstreits in der KPÖ zu begreifen. War „Die Frage des Pilatus“ noch indirekt gegen Ernst Fischer gerichtet, interpretierte Horn seinen „Zeitzündler“ als „eine direkte Antwort“, ja sogar als „Abrechnung“ und „direkte Auseinandersetzung mit der Person Fischers und seiner Rolle von 1945 an“.⁹⁵ Horn ging es darum, „mit der Waffe der Literatur einen Gegenangriff gegen revisionistische Ideen zu führen“, wie er in einem Brief an Friedl Fürnberg, den langjährigen Sekretär des ZK der KPÖ, ausführte.⁹⁶ Diese Intention stieß auf die besondere Wertschätzung bei einem der wichtigsten kulturpolitischen Antipoden Ernst Fischers: Aus diesem Grund schlug Hugo Huppert Otto Horn – letztlich ohne Erfolg – für den jährlich von der Akademie der Künste der DDR vergebenen Heinrich-Mann-Preis vor: „Mir imponiert, mich überzeugt ‚Die Frage des Pilatus‘ als Kunstwerk von bedeutsamer Objektivierung des historischen Geschehens, als Zeugnis einer hohen literarischen Verantwortung, als Buch, das nach 20-jähriger innerer Reifezeit zu einer Leistung erwachsen ist, welche der deutschen Erzählkunst unserer Tage zur Ehre gereicht“, so der Dichter an den Akademie-Präsidenten Konrad Wolf.⁹⁷

Mit seiner gegen Ernst Fischer und gegen „falsche, revisionistische Auffassungen“⁹⁸ in der KPÖ gerichteten Spitze geriet Otto Horn jedoch auf das Terrain der internationalen Parteidiplomatie, war doch die Herausgabe des „Zeitzündlers“ erneut im Mitteldeutschen Verlag und damit in einem Verlag der DDR geplant. Zwar stand außer Zweifel, dass die Parteiführung der SED zur Zeit der „Parteikrise“ der KPÖ klar Standpunkt gegen den als „revisionistisch“ kritisierten Parteiflügel um Ernst Fischer und Franz Marek bezog. Ohne Rücksprache in die inneren Auseinandersetzungen einer Bruderpartei einzugreifen, erschien der Verlagsleitung und den Gutachtern des Manuskripts jedoch als nicht zweckmäßig.⁹⁹ Letztlich hatten diese Verwick-





Otto Horn (1923–1991), Journalist und Schriftsteller

lungen zur Folge, dass sich die Herausgabe des 1967 in Angriff genommenen und bereits im Jänner 1969 fertig gestellten Manuskripts um mehrere Jahre verzögerte.¹⁰⁰

Zwar wurde im Mai 1970 von Erwin Scharf seitens des Polbüros des ZK der KPÖ die Zustimmung zur Veröffentlichung des Romans erteilt,¹⁰¹ dennoch wurde Horn Ende dieses Jahres vom Verlagsleiter des Mitteldeutschen Verlags eröffnet, dass dieser das Buch nicht herausbringen wolle – mit dem Argument, dass die Auseinandersetzung mit dem 1969 aus der KPÖ ausgeschlossenen Ernst Fischer nunmehr ausgestanden und nicht mehr aktuell sei.¹⁰² Darauf wandte sich der Autor an die Mitglieder des Politbüros der SED Horst Sindermann und Hermann Axen mit der Bitte um eine persönliche Intervention und eine Entscheidung über das Manuskript. Als Ausweg aus dem Dilemma wurde schließlich zwischen dem Globus-Verlag und dem Mitteldeutschen Verlag vereinbart, dass der Roman zwar in der DDR gedruckt, jedoch mit dem Impressum des Globus-Verlags veröffentlicht werden solle. Aus dem geplanten Titel im DDR-Verlag, dem „Stammhaus“ von Horn, an dem sich der KPÖ-Verlag mit 400 Exemplaren beteiligen wollte,¹⁰³ wurde also letztlich eine Auftragsproduktion

für den Globus, der damit auch nach außen hin die volle Verantwortung für das Buch übernahm. Als Erscheinungsjahr wird im Band 1972 angegeben, dies war jedoch nur der Plantermin der Druckerei in der DDR. Tatsächlich erfolgte die Auslieferung aber erst im zweiten Quartal des Jahres 1973,¹⁰⁴ was Horn nach den jahrelangen Kalamitäten besonders ärgerlich erscheinen musste, war doch damit das druckfrische Buch zum Zeitpunkt seines Erscheinens schon veraltet.

Otto Horn dürfte die Wirkungsmöglichkeiten seiner beiden Bücher deutlich überschätzt haben: Rechnete er bei seiner „Frage des Pilatus“

zunächst mit einem „Bestseller“ in der Auflage von 50.000 Exemplaren und einer ähnlichen Wirkung wie Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen“, musste er sich letztlich mit einer Auflage von 8.700 zufriedengeben. Weitere 600 Exemplare erschienen in Lizenz bei der KPÖ-Buchgemeinschaft *Die Buchgemeinde*. Mit der Bewerbung des Titels durch den Mitteldeutschen Verlag war er in hohem Maße unzufrieden.¹⁰⁵ Nach dem Verkauf von etwas mehr als 4.000 der knapp 9.000 Exemplare der zweiten Auflage wurde der Titel Ende 1971 ausgebucht und makuliert.

Otto Horn hatte sich auch intensiv um Lizenzausgaben in Westdeutschland bemüht, wobei er vor allem Kontaktmöglichkeiten nutzte, die ihm der nunmehr bestens im Verlagsgeschäft etablierte Hermann Schreiber vermittelte. Seine auch an die Thematik des Buches geknüpften großen Erwartungen in einen Erfolg des Romans im „kapitalistischen Ausland“ erfüllten sich jedoch nicht. Mehrere große Häuser wie etwa Econ (Claassen), Kurt Desch, Piper und Rütten & Loening winkten genauso ab wie sich von Horn beabsichtigte Übersetzungen in Frankreich, den USA und Skandinavien zerschlugen. Die von ihm gewünschte Verfilmung des Stoffs kam ebenso wenig zustande.¹⁰⁷ Vom Mittel-

deutschen Verlag war Horn zunächst eine Auflage des „Zeitzünders“ in der Höhe von 10.000 Exemplaren in Aussicht gestellt worden.¹⁰⁸ Nach dem jahrelangen Hin und Her zwischen dem Autor, dem Mitteldeutschen Verlag und dem Globus-Verlag erschien der Roman letztlich nur in einer Auflage von 2.000 Stück, von denen der Verlag nur wenige hundert Exemplare absetzen konnte. Horn erwarb den größten Teil der Restauflage selbst und versuchte 1975 erfolglos, diese mehreren Buchgemeinschaften anzubieten.¹⁰⁹

Anfang der 1970er Jahre kam es bei Otto Horn auch zu beruflichen Veränderungen: Nach 15 Jahren als Auslandskorrespondent trat er mit Jahresbeginn 1971 in die Redaktion der *Volksstimme* ein, die im Zuge der krisenhaften Entwicklung der Partei in den Jahren 1968 bis 1971 viele ihrer profiliertesten JournalistInnen verloren hatte. Bis zu seiner Frühpensionierung im Mai 1983 betreute er hier die Ressorts Innenpolitik und Wirtschaft.¹¹⁰ Trude Horn wurde zeitgleich Motorjournalistin der KPÖ-Zeitung. Nach 1983 war sie weiter als freie Journalistin zum Thema „Reise“ für die Parteizeitung aktiv.¹¹¹ Otto Horns im Herbst 1983 über den Globus-Verlag in der DDR vorgetragener Absicht, einen Sammelband mit Reportagen, Essays und Artikeln aus seiner Feder herauszubringen, wurde dort nicht entsprochen.¹¹² 1985 war er in der von Arthur West im Auftrag der KPÖ herausgegebenen repräsentativen Sammlung „Linkes Wort für Österreich“ mit einer bisher unveröffentlichten – Ernst Kirchweger gewidmeten – Erzählung „Das Begräbnis“ vertreten.¹¹³

Nachdem trotz des umfangreichen lyrischen Schaffens von Horn bislang kein Gedichtband von ihm erschienen war, kam 1990 mit dem Impressum des zum Globus-Verlag gehörenden Schönbrunn-Verlags ein schmales Heft mit Horns Lyrik aus vier Jahrzehnten heraus.¹¹⁴ Die Gedichte dieser Sammlung mit dem Titel „Zeitzeichen“ seien „durchdrungen von der Trauer über das Grauen, das die Menschheit in Konzentrationslagern und Krieg erfahren hat [...]. Zugleich sind die Texte jedoch geprägt von der Hoffnung, daß die Menschheit den Sprung aus ihrer Vorgeschichte in ihre eigentliche Geschichte schafft“, so Lutz Holzinger in einer Rezension des Bändchens,¹¹⁵ das in einer Auflage von 500 Exemplaren gedruckt und maßgeblich von Horn selbst finanziert wurde.¹¹⁶ Otto Horn starb am 28. Juli 1991 im 69. Lebensjahr. Seine Frau Gertrude starb ein

Jahr später, am 26. November 1992. Seine beiden Romane „Die Frage des Pilatus“ und „Zeitzünder“ sind heute nicht nur vergessen, sondern es gilt Otto Horn als Autor erst zu entdecken.

Anmerkungen:

1/ Egger, Bertrand Alfred: Wir stellen vor: Otto Horn, in: *Die Buchgemeinde*, 2. Jg., Nr. 3, März 1950, S. 44–45, hier S. 44.
 2/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Kurze Biographie, o.D. Wenn nicht einzeln ausgewiesen, so stützen sich die biografischen Angaben auf mehrere Lebensläufe und weitere Unterlagen im Nachlass von Otto Horn im Archiv der KPÖ. Zu seiner Biografie siehe auch Nikolay, Daniela u.a.: Otto Horn. Da nahm ich den Revolver, in: Bobrowsky, Manfred (Hg.): Geschichte spüren. Österreichische Publizisten im Widerstand. Wien: Picus Verlag 1990, S. 103–138.
 3/ ZPA der KPÖ, Bestätigung der Bezirksleitung der KPÖ Hernals, 28.5.1945.
 4/ ZPA der KPÖ, Bezirksleitung der KPÖ Hernals an die Stadtleitung der KPÖ Wien, 6.6.1945.
 5/ ZPA der KPÖ, Fragebogen für die Teilnahme an der Parteschule der KPÖ, 7.6.1945; Bestätigung der Parteschule, 10.7.1945.
 6/ ZPA der KPÖ, Archiv des Globus-Verlags, Fragebogen, 21.7.1947.
 7/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an den Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Wien, 3.11.1961.
 8/ Vgl. Archiv der Akademie der Künste (AdK, Berlin), Hugo-Huppert-Archiv 341, Otto Horn an Hugo Huppert, 17.11.1954.
 9/ ZPA der KPÖ, Verträge des Deutschen Fernsehfunks mit Otto Horn, 25.2.1959 und 1.7.1966.
 10/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 23.150/36, Interview mit Otto Horn am 20.1.1988, S. 61.
 11/ Grassl, Gerald: Otto Horn ist 65. Zeitdokumente, in: *Volksstimme*, 15.5.1988, S. 18.
 12/ 3 Jugendlieder aus Österreich. Anlässlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden in Berlin 1951, hg. von der Freien Österreichischen Jugend. Wien 1951, S. 10f.; Lieder zum Jugendtreffen der 50.000. Für Frieden und Freiheit Pfingsten 1951 in Wien. Wien: Globus Verlag 1951, S. 7–11 und 16f.
 13/ Auf unserer Fahne – Frieden, in: *Österreichische Zeitung*, 14.12.1952, S. 8.
 14/ „Das wird unsere Zukunft sein“. FÖJ-Chor brachte gestern Erstaufführung eines Liedes von Nowikow, in: *Der Abend*, 23.9.1950, S. 5; „Was wir träumen, das wird unsre Zukunft sein“, in: *Österreichische Zeitung*, 26.9.1950, S. 5.
 15/ Ein Friedenslied entsteht, in: *Welt-Illustrierte*, Nr. 40 (214), 1.10.1950, S. 1.
 16/ ZPA der KPÖ, Nachlass Otto Horn; ÖNB, MUS, F14 Füssl 114.
 17/ ZPA der KPÖ, Programm der Festveranstaltung zum 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs am 3.11.1951.

18/ ZPA der KPÖ, Programm der Festversammlung zum 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs am 13.5.1954.
 19/ Hundert Kampf- und Volkslieder. Wien: Stern-Verlag 1952, S. 140f., 159–163, 168–171, 178f. und 184–191.
 20/ Das preisgekrönte Festivallied Marcel Rubins, in: *Volksstimme*, 18.8.1959, S. 6.
 21/ Rubin und Otto Horn preisgekrönt, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.8.1955, S. 3.
 22/ [Karl] Brix: „Wenn wir nicht wollen...“ Februar-Gedenkkonzert der Russischen Stunde, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.2.1951, S. 5.
 23/ Die Saalfelden-Kantate von Otto Horn und Marcel Rubin, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.7.1953, S. 7.
 24/ Lied der Friedenskämpfer, in: *Friedenslyrik*. Eine Auswahl aus der Friedensdichtung aller Zeiten und Völker, hg. vom Österreichischen Friedensrat. Wien: Europäischer Verlag o.J. [1950], S. 23; Schlaflied für meine Kinder, in: *Des Volkes sehnen – Der Dichter Wort*. Eine kleine Sammlung österreichischer Friedenslyrik, hg. vom Österreichischen Friedensrat. Wien o.J. [1952], S. 77.
 25/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an die Generaldirektion der Wien-Film am Rosenhügel, 4.8.1952.
 26/ Acht, Peter: Junge Dichter im Sowjetischen Informationszentrum, in: *Österreichische Zeitung*, 28.3.1951, S. 5.
 27/ Die Ergebnisse des Preisausschreibens des Charlie-Chaplin-Friedensfonds, in: *Österreichische Friedens-Zeitung*, 6. Jg., Nr. 6, Juni 1955, S. 5.
 28/ Charlie-Chaplin-Friedensfonds, in: *Österreichische Friedens-Zeitung*, 5. Jg., Nr. 10, Oktober 1954, S. 7–8, hier S. 7.
 29/ ZPA der KPÖ, Flugblatt „Junge Österreicher!“, 1951.
 30/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Fraktionsleitung der kommunistischen Schriftstellergruppe am 8.2.1949.
 31/ ZPA der KPÖ, Protokoll der ersten Zusammenkunft der Sektionsmitglieder der jungen Schriftsteller im Café Parkring am 11.6.1949.
 32/ ZPA der KPÖ, Verband demokratischer Schriftsteller und Journalisten Österreichs an Otto Horn, 13.3.1950; Leitung der Jugendsektion an den Vorstand des Verbands demokratischer Schriftsteller und Journalisten, 8.2.1952.
 33/ Alker, Stefan: Das Andere nicht zu kurz kommen lassen. Werk und Wirken von Gerhard Fritsch Wien: Braumüller 2007 (Wiener Arbeiten zur Literatur, Bd. 23), S. 25 und 29f.
 34/ Schreiber, Hermann: Ein kühler Morgen. Erinnerungen. München, Wien: Drei Ulmen Verlag 1995, S. 101.
 35/ Weigel, Hans: Dichtung Film Kritik Theater Kunst Musik Glosse, in: *Welt am Montag*, Nr. 24, 12.6.1950, S. 5.
 36/ Vgl. ZPA der KPÖ, Otto Horn an Hans Weigel, 14.6.1950.
 37/ Tür an Tür. Gedichte vierzehn junger Autoren, hg. von Rudolf Felmayer. Graz: Leykam-

Verlag, Wien: Zwei Berge Verlag 1950; Tür an Tür. Die neue Folge. Gedichte vierundzwanzig junger Autoren, hg. von Rudolf Felmayer. Graz: Leykam-Verlag 1951, S. 203–208.
 38/ Klinger, Kurt: Lyrik in Österreich nach 1945, in: Spiel, Hilde (Hg.): Die zeitgenössische Literatur Österreichs. Zürich, München: Kindler Verlag 1976, S. 293–476, hier S. 411.
 39/ Felmayer, Rudolf (Hg.): Dein Herz ist deine Heimat. Wien: Amandus-Verlag 1955, S. 86, 201f. und 243f.
 40/ ZPA der KPÖ, Bericht der Kulturabteilung des ZK der KPÖ als Beitrag für den Parteitagebericht, o.D. [1954], S. 6.
 41/ Der Kreis hat einen Anfang, in: *Der Kreis hat einen Anfang*. Neue österreichische Erzählungen. Wien: Globus Verlag 1954, S. 9–81.
 42/ Die Überzeugung des Albin Kerschbaumer, in: *Österreichische Volksstimme*, 18. bis 31.5.1952.
 43/ 15.000 Kilometer durch das Sowjetland, in: *Österreichische Zeitung*, 4. bis 26.8.1954.
 44/ Müller, Karl: „Die Zeit ist aus den Fugen“. Fred Wanders Hekuba-Projekt – ein Wiener Roman. Zur Camus- und Shakespeare-Rezeption in der Nachkriegszeit, in: Grünzweig, Walter/Gerhard, Ute/Krauss, Hannes (Hg.): Erzählen zum Überleben. Ein Fred Wander Handbuch. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2019 (Antifaschistische Literatur und Exilliteratur. Studien und Texte, Bd. 29), S. 52–67.
 45/ Vgl. ZPA der KPÖ, Otto Horn an Bruno Frei, 26.12.1950, S. 2f.; Otto Horn an Johann F. Schmid, 2.12.1950.
 46/ ZPA der KPÖ, Globus-Verlag, Johann F. Schmid an Otto Horn, 19.12.1951.
 47/ ZPA der KPÖ, Dietz-Verlag, Fritz Schälke an Otto Horn, 14.5.1951.
 48/ ZPA der KPÖ, Mitteldeutscher Verlag an Otto Horn, 6.4.1954; Vertrag des Mitteldeutschen Verlags mit Otto Horn, 8.11.1954.
 49/ Das Wiener Probejahr. Halle: Mitteldeutscher Verlag 1955.
 50/ ZPA der KPÖ, Mitteldeutscher Verlag an Otto Horn, 30.1.1957.
 51/ Z.B. Wink, Anne: Steckengeblieben im konventionellen Schema, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Nr. 3, 21.1.1956, S. 45.
 52/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an Fritz Bressau und Heinz Sachs, o.D. [1967].
 53/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an den Brockhaus-Verlag, 4.11.1963.
 54/ Ich liebe Jugoslawien. Leipzig: Brockhaus-Verlag 1965; ZPA der KPÖ, Vertrag zwischen dem VEB F. A. Brockhaus-Verlag Leipzig und Otto Horn, 18.3.1964.
 55/ Vgl. ZPA der KPÖ, Otto Horn an Bruno Frei, 26.12.1950, S. 3.
 56/ ZPA der KPÖ, Vertrag des VVN-Verlags mit Otto Horn, 10.2.1951; Prospekt des VVN-Verlag „Die Neuerscheinung unseres Verlages zur Leipziger Frühjahrsmesse 1951“; Österreichischer Roman erscheint in der DDR, in: *Öster-*

- reichische Zeitung, 6.4.1951, S. 4.
- 57/ Erzählungen junger Autoren. Berlin: VVN-Verlag 1951.
- 58/ ZPA der KPÖ, Mitteldeutscher Verlag an Otto Horn, 20.8.1955; Mitteldeutscher Verlag, Heinz Sachs an Otto Horn, 9.1.1959.
- 59/ ZPA der KPÖ, Vorvertrag des Mitteldeutschen Verlags mit Otto Horn, 29.4.1966; Vertrag des Mitteldeutschen Verlags mit Otto Horn, 13.10.1966.
- 60/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an Hermann Schreiber, 4.11.1966.
- 61/ Die Frage des Pilatus. Roman. Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag 1967.
- 62/ Günther, Eberhard: 60 Jahre Mitteldeutscher Verlag. Ein Überblick, in: Mitteldeutscher Verlag 1946–2006. Verlagsgeschichte und Gesamtkatalog. Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag 2006, S. 7–70.
- 63/ Schneider, Gerhard (Hg.): Österreichische Erzähler aus sechs Jahrzehnten. Berlin: Volk und Welt 1967.
- 64/ Raggam-Blesch, Michaela: „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“. Alltag und Verfolgungserfahrungen von Frauen und Männern „halbjüdischer“ Herkunft in Wien, 1938–1945, in: Löw, Andrea/Bergén, Doris L./Hájková, Anna (Hg.): Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945. München: Oldenbourg Verlag 2013 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 106), S. 81–97.
- 65/ Lappin-Eppel, Eleonore: Die „Mischlingsliga Wien“ – Widerstandsgruppe und Jugendorganisation, in: Kuretsidis-Haider, Claudia/Schindler, Christine (Hg.): Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2017, S. 141–164.
- 66/ Neugebauer, Wolfgang: Der österreichische Widerstand 1938–1945. Wien: Edition Steinbauer 2008, S. 171.
- 67/ Paucker, Arnold: Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur. Essen: Klartext 1995 (Stuttgarter Vorträge zur Zeitgeschichte, Bd. 4), S. 42.
- 68/ DÖW 23.150/36, Interview mit Otto Horn am 24.2.1988, S. 68f.
- 69/ Ein „Bombengräber“ gibt zu Protokoll. Gespräch mit dem Widerstandskämpfer Otto Horn, in: *Volksstimme*, 23.5.1982, S. 3.
- 70/ DÖW 7.162, Festschrift der Sonderabteilung „NN“, Mischlingsliga in Wien und Antifaschistische Partei Österreichs (APÖ), 1.12.1945; ZPA der KPÖ, Otto Horn/Hans Wewerka: Bericht über die Tätigkeit des österreichischen Freikorps MLW-APÖ, März 1956; Interview mit Otto Horn, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1993 (Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, Bd. 3), S. 326–332.
- 71/ DÖW 20.000/A123, Bestätigung des Ermittlungsrichters des Volksgerichtshofes beim Landgericht Wien, 16.5.1941.
- 72/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 7.6.1945.
- 73/ ZPA der KPÖ, Bestätigung von Major Ljubo Kržišnik (Jugoslawische Militärdelegation), 6.12.1946 (Kopie in DÖW 987); Horn, Otto: April 1945 in Hernald, in: *Volksstimme*, 28.4.1970, S. 3.
- 74/ DÖW 20.100/4739, Häftlingsverband, Eidesstattliche Erklärung, o.D.
- 75/ Als „Geltungsjuden“ wurden „Mischlinge“ betrachtet, die 1935 in der Kultusgemeinde registriert waren. Im Unterschied zu den „Mischlingen“ galten sie rechtlich als Jüdinnen und Juden und unterlagen – mit Ausnahme der Deportationen – denselben antijüdischen Bestimmungen.
- 76/ Gertrude Horn war bis zur Befreiung in den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück interniert (DÖW 20.100/2217, KZ-Verband, Eidesstattliche Erklärung, 30.9.1945). Zu ihr vgl. Amesberger, Helga/Halbmayr, Brigitte/Clemens, Simon: Meine Mama war Widerstandskämpferin. Netzwerke des Widerstands und dessen Bedeutung für die nächste Generation. Wien: Picus Verlag 2019, S. 128–174.
- 77/ DÖW 40.896, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Otto Ernst Andreasch und zwölf weitere Beschuldigte, 5.6.1944, S. 2.
- 78/ DÖW 989, Urteil des Volksgerichtshofs gegen Otto Ernst Andreasch und elf weitere Angeklagte, 20./21.9.1944, S. 17.
- 79/ ZPA der KPÖ, Bescheinigung der Untersuchungshaftanstalt des LG Wien II, 6.4.1945.
- 80/ Horn, Otto: April 1945 in Hernald, in: *Volksstimme*, 28.4.1970, S. 3.
- 81/ Horn, Otto: [ohne Titel], in: *Sowjetunion heute*, 16. Jg., Nr. 6 (666), 16.3.1970, S. 6.
- 82/ J. K.-n. [Jenö Kostmann]: Die Frage des Pilatus, in: *Volksstimme*, 4.11.1967, Beilage.
- 83/ ZPA der KPÖ, Otto Horn: Über die Tätigkeit des Freikorps MLW-APÖ, o.D. [1964].
- 84/ BGBl. Nr. 118, Bundesgesetz vom 12. April 1946 über die Schaffung der Befreiungsmedaille.
- 85/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an das Präsidialbüro des Bundeskanzleramtes, Sektionschef Eduard Chaloupka, 4.12.1964.
- 86/ ZPA der KPÖ, Präsidium des BKA an Otto Horn, Zl. 9.925–Pr. 1a/64 v. 29.12.1964.
- 87/ Wann wird Befreiungsmedaille geprägt?, in: *der neue Mahnruf*, Nr. 1, Jänner 1968, S. 1.
- 88/ Otto Horns bittere Klage zum Thema ‚Befreiungsmedaille‘, in: *Wiener Montag*, Nr. 5, 29.1.1968, S. 5.
- 89/ Hufschmied, Richard: Die 30jährige Metamorphose der Auszeichnung „für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“, in: *Zeitgeschichte*, 32. Jg. (2005), Nr. 4, S. 228–249, hier S. 228.
- 90/ Zeitzünder. Roman. Wien: Globus Verlag 1972.
- 91/ DÖW 987, Bestätigung des vorläufigen Leiters des landesgerichtlichen Gefangenenhauses II in Wien, 30.10.1945.
- 92/ DÖW 20.000/A123, Standesamt Wien-Favoriten, Sterbeurkunde, 19.8.1946.
- 93/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an Hajo Herbell, stv. Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, 22.9.1968.
- 94/ ZPA der KPÖ, Interview des westdeutschen Fernsehens mit Ernst Fischer am 21.7.1966.
- 95/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an Heinz Nahke, Mitglied des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR, 13.3.1969.
- 96/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an das Polbüro des ZK der KPÖ, Friedl Fürnberg, 3.6.1970.
- 97/ AdK, Hugo-Huppert-Archiv 584, Hugo Huppert an Konrad Wolf, 17.1.1968, S. 3.
- 98/ Diskussion zum 21. Parteitag der KPÖ, in: *Volksstimme*, 13.5.1970, S. 4–5, hier S. 4.
- 99/ ZPA der KPÖ, Gutachten von Hajo Herbell, 1969; Heinz Sachs an Otto Horn, 11.12.1969.
- 100/ Vgl. ZPA der KPÖ, Mitteldeutscher Verlag, Heinz Sachs an Otto Horn, 3.1.1967; Otto Horn an Heinz Sachs, 17.3.1969.
- 101/ Vgl. ZPA der KPÖ, Otto Horn an Günther Claus, 3.6.1970.
- 102/ Vgl. ZPA der KPÖ, Otto Horn an Hermann Axen, 29.10.1970; Otto Horn an Horst Sindermann, 10.1.1971.
- 103/ ZPA der KPÖ, Heinz Zaslowski an den Mitteldeutschen Verlag, 22.7.1970.
- 104/ Vgl. Wien-Bibliothek, Nachlass Viktor Matejka (ZPH 830), Box 4, Otto Horn an Viktor Matejka, 25.2.1974.
- 105/ Vgl. ZPA der KPÖ, Otto Horn an Fritz Bresau und Heinz Sachs, 8.5.1967; Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, Bruno Haid an Otto Horn, 6.6.1967.
- 106/ ZPA der KPÖ, Mitteldeutscher Verlag, Rudolf Herzog an Otto Horn, 19.11.1971.
- 107/ ZPA der KPÖ, Lothar Höricke, Dramaturg des Deutschen Fernsehfunks DDR, an Otto Horn, 8.1.1969.
- 108/ ZPA der KPÖ, Vertrag des Mitteldeutschen Verlags mit Otto Horn, 17.3.1969.
- 109/ ZPA der KPÖ, Otto Horn an Heinz Zaslowski, 15.9.1971; Deutsche Buchgemeinschaft an Otto Horn, 28.2.1975.
- 110/ ZPA der KPÖ, Meldung an das Personalbüro, 6.12.1982.
- 111/ DÖW-Interviewsammlung 554, Interview mit Gertrude Horn am 13./14.1.1989, S. 58 und 61.
- 112/ ZPA der KPÖ, Globus-Verlag, Heinz Zaslowski an das Ministerium für Kultur, Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel, stv. Minister Klaus Höpcke, 13.10.1983.
- 113/ Linkes Wort für Österreich. Ein literarisches Mosaik, hg. von Arthur West. Wien: Globus Verlag 1985, S. 208–212.
- 114/ Zeitzeichen. Bilder unserer Welt. Lyrik aus vier Jahrzehnten. Wien: Schönbrunn Verlag 1990.
- 115/ I.h. [Lutz Holzinger]: Besinnung und Nachdenken, in: *Volksstimme*, 3.2.1991, S. 18.
- 116/ ZPA der KPÖ, Globus-Verlag an Otto Horn, 30.8.1990.

Kampf um das Rax-Werk

Die Bewegung gegen Privatisierung und Entstaatlichung in Wiener Neustadt

ERICH SAMECK

Wer sich mit der niederösterreichischen Industriegeschichte vertraut macht, stößt in Wiener Neustadt zwangsläufig auf drei herausragende Betriebe: die legendäre Lokomotivfabrik, die 1842 gegründet und später unter den Namen G. Sigl bzw. Henschel geführt wurde, die Autofabrik Austro-Daimler und die Wiener Neustädter Flugzeugwerke, die Hauptangriffspunkt im Zweiten Weltkrieg waren. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl anderer Unternehmen verschiedenster Produktionsbereiche.

Thema dieses Beitrags ist die – „Rax-Werke“ genannte – Lokomotivfabrik, die teilweise einen Belegschaftsstand von über 8.000 Arbeitskräften hatte. Neben dem Daimler-Motorenwerk nahmen hier im Jänner 1918 die Arbeitskämpfe gegen die Kriegsnot ihren Ausgang. Als ehemaliger deutscher Rüstungsbetrieb war das Rax-Werk nach 1945 Teil der USIA und befand bis zum Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 unter sowjetischer Verwaltung. Im September und Oktober des Jahres 1950 stand die Belegschaft des Rax-Werks an der Spitze der Streikbewegung („Oktoberstreik“) in Wiener Neustadt. In den Jahren 1963 bis 1966 wurden neue Formen des Klassenkampfes erprobt, zuletzt veranlasst durch die Bestrebungen, diesen Betrieb aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie herauszubrechen. Das Rax-Werk und seine Arbeiter und Angestellten galten in den 1960er Jahren als die Hauptstörenfriede gegen die Bemühungen, die verstaatlichten Unternehmen in Österreich zu zerschlagen.

Der vorliegende Beitrag ist keine auf einem systematischen Quellenstudium basierende Analyse eines Historikers, sondern er stützt sich vor allem auf selbst Erlebtes und auf das Nachblättern in den verschiedensten zeitgenössischen Presseunterlagen.¹ Der Berichterstatter – damals Chefredakteur der *Wr. Neustädter Nachrichten* – war dabei, manchmal am Rande, oft direkt vor dem Betriebstor, immer im unmittelbaren Gespräch mit den Akteuren, nach den verschiedenen Zusammenkünften und Betriebsversammlungen, und meist bei der Umsetzung der dort besprochenen Pläne. Er war Reporter, er reportierte. Er wusste,

dass schon wenige Jahre nach der Übergabe der USIA-Unternehmen an die österreichische Regierung für einen Klüngel von Mächtigen die Auslöschung des Werks auf der Tagesordnung stand.

Withalm-Plan

Bereits 1958 erzwang der verstaatlichte SGP-Konzern (Simmering-Graz-Pauker), dem das Rax-Werk nach 1955 als Tochterbetrieb angegliedert worden war, den Abbau einer großen Zahl an Arbeitsplätzen. Obwohl der Betrieb im Staatsvertragsjahr 1955 schuldenfrei dagestanden war, mehr als 1.000 Arbeiter beschäftigte und auch die Auftragsbücher gefüllt waren, traten plötzlich angebliche „Schwierigkeiten“ auf, wogegen sich bereits 1958 eine Protestbewegung entfaltete. Die KPÖ trat frühzeitig gegen die künstlich geschürten Gerüchte (heute würde man sie „Fake-News“ nennen) auf, die Fabrik wäre nicht lebensfähig. Als am 26. Jänner 1962 in Wiener Neustadt die Vorstandskonferenz der verstaatlichten Industrie, in Anwesenheit von Vizekanzler Bruno Pittermann (SPÖ), tagte, überreichte die KPÖ-Gemeinderatsfraktion eine Petition gegen die Privatisierungs- und Schließungstendenzen. Auf den einfachsten Nenner gebracht ging es um Garantien dafür, dass das Rax-Werk im Verband der verstaatlichten Industrie erhalten bleibt. Jede Privatisierung würde einen Schiffbruch herbeiführen.

Als Ende 1963 der ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm laut einen Plan verkündete, mit der Demolierung der verstaatlichten Industrie in Österreich beginnen zu wollen, schrillten in Wiener Neustadt die Alarmglocken. Seit dem Oktoberstreik des Jahres 1950 wusste man hier, dass das Rax-Werk im Visier der Privatisierer stand. Unverblümt ließ man durchsickern, dass Betriebs-schließungen die Folge sein könnten. Auch der SGP-Konzern, die „Mutter“ der hiesigen Produktion, wurde im Plan der ÖVP genannt. In der Stadt hütete man sich vor jedweder Illusion. In den Parteien, der Gewerkschaft, der Geschäftswelt und in den Kammern war Gesprächsstoff Nummer eins: Soll die „Bude“ abgemurkst werden, und was wird dann aus der Kaufkraft? Die negativen Auswirkungen einer Schließung des

Werks waren für alle Lager in Wiener Neustadt offensichtlich.

Auftragssperre

Was 1963/64 von den Beschwichtigern noch als bloße Theorie abgetan wurde, erwies sich spätestens ab Jänner 1965 als brennheiß. Zu diesem Zeitpunkt informierte SGP-Generaldirektor Zach die Öffentlichkeit, per 30. Juni 1965 das Rax-Werk aus dem SGP-Konzern auszustößen und eine Sperre des Betriebs durchsetzen zu wollen. Der nächste Knackpunkt war die mit allen Konsequenzen über das Werk verhängte totale Auftragssperre. Davon waren nicht nur die Waggon-, sondern auch die Maschinenbauaufträge betroffen. Alle in Auftrag genommenen Arbeiten mussten auslaufen. Die Arbeiter blieben in Reaktion auf diesen Schritt nicht untätig. Sie alarmierten die Gewerkschaft und die Öffentlichkeit. Aus Protest gegen die geplante Schließung des Werks wurden die Sirenen der Fabriken und die Lokomotiven in Gang gesetzt. Ilmar Tessmann, der Pfarrer der Flugfeldpfarre St. Anton, solidarisierte sich mit den Arbeitern und ließ gleichzeitig eine Stunde lang „seine“ Kirchenglocken läuten. Währenddessen wurde im Rathaus eine Pressekonferenz des Rax-Werks veranstaltet. Außer den örtlichen Gewerkschaften solidarisierten sich mit der Belegschaft des Betriebs der gesamte Gemeinderat von Wiener Neustadt, die Geistlichkeit der Stadt, die Handelskammer, die Lehrerschaft, das Militärkommando und andere mehr. Selbst die ÖAAB-Betriebsgruppe der ÖVP schloss sich nicht aus.

Gleichzeitig legten KPÖ- und SPÖ-Funktionäre im Wiener Neustädter Stadtsenat und Gemeinderat sowie Bürgermeister Rudolf Wehrl im Niederösterreichischen Landtag die Finger auf die offene Wunde, indem sie zur Gegenwehr aufforderten. Anfangs schien ein Miteinander gegen die Privatisierungsbestrebungen als selbstverständlich, bis das schier Unvermeidliche eintrat. Die ÖVP, auf lokaler Ebene noch in der Verteidigungsposition, national aber offen auf Withalm-Kurs, vertrat stur die Interessen der Privatisierer. Die SPÖ begann zu lavieren. In diesem Moment waren die Arbeiter und Angestellten, die Wie-



Betriebsversammlung im Rax-Werk im Dezember 1965

Demonstration in Wiener Neustadt am 18. Dezember 1965

ner NeustädterInnen und die kleinen Geschäftsleute am Zug.

Kündigung der Belegschaft

Am 28. Juni 1965 fand eine Aufsehen erregende Kundgebung der Wiener Neustädter vor dem Gebäude der SGP-Generaldirektion in der Mariahilfer Straße in Wien statt. Just zu dieser Zeit drehten der für die verstaatlichte Industrie maßgebliche „15er Ausschuss“ und der SGP-Vorstand weiter an der Schicksalsschraube des Betriebs. In Verhandlungen mit dem ÖGB standen nur mehr Fragen wie die Abfertigung der Arbeiter zur Diskussion, nicht aber die weitere Existenz des Werks und sein Verbleiben im Verband der verstaatlichten Industrie.

Jeder weitere Schritt, der nun im Betrieb, in der Gemeindeverwaltung, im Land Niederösterreich und im Bund gesetzt wurde, machte die Stimmung brisanter und explosiver. Die SGP-Macher versuchten, dem Angriff eine neue Spitze zu geben, indem sie lapidar wissen ließen: „Da bedauerlicherweise der gesamten Belegschaft des Rax-Werks wegen Arbeitsmangels zu dem gesetzlichen Termin gekündigt werden muss, sehen wir uns aus dem gleichen Grund veranlasst, das Dienstverhältnis mit den Betriebsräten unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen zu lösen.“ Dieser ungeheuerliche Schritt, so hieß es damals in einem Bericht in der Lokalpresse, löste die Einberufung einer Vollversammlung im Werk aus, zu der Mitte Juli 1965 auch der vormalige Betriebsratsobmann des Rax-Werks und nunmehrige KPÖ-Gemeinderat Peter Zottl eingeladen wurde. Dieser überaus beliebte und populäre Arbeiterfunktionär wurde stürmisch begrüßt, erklärte sich solidarisch mit den kampfbereiten Arbeitern und Angestellten, appellierte an die Klassen-

solidarität, unabhängig von parteilichen Bindungen, und rief im Verbund mit den anderen Arbeitervvertretern zu direkten Kampfmaßnahmen auf. Das Resultat dieser Initiative war, dass die Mehrheit der Teilnehmer seine Einbeziehung in das Kampfkomitee verlangte.

Obwohl einige SPÖ-Betriebsräte diesen Schritt – offenbar aufgrund eines „höheren“ Auftrags – verhindern wollten, konnten sie sich damit bei der Belegschaft nicht durchsetzen. Zur Zuspitzung der Lage trug in diesem Augenblick die Entsendung eines Sonderkommandos der Polizei bei, um Zottl im Auftrag der Direktion aus dem Werk zu entfernen. Dies löste bei den Versammelten, die nahezu völlig hinter ihrem ehemaligen Betriebsratsobmann standen, eine derartige Empörung aus, dass sie gegen die Polizei Stellung nahmen und ihn gegen die Ordnungshüter schützten. Damit war ein Punkt erreicht, an dem die Polizisten Einsicht zeigten und sich zurückzogen.

Lokale Abwehrfront

Zunächst sprachen die späteren Zusperrer von der Abgabe des Werks an einen Bestbieter. Als solcher hatte sich schon im Mai 1965 ein Unternehmer, der berühmte Kugellagerfabrikant Ferdinand Pölzl, in Stellung gebracht. Weder die Arbeiter noch die Gemeindevertreter, die der Mann kontaktierte, nahmen ihm aber sein Kaufinteresse ab. Wusste man doch, was er eigentlich im Schilde führte: Er war aufs „Filetieren“ der Betriebsstätte aus. Die „Serbenhalle“ – das einst von den Nazi-Räubern von Kraljewo nach Wiener Neustadt verschleppte Kernstück des Werks, mit Dimensionen, die in ganz Europa kaum Ähnlichkeiten hatte – wäre für diesen „Windbeutel“, wie der Unternehmer damals ganz offen genannt wurde, nur ein dem Verfall

überlassenes Nebenbei gewesen. Dementsprechend wurde im Werk sofort reagiert: Die Betriebsräte Dörfel, Riegler und Schuster organisierten bereits Ende Mai eine Belegschaftsversammlung und berichteten über eine Auseinandersetzung mit Pölzl. Es gab eine präzise „Abwägung“ des Kaufangebots, bei der es letztlich einstimmig abgelehnt wurde. Der von den Versammlungsteilnehmern gefasste Beschluss lautete: Der Kampf um den Erhalt des Betriebs im Rahmen der verstaatlichten Industrie müsse weitergeführt werden. Dieser Beschluss gegen Pölzl wurde später in einer Urabstimmung bestätigt.

In diesen Wochen und Monaten bemühten sich die Vertreter aller im Rathaus vertretenen Parteien, die Eliminierung des Werks zu verhindern. Es gab eine lokale Einigung darüber, dieses Vorhaben mit allen erdenklichen Mitteln zu vereiteln. SPÖ-Vizebürgermeister Hans Barwitzius, damals schon der Wortführer der SPÖ in der Stadt, vertrat neben den KPÖ-Mandataren Franz Pusterhofer, Karl Flanner und Peter Zottl die Sache der Rax-Werk-Arbeiter mit gleicher Energie. Als Bezirkssekretär des ÖGB machte Barwitzius eine Verhinderung des Anschlags auf das Werk zu einer Angelegenheit für alle Wiener NeustädterInnen. Die ÖVP-Vertreter im Gemeinderat weigerten sich zwar nicht grundsätzlich, diesen Weg zu beschreiten, sie taten dies aber mit deutlich reduzierter Gangart.

Als sich die Situation zuspitzte und die Gefahr einer tatsächlichen Sperre des Werks unübersehbar wurde, überlegte sich die Rathausspitze tatsächlich, sich an einer Sanierung des Rax-Werks zu beteiligen, um es als eigenen Betrieb in der verstaatlichten Industrie weiterführen zu können und somit fürs Erste eine Zerstückelung des Betriebs zu ver-

hindern. Was sich damals in der im Zweiten Weltkrieg schwerst gezeichneten österreichischen Stadt abspielte, wurde auch im internationalen Pressewesen registriert. In Wien klang es beim Unternehmerblatt *Die Presse* natürlich gänzlich anders: Dort fehlte es nicht an Giftpfeilen gegen die Standhaftigkeit der Rax-Werk-Arbeiter.

Besetzung und Hungerstreik

Im November 1965 bestätigte der Ministerrat den Beschluss des 15er Ausschusses, der SGP-Generaldirektion den Verkauf des Rax-Werks zu übertragen. Das kam einem Freibrief gleich. Die über das Werk verhängte Auftragsperre und die drohende Entstaatlichung nötigten die Verteidiger ihrer Interessen, am 14. Dezember 1965 zu einem „Sitzstreik“ und einer knapp zweiwöchigen Betriebsbesetzung zu schreiten. Tag und Nacht hielten sie stand. Als damit keine positiven Ergebnisse erzielt werden konnten, traten am Sonntag, den 20. Dezember, Mitternacht zwölf Arbeiter in den Hungerstreik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Presseecho auf diese Aktion war österreichweit vernehmbar. Nach einer Feiertagsunterbrechung und der Fortsetzung ihres Appells an die Solidarität zeigten sich beeindruckende Resultate. An die hunderte österreichische Betriebe schrieben und telegrafierte den Rax-Werklern und versicherten ihre Solidarität und Beistandsbereitschaft. An die Gewerkschaft und Regierung wurden scharf gefasste Protestresolutionen entsandt und es kam zu mehreren Vorsprachen. Weiters trafen Geldspenden im Werk ein, Wiener Neustädter Geschäftsleute stellten sich mit Lebensmitteln und Zigaretten ein.

Karl Flanner und Peter Zottl brachten die Rax-Werk-Frage sowohl im Betrieb und den Gemeinderatssitzungen als auch bei jeder nur möglichen öffentlichen Auseinandersetzung auf den Punkt. Sie war in mehrerer Hinsicht beispielgebend: Hier zeigte sich, dass Begriffe wie Klassenbewusstsein, Kampfwille und Solidarität noch immer tief in den Köpfen der Werkstätigen verankert waren.

Dass der aus dem Flugfeldviertel stammende Arbeiterpriester Ilmar Tessmann vor dem Werkstor eine Beistandsmesse zelebrierte, die frapant Züge einer Demonstrationsversammlung annahm, war einer jener Momente, die sich in die Erinnerung eingebrannt haben. Schon zu einem früheren Zeitpunkt hatte dieser Seelsorger Flugblätter verbreiten lassen, in denen er etwa schrieb: „Besinnt Euch,

bevor es zu spät ist! Im besonderen wir Katholiken am Flugfeld und alle Fabrikarbeiter, die doch Tür an Tür mit den Arbeitnehmern des Rax-Werks wohnen, müssen jetzt für unsere Arbeitskollegen – egal welcher Parteilinie – eintreten. Als Euer Arbeiterseelsorger bitte ich Euch alle, nehmt an jeder Aktion zur Rettung des Rax-Werks teil!“

Alles, was vor und nach solchen Aktionen erfolgte, übte auf die arbeitende Bevölkerung in dieser Zeit eine große Signalwirkung aus. Am 18. Dezember 1965 formierte sich im bereits weihnachtlich geschmückten Wiener Neustadt ein Demonstrationszug. Angeführt von den Mitgliedern des Betriebsrats des Werks und den Bezirksausschussmitgliedern des ÖGB zogen Frauen und Kinder der streikenden Arbeiter zum Rathaus, um dort aufzurütteln. Die „Gschroppen“ trugen Tafeln mit Aufschriften wie „Kommt Vati zu Weihnachten heim?“ Der Zug hielt auf dem Hauptplatz an und eine Delegation sprach bei Hans Barwitzius vor, der im September dem verstorbenen Rudolf Wehrl als Bürgermeister nachgefolgt war. Barwitzius brachte seine Erschütterung über das völlig unverständliche Verhalten des SGP-Vorstands zum Ausdruck und unterstrich, dass ein Gemeinderatsbeschluss die Bundesregierung ausdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen einer Betriebssperre aufmerksam gemacht habe.

Definitive Schließung

Damals war die Haltung von Barwitzius eindeutig pro Rax-Werk, und seine Fraktion folgte ihm auf den Fuß. An der Geschlossenheit der Abwehrfront schien also zunächst nichts zu rütteln. Insgesamt war jedoch die Haltung der zentralen SPÖ-Stellen, insbesondere gegenüber den Kampfmethoden der direkt Betroffenen, eher schwankend, zaghaft bis schließlich ausweichend. Alle Winkelzüge, die von den Zusperrern betrieben wurden, um falsche Hoffnungen zu wecken, waren Teil eines miesen Spiels. Im Februar 1966 wurde das Rax-Werk, der größte metallverarbeitende Betrieb von Wiener Neustadt, definitiv geschlos-



KPÖ-Vorsitzender Franz Muhri (Mitte) im Spital bei den Rax-Werk-Arbeitern, die in den Hungerstreik getreten waren.

sen. Elf Arbeiter traten hierauf neuerlich in den Hungerstreik. Gemäß einer Mitteilung des SGP-Vorstands wurde die Kündigung der gesamten Belegschaft vom ÖGB-Präsidenten Anton Benya gedeckt und vom SGP-Zentralbetriebsrat gutgeheißen. Damit wurde das Rax-Werk zugunsten der Wiener SGP-Betriebe geschlossen. Das Bezirkspräsidium des ÖGB Wiener Neustadt stellte nunmehr in einem Beschluss fest: Jede weitere Aktion zugunsten des Rax-Werks werde ohne Unterstützung des ÖGB bleiben, weshalb die gesamten Bemühungen der Bezirksleitung der Gewerkschaft und der Betriebsräte hinfällig geworden seien. Die Kollegen wurden ersucht, von weiteren Kampfmaßnahmen Abstand zu nehmen.

Was da zur Kenntnis genommen werden musste, löste im Werk bitterste Enttäuschung aus. Nach dem gewaltigen Aufbäumen, nach den Sitzungen des Gemeinderats im Betrieb, nach Werksbesuchen u.a. von Außenminister Bruno Kreisky und Innenminister Hans Czettel, nach den zahlreichen Aufmärschen und Demonstrationen, die eine Hoffnung auf Erfolg berechtigt erschienen ließen, nun dieses kalte Aus. Man male sich die Stimmung aus. Bei einer großen Berichtsversammlung der Wiener Neustädter KPÖ im hiesigen Brauhausaal, die wenige Tage danach stattfand, wurde abgerechnet. Parteivorsitzender Franz Muhri, die Gemeinderäte Peter Zottl und Karl Flanner sowie Betriebsrat Kurt Riegler schlussfolgerten übereinstimmend, dass alle, die an der Seite der Rax-Werkler gestanden hatten, den Fahrplan der Entstaatlicher und Privatisierer empfindlich gestört hatten.

Anmerkung:

1/ Siehe zu diesem Thema auch Karl Flanner: Das Beispiel des Rax-Werks, in: *die arbeit*, 22. Jg. (1966), Nr. 3, S. 13–16.

Feind von links

Die KPÖ in sozialdemokratischen Broschüren zu den Wiener Wahlen 1932

CHRISTIAN KASERER

Die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen am 24. April 1932 waren die letzten freien Wahlen in der österreichischen Hauptstadt, bevor 1933/34 der Austrofaschismus und 1938 der „Anschluss“ an das nationalsozialistische Dritte Reich solche verunmöglichten. Es sollte bis zum 25. November 1945 dauern, ehe in Wien wieder gewählt werden konnte. Die Wahlen von 1932 fanden zeitgleich auch in Niederösterreich sowie in Salzburg statt und markierten den Aufstieg der österreichischen NSDAP zur Massenbewegung. Gerade darauf legte die Forschung in der Vergangenheit immer wieder einen Schwerpunkt, während andere Aspekte dieser Wahlen wenig bis gar nicht beleuchtet wurden.

Geprägt waren die Landtagswahlen in allen Bundesländern insbesondere von den Auswirkungen der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Wien stand zwar, im Vergleich zu anderen Großstädten, noch recht gut da, aber auch dort grassierte das Elend. Nicht nur die NSDAP, damals oft Hakenkreuzler titulierte, agitierte mit den Auswirkungen der Krise gegen die Sozialdemokratie, welche sich damals noch Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) nannte. Auch die Kommunistische Partei Österreichs warf den Sozialdemokraten vor, mit ihren reformorientierten Mitteln der Krise nicht Herr werden zu können. Für die KPÖ freilich war die Lösung nicht ein Führer, sondern ein Blick etwa zu den Aufbauleistungen im sowjetischen Moskau. Das Wahlergebnis allerdings zeigte, dass die antisemitischen und faschistischen Parolen der NSDAP ihre Wirkung, zur Überraschung so mancher etablierter Politiker,¹ durchaus nicht verfehlten. Während die Sozialdemokratie in Wien weiterhin mit 59 Prozent ihre Mehrheit behaupten konnte, erreichten die Nationalsozialisten ganze 17,4 Prozent.

Die Kommunisten kamen lediglich auf 21.949 und damit auf 1,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der KPÖ gelang damit in Wien freilich kein Einzug in den Gemeinderat, allerdings mehr als die Verdoppelung ihrer Stimmen im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahr 1927. In Favoriten und Ottakring wurden

erstmalig Bezirksratsmandate errungen. Bis zu diesem Zeitpunkt war die KPÖ ein in den Augen der Sozialdemokratie weitgehend irrelevanter politischer Faktor. Dass sie nun von der SDAP durchaus ernst genommen und als Bedrohung angesehen wurde, legen mehrere Wahlkampfbroschüren nahe, welche 1932 vom Verlag der Wiener Volksbuchhandlung herausgegeben wurden und in welche dieser Beitrag einen Blick werfen will.

Wien – Moskau

Die Kritik der KPÖ an der Wiener Sozialdemokratie in den 1930er Jahren ist vielfältig und wurde in unzähligen Artikeln im Parteiorgan *Die Rote Fahne* als auch in eigenen Propagandabroschüren kundgetan. Zusammenfassen lassen sich folgende drei primären Kritikpunkte: 1.) Die Wiener Sozialdemokratie hat in ihrer Lokalpolitik versagt. Sie baut zwar Wohnungen, doch einerseits zu wenige, andererseits zu kleine und zu schlechte. Auch im öffentlichen Verkehr, der Fürsorge und der Arbeitsplatzbeschaffung bleibt die Sozialdemokratie hinter den Möglichkeiten der Zeit zurück. Der Vergleich mit den umfassenden Leistungen in Moskau macht sicher, wo richtig Politik gemacht wird. 2.) Die Sozialdemokratie bleibt mit ihrer Reformpolitik im Kapitalismus, kann ihr Potenzial also nicht voll entfalten und spielt diesem letztlich sogar zu, da sie die Arbeiterbewegung ruhig hält. 3.) Dadurch bereitet die Sozialdemokratie, gemäß der von der Kommunistischen Internationale seit ihrem 6. Weltkongress im Jahr 1928 vertretenen „Sozialfaschismusthese“, dem Faschismus den Boden, bildet also sozusagen den linken Flügel des Faschismus. Die Conclusio lautet, vereinfacht gesagt, Bekämpfung der Sozialdemokratie und Errichtung einer Räterepublik nach sowjetischem Vorbild, wie sie auch kurzzeitig etwa in Bayern oder Ungarn bestand hatten.

Freilich, mit den beiden letzten Punkten ließ sich, sind sie doch eher abstrakt und wenig greifbar, schwer Wahlwerbung machen. Mit den durchaus existierenden Problemen im so genannten Roten Wien allerdings, befeuert

durch die weltweite Wirtschaftskrise, dafür umso mehr. Die KPÖ entschied sich folglich dafür, 1932 im Komintern-Verlag Carl Hoym die Publikation „Wien – Moskau. Zwei Städte – Zwei Welten“ herauszugeben.² Die 109 Seiten umfassende Broschüre, eigentlich bereits ein kleines Buch, befasst sich in sieben Kapiteln mit verschiedenen Bereichen der Lokalpolitik und stellt die beiden Städte einander gegenüber. So werden etwa der Wohnbau, die soziale Fürsorge, Bildungspolitik, Finanzierung und „Kleinigkeiten“³ wie etwa Kanalisation oder Straßenbeleuchtung exemplarisch verglichen. Die reich bebilderte und mit mehreren Statistiken ausgestattete Publikation kommt für Wien zu einem vernichtenden Urteil. Im Bezug auf die Wiener Wohnungsnot und die zurückgehenden Geburtenraten heißt es etwa: „Das ist also die Perspektive der Gemeinde Wien: ‚Lösung‘ der Wohnungsfrage durch Absterben der Bevölkerung!“⁴

Das Druckwerk ist bemüht, die positiven Seiten der Aufbauleistungen in Moskau in möglichst bunten Facetten mit genauen Details darzustellen und Wien, wo möglich, als hinterherhinkende Stadt zu zeigen. Der Grund für die Unterschiede wird prägnant artikuliert: „Im angeblich ‚roten‘ Wien herrschen die Finanzhyänen, die Rothschild, die Hengel und die anderen in- und ausländischen Ausbeuter, die auch noch aus der von ihnen verschuldeten Krise, aus dem Hunger der Massen Riesenprofite herausschinden. [...] In Moskau herrscht die Arbeiterschaft. Sie bestimmt selbst über die Arbeit und über die Lebenslage der werktätigen Massen, sie beherrscht die Straßen, die Betriebe, die Schulen, die Kaufhäuser, die Kinos und Theater, kurz alles, was es in dieser Stadt gibt. [...] Darum kann man im krassen Gegensatz zu Wien vom roten Moskau, von der roten Hauptstadt sprechen.“⁵

Die Sozialdemokratie ließ solche Behauptungen, wie sie etwa auch in der *Roten Fahne* erschienen waren, nicht unbeantwortet und veröffentlichte ihrerseits 1932 die 20-seitige Broschüre „Wien und Moskau“ als entsprechende Replik. Dort heißt es introduzierend: „Das rote Wien – das ist die Niederlage

unserer Feinde, die sie nicht verschmerzt haben und niemals verschmerzen werden. Das Rote Wien – das ist die einzige Millionstadt außerhalb Rußlands, die einzige große und bedeutende Lebensgemeinschaft von Hunderttausenden westlich der russischen Grenze, die von Sozialisten nach sozialistischen Grundsätzen verwaltet wird!“⁶ Die in ihrem Duktus partiell eher aufgeregt wirkende Veröffentlichung greift sich einzelne Vorwürfe der KPÖ zu Wien heraus und versucht diese einerseits zu entkräften, andererseits das kommunistische Gegenbeispiel Moskau zu relativieren. „Das zwingt uns, uns auch ein wenig mit der Frage zu beschäftigen, wie es denn dort, wo also die kommunistische Methode angewandt wird, [...] auf dem Gebiet des Wohnungsbaues in Wahrheit aussieht. Wir wollen hier aus einer amtlichen Schrift der Sowjets, aus L. M. Kaganowitsch: Die sozialistische Rekonstruktion Moskaus und in der UdSSR. Moskau 1932, zitieren. Kaganowitsch teilt mit [...], daß die Gesamtzahl der Moskauer Bevölkerung von 1,600.000 im Jahre 1912 auf 2,800.000 im Jahre 1932 gestiegen ist. Es sind also 1,200.000 Menschen in Moskau zugewachsen. [...] Und nun schreibt Kaganowitsch [...], daß in Moskau einschließlich 1931 5000 neue Häuser mit einer Wohnfläche von 2 Millionen Quadratmetern geschaffen worden sind. [...] Das bedeutet nämlich, daß auf den Bevölkerungszuwachs allein eine Wohnfläche von sage und schreibe 1 2/3 Quadratmeter entfällt. Das bedeutet natürlich, daß nur ein geringer Teil der Wohnungssuchenden bisher eine Wohnung hat erhalten können.“⁷ Die Leistungen in Moskau sowie in der ganzen Sowjetunion allerdings, das sei erwähnt, werden trotz der offenen Kritik in dieser Publikation und noch weiteren aus dieser Zeit ostentativ gewürdigt.⁸ Die KPÖ wird als „Feind im Rücken“ bezeichnet: „Den Kommunisten ist nichts radikal, nichts revolutionär, nichts sozialistisch genug. Und besonders gegen die Gemeinde Wien verspritzen sie ein Maß von Haß und Verleumdung, das kaum von den Meisterleistungen geeichter Faschisten überboten werden kann.“⁹ Ein Vergleich, der sich in anderen Druckwerken wiederholen wird.

Die Kritik der KPÖ wird als wenig bis gar nicht haltbar dargestellt und stattdessen auf Moskau angewandt. Bewirken würden die Kommunisten lediglich, „daß tatsächlich die rote Fahne wieder vom Rathaus heruntergeholt würde“¹⁰ und folglich christlich-soziale

oder gar Faschisten die Stadt übernehmen. Die Strategie der SDAP ist klar: Umkehr der Vorwürfe der KPÖ. Nicht in Wien herrschen Wohnungsnot, Armut und Elend, sondern in Moskau. Nicht die Sozialdemokratie bereite mit ihrer Reformpolitik dem Faschismus den Boden, sondern die Kommunisten würden dies besorgen.

Zwei Revolutionen

Mit der eigenen Geschichte und dem Vorwurf, die Arbeiter verraten zu haben, setzt sich die 56 Seiten starke sozialdemokratische Broschüre „Zwei Revolutionen“ auseinander. Sie stellt sich der Frage „Wäre 1918 mehr erreichbar gewesen?“¹¹ und versucht zu zeigen, dass der Weg der Sozialdemokratie in den bürgerlichen Parlamentarismus die einzige Möglichkeit war. „Die Kommunisten suchen ihre Anklage mit der Begründung zu erhärten, daß in den ersten Monaten des Umsturzes niemand in Österreich die Kraft gehabt hätte, den von der Front zurückkehrenden Arbeitersoldaten Widerstand zu leisten, wenn es nicht die Sozialdemokratische Partei selbst gewesen wäre, die die Heimkehrer von der Ausrufung der Sowjetrepublik abgehalten hätte. [...] Das ist für die ersten Umsturzwochen richtig, aber auch nur, soweit man an die Verhältnisse in Österreich selbst denkt. Die österreichische Bourgeoisie war damals kraftlos und machtlos. Aber was für Österreich richtig war, galt schon nicht mehr für die Bourgeoisie der Nachfolgestaaten, für die Tschechoslowakei, für Jugoslawien, galt schon gar nicht für die Bourgeoisie der siegreichen Ententeländer. Und es ist außer Zweifel, daß die Ausrufung der Sowjetdiktatur in Österreich von der Entente mit der militärischen Besetzung Österreichs, mit der Aufrichtung einer Militärdiktatur beantwortet worden wäre, so wie sie in Ungarn die Sowjetrepublik in Trümmer geschlagen haben.“¹² Für die



„Transparentkrieg“ zwischen SDAP und KPÖ im Wiener Wahlkampf 1932 im Pernerstorferhof in Favoriten.

KPÖ gibt es erneut nur ein vernichtendes Urteil: „Die Kommunisten halten revolutionäre Reden, aber in ihren Taten sind sie die Helfershelfer der Gegenrevolution, des Faschismus. Darum ist die kommunistische Politik in Wahrheit konterrevolutionär und sozialfaschistisch.“¹³ Auch hier also wieder eine Umkehr des Sozialfaschismusvorwurfs auf die Kommunisten.

Über die Zielgruppe lässt sich freilich nur spekulieren, doch kann aufgrund der doch recht allgemein gehaltenen Erklärungen und des fast schon propädeutischen Charakters der Broschüre angenommen werden, dass die Sozialdemokratie damit vor allem Menschen mit einem geringeren politischen Kenntnisstand erreichen wollte. Hinweise gibt es im Text auch, dass diese Veröffentlichung gerade für jüngere Menschen gedacht war: „Aber die Kommunisten wissen noch mehr zu sagen. Sie werfen den Sozialdemokraten vor, daß sie das Proletariat verraten haben. Sie sprechen von einem ‚unausgesetzten Verrat‘, den die Sozialdemokraten an der Arbeiterschaft begangen haben. Einen Verrat, der damit begonnen habe, daß die Sozialdemokratie 1918, als sie dazu die Macht gehabt habe, die Diktatur des Proletariats verhindert und die Arbeiter-



Sozialdemokratische – gegen die KPÖ gerichtete – Broschüren zu den Wiener Wahlen 1932.

schaft mit dem Scheinerfolg der demokratischen Republik abgespeist habe. Besonders die jüngere Arbeiterschaft, die die Ereignisse des Umsturzjahres nicht mehr aus den Erfahrungen ihres eigenen Kampfes kennt, hoffen sie mit diesen Argumenten für sich zu gewinnen.“¹⁴

Für Eingeweihte

Während „Wien und Moskau“ sowie „Zwei Revolutionen“ noch allgemeinen Charakter besaßen und zuvorderst Argumente der KPÖ entkräften sollten, scheinen sich zwei andere Publikationen aus dem Wahljahr 1932 an ein spezifischeres Publikum zu richten. Das 91 Seiten dicke Werk „Feind im Rücken – Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale“ und die 32 Seiten umfassende Broschüre „Proletarische Irrwege – Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Österreichs“ erwecken beide den Eindruck, spezifisch für Mitglieder und SympathisantInnen der KPÖ herausgegeben worden zu sein. Sie sind in einem kämpferischen, geradezu geladenen Duktus abgefasst und gespickt mit Anekdoten und Behauptungen aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale sowie der KPÖ, sodass sie dem unbedarften Lesenden oftmals schwer bis eigentlich unmöglich zu verstehen erscheinen.

So berichtet etwa „Feind im Rücken“ im Hinblick auf die 1920er Jahre davon, „daß der Parteivorstand des [Karl] Toman und [Franz] Koritschoner von der Kommunistischen Internationale einfach abgesetzt wurde“.¹⁵ Informationen, die für einen an tieferen politischen Vorgängen wenig interessierten Wiener Arbeiter wohl kaum von Wert gewesen sein dürften, seine Wahlentscheidung zu

fällen. Auch wiederholt sich das bereits mehrfach artikuliert Urteil über die KPÖ: „Dies also ist der Kommunismus: Wir haben seinen Weg verfolgt von seiner Begründung bis zur jüngsten Gegenwart, wir haben gesehen, welch ungeheures, nicht mehr mit menschlichen Maßen abzumessendes Maß an Unglück er über die Arbeiterschaft gebracht hat. [...] Was einstmals eine große Hoffnung war, ist zum Unheil der Arbeiterklasse geworden. Blinder Fanatismus, diktatorische Unduldsamkeit haben den Kommunisten zum geschätzten Handlanger der Reaktion gemacht. Der Faschismus, der gegen die Arbeiterschaft zum Todessprung ansetzt, hofft auf den kommunistischen Feind im Rücken der Arbeiterschaft.“¹⁶

Resümee

Die Ergebnisse der Wiener Wahlen des Jahres 1932 bescherten der KPÖ zwar einen kleinen quantitativen, indes keinen qualitativen Sprung. Sie blieb weiterhin eine im parlamentarischen System nicht spürbare Kraft. Die vier hier nur exemplarisch vorgestellten Broschüren der SDAP¹⁷ allerdings zeigen, dass die KPÖ zumindest im Laufe des Wahlkampfes den Anschein erweckte, eine ernsthafte Gefahr werden zu können.¹⁸ Die Strategie auf Seiten der Kommunisten bestand darin, den Problemen Wiens die Stadt Moskau entgegenzustellen, welche, so die Behauptung, weder Wohnungs- noch Arbeitslosigkeit kenne. Grund für diese Erscheinungen in Wien wäre zuvorderst, dass die SDAP nicht willens war, den Kapitalismus auf revolutionäre Weise wie in der Sowjetunion zu überwinden, weshalb die von ihr gelähmte Arbeiterklasse Gefahr laufe, bald vom Faschismus zerschlagen zu werden. Die SDAP

hielt diesen Behauptungen andere Zahlen aus Moskau entgegen, hob die Errungenschaften des Roten Wien hervor und argumentierte, eine sozialistische Revolution wäre in Österreich aufgrund äußerer Feinde realiter unmöglich gewesen. Vorwürfe wurden in der Regel umgekehrt, so etwa auch die These vom Sozialfaschismus. Nebst dem Wunsch, den Behauptungen der KPÖ allgemein etwas entgegenzusetzen, ging es der Sozialdemokratie allerdings ebenso darum, Mitglieder und Sympathisanten der KPÖ

von ihr abzubringen und zur eigenen Wählerbasis zu führen.

Anmerkungen:

- 1/ Siehe dazu: Franz Schausberger: *Ins Parlament, um es zu zerstören*. Wien 2012, S. 131f.
- 2/ Als „Herausgeber und verantwortlicher Redakteur“ ist dort „Emil Huk, Hilfsarbeiter“ angegeben. Als Autor wird in der Forschung der KPÖ-Funktionär Erwin Zucker genannt. Vgl. *Das Rote Wien. 1919–1934. Ideen, Debatten, Praxis*, hg. von Werner Michael Schwarz, Georg Spitaler und Elke Wikidal. Basel 2019, S. 457.
- 3/ *Wien – Moskau. Zwei Städte – Zwei Welten*. Berlin/Hamburg 1932, S. 111.
- 4/ Ebd., S. 58.
- 5/ Ebd., S. 5f.
- 6/ *Wien und Moskau*. Wien 1932, S. 1.
- 7/ Ebd., S. 7.
- 8/ Als Beispiel sei genannt: Ludwig Birkenfeld: *Fünfjahresplan und Sozialismus. Wege der Planung und Erfüllung*. Wien 1932.
- 9/ *Wien und Moskau*, S. 3.
- 10/ Ebd.
- 11/ *Zwei Revolutionen. Kommunisten und Sozialdemokraten 1918–1919*. Wien 1932, S. 18.
- 12/ Ebd.
- 13/ Ebd., S. 55.
- 14/ Ebd., S. 3.
- 15/ *Proletarische Irrwege. Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien 1932, S. 20.
- 16/ *Feind im Rücken. Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale*. Wien 1932, S. 88f.
- 17/ So geht etwa auch die im selben Jahr erschienene Broschüre „*Retter der Arbeitslosen?*“ auf die KPÖ, jedoch ebenso auf die NSDAP ein.
- 18/ Vgl. Manfred Mugrauer: „*Rothschild saniert – das Volk kriecht*“. *Die sozialökonomische Politik der KPÖ zur Zeit der Weltwirtschaftskrise*, in: ders. (Hg.): *Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte*. Wien 2010, S. 45–100.

Maly Trostinec: Deportation und Vernichtung

Das Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Seit 1988 veröffentlicht das DÖW ein Jahrbuch mit bestimmten Themenschwerpunkten. Es spiegelt die Forschungstätigkeit dieser Institution wider, ist aber auch offen für Beiträge von Forschenden von außerhalb. Die Bandbreite der Texte umfasst das ureigenste Thema des Dokumentationsarchivs, nämlich den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, ebenso wie die übrigen Forschungsfelder: die NS-Medizinverbrechen, die Verfolgung der Roma und Sinti sowie der Homosexuellen, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Entschädigung und Rückstellungen nach 1945, Erinnerungspolitik und Gedenkkultur, Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich und im internationalen Kontext sowie die Entrechtung, Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der Jüdinnen und Juden.

Die Erforschung des Holocaust ist seit der Gründung des DÖW im Jahr 1963 ein zentraler Schwerpunkt, der im Projekt der „Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ gipfelte. Aus diesem Großprojekt entwickelten sich in den letzten Jahren mehrere weitere Forschungsprojekte. So wird das Jahrbuch 2020 die ersten Deportationen von – ausschließlich männlichen – Juden nach Nisko im Oktober 1939 zum Thema haben. Maly Trostinec, der Schwerpunkt des aktuellen Jahrbuchs, ist seit etwa zwei Jahren stärker im Fokus der Forschungen des DÖW, nachdem schon vor ca. 20 Jahren erstmals die Namen und Daten der österreichischen Holocaustopfer veröffentlicht wurden. Seit ca. 15 Jahren sind die Basisdaten zu Maly Trostinec auf der Ausstellungswebseite des DÖW publiziert. Seit 2018 kann das Schwerpunkt-Thema Maly Trostinec auf der Website www.doew.at mit Fotos und Dokumenten angesehen werden.

Zahlenverwirrung

Drei Beiträge des Jahrbuchs mit dem Titel „Deportation und Vernichtung. Maly Trostinec“ stehen im Mittelpunkt des Schwerpunkts: Es sind dies der Aufsatz von Winfried R. Garscha, langjähriger DÖW-Archivar und Historiker, mit dem Titel „Ein unermüdliches Beharren auf Empirie und Nüchternheit“. Die Er-

forschung der Vernichtungsstätte Maly Trostinec“. Weiters der von mir verfasste Beitrag „Einsatz in Maly Trostinec: Der Gaswagenfahrer Josef Wendl vor Gericht“, sowie der Text von Christa Mehany-Mitterrutzner mit dem Titel „Vernichtung – Deportationen nach Maly Trostinec, 1942“, in dem sie Dokumente und Fotos aus den Beständen des DÖW aufbereitet und die Lebensgeschichten mehrerer Personen bis zu deren Ermordung darstellt.

Einen zentralen Stellenwert im Aufsatz von Winfried Garscha nimmt die Frage ein, wie viele ÖsterreicherInnen nach Maly Trostinec deportiert und dort ermordet wurden. Hierüber existierten bisher verschiedene Angaben. Auf Grundlage der Forschungen des DÖW im Rahmen der „Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ ist Garscha nun in der Lage, präzise Zahlenangaben machen. Fest steht, dass – nach Auschwitz-Birkenau – in Minsk und Maly Trostinec die meisten österreichischen Juden und Jüdinnen ermordet wurden. 8.546 Personen wurden direkt aus Wien zu diesem Vernichtungsort deportiert und unverzüglich erschossen oder in Gaswagen mit Auspuffgasen erstickt. Dazu kommt ein Großteil jener 1.040 Jüdinnen und Juden, die im November 1941 von Wien ins Ghetto Minsk deportiert worden waren und in weiterer Folge dort oder in Maly Trostinec ermordet wurden. Weiters sind jene ÖsterreicherInnen zu berücksichtigen, die mit Zügen aus anderen Orten nach Minsk bzw. Maly Trostinec gebracht wurden, nämlich 67 aus Brünn und 143 aus Theresienstadt. Daraus folgt: 9.706 Jüdinnen und Juden aus Österreich wurden in der Vernichtungsstätte Maly Trostinec umgebracht bzw. gingen im Ghetto Minsk zugrunde. Nur 17 Personen haben nach gegenwärtigem Informationsstand überlebt.

Zum Vergleich: 14.000 bis 15.000 der rund 19.000 bis 20.000 österreichischen Häftlinge im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau waren jüdische Deportierte. Sie waren teilweise aus dem Ghetto Theresienstadt und zum kleineren Teil direkt aus Wien dorthin verschleppt worden. Bis zu 9.000

Österreicherinnen und Österreicher wurden aus Ländern, in denen sie bis zu deren Eroberung durch die Deutsche Wehrmacht Zuflucht gefunden hatten, nach Auschwitz deportiert. Nur eine Minderheit der 1.500 österreichischen Auschwitz-Überlebenden war jüdisch, d.h. dass wohl an die 14.000 österreichische Juden und Jüdinnen die Deportation nach Auschwitz nicht überlebten und in Gaskammern mit Zyklon B vergiftet wurden oder den mörderischen Haftbedingungen zum Opfer fielen.

Die für das Sichtbarmachen der österreichischen Opfer von Minsk bzw. Maly Trostinec seit knapp zehn Jahren unermüdlich kämpfende Waltraud Barton hat im Totenbuch Maly Trostinec mit dem Titel „Den Toten ihre Namen geben“ die im Österreichischen Staatsarchiv aufbewahrten Namenslisten aller zehn Transporte aus Wien publiziert und die 8.546 Männer, Frauen und Kinder aufgeführt. Trotzdem ist in den letzten Jahren in verschiedenen Zusammenhängen eine Opferzahl von bis zu 13.000 kolportiert worden, die auch von Bundespräsident Van der Bellen bei der Enthüllung des Denkmals „Massiv der Namen“ in Maly Trostinec verwendet wurde.

Garscha geht in seinem Aufsatz der Frage nach, wieso es zu dieser Zahlenverwirrung kommen konnte. Ausgangspunkt war, dass der Holocaust-Überlebende und Historiker Jonny Moser 1991 in einem Beitrag in der von Wolfgang Benz herausgegebenen Publikation „Dimensionen des Völkermords“ fünf Transporte aus Theresienstadt hinzuzählte. Moser konnte damals nicht wissen, dass diese Transporte zwar den Zielort Minsk hatten, tatsächlich aber in das Vernichtungslager Treblinka geschickt wurden. Forschungen dazu brachten diesen Irrtum in den darauffolgenden Jahren zutage, doch wurde dies von manchen HistorikerInnen nicht zur Kenntnis genommen. So existierte quasi eine Parallelüberlieferung von Opferzahlen, die Winfried Garscha nun in seinem Aufsatz klargestellt hat.

Ein weiteres Thema seines Beitrags ist die späte Entdeckung von Maly Trostinec durch die Holocaustforschung. Garscha geht auf die grundlegenden

Arbeiten deutscher und amerikanischer HistorikerInnen ein und verdeutlicht den Verlauf und Kontext der österreichischen Forschungen zu diesem Thema – beginnend mit dem ersten Zeitungsbericht über das Lager in den USA 1944 kurz nach der Befreiung von Minsk. Garscha verortet die Verbrechen im Rahmen des Holocaust in den Ostgebieten und des nationalsozialistischen Besatzungsregimes in Weißrussland, dem fast 20 Prozent der Gesamtbevölkerung zum Opfer fielen und das Hunderte Dörfer völlig zerstörte. Er geht auf Fragen der Terminologie ein, erörtert die Organisationsstrukturen der Täter und kontextualisiert Vernichtungslager, Vernichtungsstätten und die Ghettos im Reichskommissariat Ostland als „Zwischenstation auf dem Weg zu den Massengräbern“. Er zeichnet die wechselnden Funktionen von Maly Trostinec im Verlauf des Krieges ebenso nach wie die Gedenkkultur nach der Befreiung. Auch, oder gerade im Bemühen um Empirie und Nüchternheit wird die Dimension des millionenfachen Verbrechens in diesem grundlegenden Artikel zur Mordstätte Maly Trostinec sichtbar.

Stationen der Forschung

Angesichts der 9.706 österreichischen Mordopfer in Minsk bzw. Maly Trostinec ist es erstaunlich, dass bis zu der von Waltraud Barton organisierten Konferenz „Maly Trostinec erinnern“ im Wien Museum im Jahre 2011 die österreichische Zeitgeschichtsforschung von dieser Vernichtungsstätte kaum Notiz nahm – und das, obwohl in Publikationen des DÖW seit Beginn der Arbeiten an der „Namentlichen Erfassung der Holocaustopfer“ Anfang der 1990er Jahre darauf hingewiesen worden war, dass es sich bei Maly Trostinec um einen der zentralen Tatorte des Holocaust an den österreichischen Juden und Jüdinnen handelte. Unter dem Titel „Vertreibung und Ermordung“ stellte das DÖW das Projekt über die namentliche Erfassung der Holocaustopfer im Jahr 1993 der Öffentlichkeit vor. Vier Jahre später erschien die Broschüre auch in englischer Sprache. Darin betonen die Historiker Florian Freund und Hans Safrian die herausragende Stellung von Maly Trostinec unter den nationalsozialistischen Vernichtungsstätten. 2001 erschien eine CD-ROM mit den 62.000 bis dahin bekannten Namen der mehr als 66.000 österreichischen Holocaustopfer sowie Beschreibungen der Deportationsziele, darunter exakte Zahlen zu den nach

Maly Trostinec Deportierten. Seit die CD-ROM vergriffen ist, sind diese Informationen auf der Website des DÖW abrufbar und bilden eine Online-Ergänzung zu der 2005 neu gestalteten Dauerausstellung des DÖW über die Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich.

1993 veröffentlichte der Historiker Hans Safrian in seinem Buch „Die Eichmann-Männer“ – zwar international rezipiert, aber in Österreich kaum wahrgenommen – Dokumente betreffend die Deportationen nach Riga und Minsk und beschrieb die Massenmorde in Maly Trostinec. Safrian behandelte die Bildung des „deutschen Ghettos“ in Minsk im November 1941 und die Wiederaufnahme der Deportationen aus Wien sowie das Schicksal der Deportierten in Minsk bzw. Maly Trostinec ab Mai 1942. Damit lag zum ersten Mal eine detaillierte Darstellung vor, aus der die Dimensionen der in und bei Minsk verübten Massenmorde 1941/42 ersichtlich war. Safrian zitierte unter anderem den bereits 1975 in der dreibändigen Dokumentation des DÖW „Widerstand und Verfolgung in Wien“ veröffentlichten Bericht eines ungenannten Überlebenden des ersten Deportationszugs aus Wien, dessen InsassInnen vom Güterbahnhof Minsk direkt nach Maly Trostinec gebracht wurden. Dieser – nur fragmentarisch erhaltene – Bericht über das Lager vom Mai 1942 bis zur Ermordung der letzten Häftlinge Ende Juni 1944 ist auf der DÖW-Website online abrufbar und auch im Jahrbuch abgedruckt. Verfasst wurde er vermutlich von Wolf Seiler, der „Lagerältester“ auf dem Gut Trostenez war und dem von dort die Flucht gelang. Der Wiener Kaufmann war gemeinsam mit seiner Frau und seinen zwei Kindern 1942 nach Maly Trostinec deportiert worden. Sie waren unter den wenigen Überlebenden des Lagers und wanderten nach der Befreiung in die USA aus.

Neben diesem Bericht werden im Beitrag der DÖW-Website-Redakteurin Christa Mehany-Mitternitzer Fallgeschicksale von Personen, die nach Minsk bzw. Maly Trostinec deportiert wurden, dargestellt. Die meisten aus Privatbesitz



Verhandlung gegen den NS-Täter Josef Wendl, 6.–9.10.1970

stammenden Fotos und Briefe sind die letzten Spuren der Ermordeten. Sie zeugen von vergeblichen Fluchtbemühungen, der Verzweiflung in den Sammelslagern und Ghettos. Die Gestapofotos und Dokumente der Täter berichten von der Verfolgung, die unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland einsetzte und an der Vernichtungsstätte Maly Trostinec endete.

NS-Täter Josef Wendl

Auch angesichts solch monströser Verbrechen muss die Justiz in einem Rechtsstaat die Delikte Einzelner feststellen. Sie trägt – im besten Fall – Beweise für die Beteiligung konkreter Verdächtiger zusammen und beurteilt das Verhalten Einzelner auf der Basis von Beweismitteln (nachprüfbarer Fakten, Zeugenaussagen, Dokumenten) auf der Grundlage von Gesetzen. Mein Beitrag mit dem Titel „Einsatz in Maly Trostinec: Der Gaswagenfahrer Josef Wendl vor Gericht“ geht dem einzigen österreichischen Strafprozess gegen einen Täter aus Maly Trostinec nach, der zu einem Urteil führte. Josef Wendl, verantwortlich für den qualvollen Erstickungstod Hunderter Menschen, wurde 1970 freigesprochen, obwohl seine Schuld zweifelsfrei erwiesen war. Im Text werden sowohl die Hintergründe des Prozesses als auch der Stellenwert von Justizakten als Geschichtsquelle beleuchtet. Die Ermittlungs- und Strafakten sind oft die einzigen und in vielen Fällen gründlich recherchierten Belege für die Verbrechen. Sie umfassen Zeugenaussagen der Opfer wie der TäterInnen, Dokumente, Fotos, Skizzen usw.

Der Beitrag kontextualisiert die Strafsache Wendl mit den deutschen Prozessen wegen Verbrechen in Minsk und Maly Trostinec. Zwar ermittelte die bun-

desdeutsche Justiz bereits seit Ende der 1940er Jahre zu diesem Verbrechenskomplex, konnte aber letztendlich den ungeheuerlichen Massenmorden nicht gerecht werden. Immerhin aber wurden in der BRD zwischen 1949 und 1969 31 Personen wegen Verbrechen in Maly Trostinec verurteilt, sieben von ihnen freigesprochen, fünf erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen waren sehr gründlich und förderten Erkenntnisse zu Tage, die die österreichische Justiz nicht zu nutzen wusste und denen sie keine wesentlichen eigenen Untersuchungen folgen ließ. In Österreich ermittelten Staatsanwaltschaften zwischen 1962 und 1970 gegen 47 Personen sowie einige namentlich nicht bekannte Beschuldigte. Gegen 46 Personen wurde das Verfahren noch vor einer Anklageerhebung eingestellt, gegen nur eine Person (Josef Wendl) wurde letztlich Anklage erhoben.

Josef Wendl war vor 1938 illegales NSDAP-Mitglied und nach dem „Anschluss“ als Kriminalangestellter – er war Kraftwagenfahrer – bei der Gestapo-Leitstelle Wien tätig. Im Jänner 1942 zum „Osteinsatz“ abkommandiert, bekam er einen Gaswagen zugeteilt und erhielt den Befehl, sich beim Einsatzkommando 8 in Mogilew zu melden. Dort blieb er von Mitte März 1942 bis Ende September 1943 stationiert und führte mehrere Vergasungen durch. Im September 1942 wurde er zu einem Gaswageneinsatz in Maly Trostinec beordert, weil dort – aufgrund der zahlreich eintreffenden Transporte aus dem Reichsgebiet – zusätzliche Kapazitäten notwendig waren. Es handelte sich dabei mit großer Wahrscheinlichkeit um jenen aus Wien kommenden Transport mit der Zugnummer Da 227, der am 14. September vom Aspangbahnhof abfuhr und am 18. September in Minsk ankam. In diesem 41. Transport befanden sich besonders viele Kinder aus dem Lehrlingsheim „Zukunft“ für Knaben in der Grünentorgasse 26, Wien-Alsergrund, und dem Mädchenheim in der Haasgasse 10, Wien-Simmering.

Im März 1945 geriet Wendl in Oberösterreich in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft und befand sich bis 1947 im Lager Glasenbach in Haft. Hierauf wurde er an die österreichischen Behörden ausgeliefert und in Wien vor ein Volksgesicht gestellt. Am 9. März 1948 erhielt er eine Kerkerstrafe von 15 Monaten. Gegenstand der Hauptverhandlung war seine illegale NSDAP-Mitgliedschaft vor 1938, nicht jedoch die

Gaswageneinsätze in Mogilew und Maly Trostinec. Mit der NS-Amnestie 1957 galt seine Verurteilung aus dem Jahr 1948 getilgt.

Im Zuge der Ermittlungen gegen Angehörige der Einsatzgruppen in Weißrussland in der Bundesrepublik Deutschland in der ersten Hälfte der 1960er Jahre geriet Wendl neuerlich ins Visier der Justiz. Bei einer zeugenschaftlichen Vernehmung im Prozess des Landgerichts Kiel gegen Angehörige des Einsatzkommandos 8 gestand er, an „Vergasungsaktionen“ beteiligt gewesen zu sein, worauf die Staatsanwaltschaft Wien ein Strafverfahren gegen ihn einleitete und 1970 Anklage gegen ihn erhob. Neben seinen Gaswagen-Einsatzfahrten in Mogilew wurde ihm die Tötungsaktion in Maly Trostinec im September 1942 vorgeworfen, im Zuge dessen er ca. 140 Männer, Frauen und Kinder im Wald bei Kolodischtschi getötet haben soll. Die Anklageschrift schloss Befehlsnotstand aus, da „die Tötungsbefehle die Taten des Angeklagten nicht rechtfertigten“. Allerdings ließ die Staatsanwaltschaft offen, dass diese allenfalls durch einen unwiderstehlichen Zwang entschuldigt werden könnten, wenn ihre Nichterfüllung unmittelbare Gefahr für sein Leib und Leben bedeutet hätte. Dieser Interpretation folgte das Geschworenengericht und sprach Wendl am 9. Oktober 1970 frei.

Im zweiten Teil des Beitrags gehe ich – vor dem Hintergrund dieses Skandalurteils – der diffizilen juristischen Frage des Befehlsnotstands nach und skizziere die Genese der deutschen und österreichischen Judikatur, die seit Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre immer mehr dazu neigte, die Schuldfrage zugunsten der Anerkennung des unwiderstehlichen Zwangs als Triebfeder für verbrecherisches Handeln zu verneinen. „Ich habe gedacht, dass ich den Befehl ausführen muss, weil ich glaubte, ansonsten selbst erschossen oder ins KZ verbracht zu werden.“ Dieser, von Angeklagten gebetsmühlenartig vorgetragene Stehsatz wurde in der österreichischen Rechtsprechung der Maßstab für die Urteilsfindung bei der Ahndung von NS-Verbrechen.

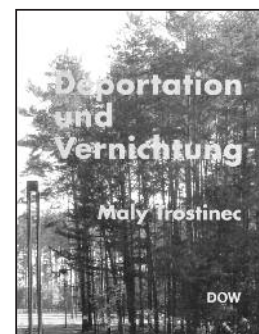
Breites Themenspektrum

Neben den drei Haupttexten zum Schwerpunkt Maly Trostinec beschäftigten sich zwei weitere Beiträge des DÖW-Jahrbuchs mit diesem Thema: Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des

Faschismus und aktiver AntifaschistInnen Gerald Netzl skizziert in seinem Text zum „Gedenken an Hedy Blum (Wien 1931 – Maly Trostinec 1942)“ nicht nur die Ermordung des Mädchens und deren Mutter Sidonie, sondern auch eine lokale Gedenkinitiative an der Volksschule Atzgersdorf im 23. Wiener Gemeindebezirk. Die Historikerin Sabine Schweitzer, Mitarbeiterin des DÖW, interviewte 2017 und 2018 Ernst Fettner, der dem Holocaust im britischen Exil entkam. Er arbeitete nach 1945 als Journalist für die kommunistische *Volksstimme*. Schweitzer verarbeitete diese Interviews in ihrem Beitrag „Seitdem du weg bist, hat sich alles zum Schlechten geändert.“ Mehrere seiner Angehörigen wurden nach Theresienstadt, Dachau, Buchenwald, Ravensbrück, Treblinka, Hartheim und auch nach Maly Trostinec deportiert und ermordet.

Neben den Beiträgen zum jeweiligen Themenschwerpunkt finden sich im DÖW-Jahrbuch auch Aufsätze zu anderen Fragestellungen: Sabine Schweitzer schreibt über jene Lager im besetzten Österreich, über die die großen Massentransporte der Roma-Bevölkerung in die Konzentrations- und Vernichtungslager erfolgten. Hans Schafranek widmet sich in seinem Beitrag dem in Österreich fast unbekanntem Lager Breendonk in Belgien, in dem u.a. der Schriftsteller Jean Améry inhaftiert war. Wolfgang Schellenbacher vom DÖW und Michal Frankl von der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag beschreiben im Beitrag „BeGrenzte Flucht“ ein Online-Projekt, das über 100 Schlüsseldokumente zu Fluchtbewegungen im österreichisch-tschechischen Grenzgebiet in den 1930er und 1940er Jahren zusammenführt.

DÖW (Hg.):
*Deportation
und Vernichtung – Maly
Trostinec.*
Jahrbuch
2019. Wien
2019, 359 S.,
19,50 Euro



Bestellungen: office@doew.at

Auf der Website des DÖW (www.doew.at) sind alle Texte früherer Ausgaben des Jahrbuchs (2005 bis 2018) im Volltext abrufbar. Die Jahrbücher 1986 bis 2004 stehen dort gescannt als download zur Verfügung.

Rosl Ebner (1915–1994)

Ein sozial engagiertes und politisch bewegtes Frauenleben vor dem Hintergrund von Vertreibung, Exil und Remigration

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER/RUDOLF MÜLLER

Liebe Maria! Wir haben uns 1981 kennen gelernt – da hast du mich aufgefordert, über die Zeit die ich erlebt hab, etwas aufzuschreiben. Das hab ich seither getan: ohne Anspruch auf historische Genauigkeit, oder literarischen Anspruch. Einfach nur meine Erinnerungen, meine Gedanken. Ich wollte nur, dass Du die Stimmung der Jahrzehnte ‚spürst‘. herzlichst Rosl Ebner.“ Diese Zeilen schrieb Rosa Marie Ebner, die Zeit ihres Lebens „Rosl“ genannt wurde, im April 1987 an Maria Marchart, eine Bekannte ihres jüngeren Sohnes Friedl Ebner und enge Freundin in ihren letzten Lebensjahren.

Die zwischen 1981 und 1987 mit Unterbrechungen zu Papier gebrachten Lebenserinnerungen – vielfach in direkter Anrede an Maria Marchart gerichtet – über ihre Sozialisation zunächst in der Sozialdemokratie und später in der Kommunistischen Partei Österreichs, über ihre Vertreibung aus Österreich als Jüdin, als die sie sich nie verstand, über die Zeit des erzwungenen Exils in Großbritannien, über ihre Beziehung zum Rechtsanwalt Hugo Ebner, der mit seiner Kanzlei österreichischen jüdischen Flüchtlingen zu einer Pension verhalf, sowie über ihre politischen und sozialen Aktivitäten nach 1945 wurden von Edith Stumpf-Fischer, Linda Erker und Anna Drechsel-Burkhard in der Reihe „biografiA“ herausgegeben.

In einem eigenen Beitrag ordnet die Historikerin und Kulturwissenschaftlerin Katharina Prager die Aufzeichnungen Rosl Ebners in die „Kulturgeschichte des biografischen Denkens“ ein und kontextualisiert ihr Schreiben vor dem Hintergrund historisch bedingter Geschlechterverhältnisse. Ergänzt wird die behutsam edierte Buchausgabe der Lebenserinnerungen durch Ausschnitte eines zeitgeschichtlichen Interviews mit Rosls Mann Hugo Ebner, ausgewählte Stellen ihrer Reiseaufzeichnungen und, je nach Quellenlage, mehr oder weniger ausführliche Kurzbiografien zu den im Text vorkommenden Personen – GenossInnen, FreundInnen, Familienmitglieder, wichtige LebenswegbegleiterInnen.

Rosl Ebner wurde am 24. Februar 1915 als Tochter von Julius und Maria

Kraus in Wien geboren. Ihre Familie väterlicher- und mütterlicherseits stammte aus dem Gebiet des heutigen Tschechien. Mit dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich im Jahr 1867 war auch die Emanzipation der Juden und Jüdinnen in der Habsburger-Monarchie gesetzlich verankert worden. Durch die für alle StaatsbürgerInnen in der Dezemberverfassung (Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder) festgeschriebenen Rechte konnten jüdische Menschen erstmals im gesamten Reichsgebiet ihren Aufenthalt auswählen und es wurde ihnen die Religionsausübung gestattet. Die Möglichkeit der freien Wohnsitzwahl nutzten, neben der jüdischen Bevölkerung aus Galizien, vor allem Jüdinnen und Juden der ungarischen Reichshälfte sowie von Böhmen und Mähren.

Rosls Vater Julius Kraus wurde am 22. Mai 1869 in Gewitsch (Jevíčko, Mähren) geboren. Er war Titular-Direktor der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe. „Mein Vater war der Sohn eines jüdischen Greißlers aus einem mährischen Dorf, eines von vielen Kindern. [...] Er kam [...] [um die Jahrhundertwende] nach Wien und begann hier Jus zu studieren. Das war nichts Ungewöhnliches, hier gab es die Aufstiegsmöglichkeiten der großen Stadt, die verlockend waren, und außerdem konnten Juden hier freier atmen, sich leichter assimilieren, heute würde man es integrieren nennen. Da mein Vater kein Geld hatte, wurde er Lehrling in einer Anwaltskanzlei und versuchte nebenbei zu studieren. [...] Er hat dann noch in anderen Stellen gearbeitet, bis er dann als kleiner Beamter der CA eine Stelle bekam, wo er sich im Lauf der Jahre zum Chef des Personalbüros ‚hochgearbeitet‘ hat. Sein Studium musste er allerdings aufgeben.“ (S. 25f.) 1901 heiratete Julius Kraus in Prag Maria (Mitzi) Fuchs, geboren am 13. Mai 1876 in Beneschau (Benešov, Böhmen), die aus einer angesehenen Ärztesfamilie stammte. Maria Kraus brachte vier Kinder zur Welt: 1903 die Tochter Babette (Betty), 1909 Sohn Albert und 1911 Sohn Franz. Zwei

Tage nach der Geburt ihres vierten Kindes Rosl, am 26. Februar 1915, verstarb Maria Kraus.

Rosl Kraus besuchte zunächst das Mädchengymnasium in der Rahlgasse, wechselte aber nach antisemitischen Anfeindungen in das Gymnasium in der Wasagasse, wo sie 1933 auch maturierte. Das Wasagymnasium wies in der Zwischenkriegszeit einen hohen Anteil an jüdischen SchülerInnen auf, 1938 etwa 50 Prozent. So besuchten der Journalist und Publizist Ari Rath, der Lyriker und Essayist Erich Fried, der Kulturhistoriker Albert Fuchs (ein Cousin von Rosl Kraus), der Komponist Hans Gál, der sozialdemokratische Journalist und Autor Otto Leichter, der Opernkritiker Marcel Prawy, der Architekt Harry Seidler (später Klient von Hugo Ebner) sowie die Schriftsteller Friedrich Torberg und Stefan Zweig diese Schule. Nach der Matura inskribierte Rosl Kraus an der Universität Wien Medizin. Ihr Vater, der seine vier Kinder nach dem frühen Tod seiner Frau alleine aufgezogen hatte, erkrankte schwer und starb am 28. Mai 1934 an Krebs. Bereits die Jahre davor übernahm Rosl – selbst noch ein Teenager – die Verantwortung für den Haushalt, was sich nicht zuletzt auf ihre Lernfortschritte in der Schule und später im Studium negativ auswirkte.

Zwischenstation Paris

1935 lernte sie an der Universität den Jusstudenten Hugo Ebner kennen. Dieser betätigte sich – u.a. mit dem Schriftsteller Jura Soyfer – für die illegale Kommunistische Partei und kam deshalb 1936 in Haft. Nach dem „Anschluss“ im März 1938 bestand für beide Freunde eine unmittelbare Gefahr, verhaftet zu werden. Nicht zuletzt aufgrund der Bekanntschaft Hugo Ebners mit Sepp Brunhuber, dem Inhaber des Reisebüros Austria und einer der herausragendsten europäischen Kletterer und Winterbergsteiger (er gilt als geistiger Urheber der Erstbesteigung der Eiger-Nordwand), zählte Bergwandern zu seinen liebsten Freizeitbeschäftigungen. 1937 war Ebner in Gargellen im Vorarlberger Montafon zum Schifahren gewesen und kannte die Gegend. Jura Soyfer und er beschlossen daher, von

dort über die Berge in die Schweiz zu flüchten und nach Paris weiter zu reisen, wo die beiden Brüder von Rosl Kraus schon seit Mitte der 1930er Jahre lebten. Der Fluchtversuch von Soyfer und Ebner scheiterte, denn die beiden wurden von einem übereifrigen Gendarmen verhaftet, dem bei der Durchsuchung des Rucksacks von Ebner als „verdächtig“ aufgefallen war, dass eine Sardinendose in seinem Gepäck in eine – gar nicht illegale – Gewerkschaftszeitung aus dem Jahr 1936 eingewickelt war. Rosl Ebner machte sich Zeit ihres Lebens diesbezüglich Vorwürfe: „Wenn ich mitgewesen wäre, wäre vielleicht wirklich alles anders abgelaufen und wenn ich nicht noch dazu die Dose Sardinien, die ich als Proviant in den Rucksack gepackt hab, wenn die nicht so, wie sie mir der Greißler Tilling in der Währingerstraße (den vergessen ich nie) verkauft hat, in ein Stück alte Gewerkschaftszeitung eingepackt gewesen wäre.“ (S. 304)

Im Frühjahr 1938 befand sich Rosl Kraus im siebten Semester ihres Studiums. Mit Erlass vom 23. April 1938 legte das Bundesministerium für Unterricht für inländische jüdische Studierende einen Numerus Clausus von zwei Prozent fest. An der medizinischen Fakultät waren viele jüdische Studierende durch diese Regelung über Nacht zum sofortigen Studienabbruch gezwungen. Es war ihr daher spätestens nach der Verhaftung von Hugo Ebner klar, dass auch sie Österreich verlassen musste. „Ich hatte mich nie als Jüdin gefühlt, immer eigentlich als Österreicherin und schon damals, also noch ohne politisches Bewusstsein, mich immer als sympathisierend mit der österreichischen Arbeiterschaft gefühlt. Von einem Tag auf den anderen war ich die Jüdin!“ (S. 89)

Von den Nationalsozialisten über Nacht als Jüdin fremddefiniert, stand Rosl Kraus allerdings vor dem Problem, dass bei einer Reise in die Sowjetunion im Jahr 1935 in ihrem Pass ein Reisevisum hineingestempelt worden war. Diesen für die Ausreise zu verwenden, schien ihr daher zu gefährlich. Ihre Schwester Betty Benedict, die in Budapest lebte, schlug ihr vor, einen ausländischen Mann zu heiraten, um von ihm die Staatsbürgerschaft und somit einen ausländischen Pass zu bekommen, mit dem sie dann das Land verlassen könne. Eine Eheschließung mit einem Ausländer war für verfolgte Frauen nicht selten die einzige Möglichkeit, aus Österreich zu flüchten und sich in ein Exilland zu retten. Meist bestanden diese Ehen nur auf

dem Papier und wurden aus Solidarität und/oder gegen Bezahlung geschlossen. Dadurch waren die Aus- oder Weiterreise in Exilländer oder der dortige Aufenthalt sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt möglich. Im Falle der Aberkennung der Staatsangehörigkeit war man vor Staatenlosigkeit bzw. vor einer Zurückschiebung ins Deutsche Reich geschützt. Aufgrund der damals in den meisten europäischen Ländern noch patriarchal geprägten Staatsbürgerschaftsgesetze bekamen die Ehefrauen häufig automatisch die Staatsbürgerschaft ihres Mannes.

Die in Paris lebenden Brüder von Rosl Kraus fanden schließlich auch einen heiratswilligen Mann, und zwar den in Polen gebürtigen 35-jährigen Hutmacher Simon Jurkiewicz. Jurkiewicz kam nach Wien und heiratete Rosl. Nach der Eheschließung fuhr er wieder zurück nach Frankreich und sie sah ihn nie wieder. Mit der Heirat wurde sie – nunmehrige Frau Jurkiewicz – französische Staatsbürgerin und konnte mit ihrem neuen französischen Pass Österreich verlassen. Sie fuhr zunächst zu ihrer Schwester nach Budapest und später weiter nach Lausanne in der Schweiz, wo sie ihr Medizinstudium fortsetzen wollte. Da dort aber ihre bereits in Wien absolvierten Prüfungen nicht anerkannt wurden beschloss sie, zu ihren Brüdern nach Paris zu gehen. Diese, von ihrer eigentlichen Ausbildung Doktor Juris (Albert Kraus) und Ingenieur für Maschinenbau (Franz Kraus), hatten mit ihren Lebensgefährtinnen und späteren Ehefrauen¹ in Paris eine Konditorei eröffnet. Aber auch in Paris war es Rosl Kraus-Jurkiewicz nicht möglich, ihr Studium fortzusetzen. Sie hätte die Matura und alle Prüfungen ihres Medizinstudiums noch einmal ablegen müssen.

Hugo Ebner war indessen nach seiner Verhaftung zunächst in das KZ Dachau und von dort in das KZ Buchenwald überstellt worden. „Dann kam endlich die Nachricht von Freunden aus [den] USA [...], dass sie für Hugo ein Einreisevisum nach Bolivien beschafft hatten (das hat viel Zeit und Geld gekostet und war, glaub ich, nur eine formelle Sache). Ich weiß nicht, ob es wirklich gegangen wäre, jedenfalls konnte Hugos Mutter mit so einem Visum Hugos Entlassung aus dem Konzentrationslager betreiben. [...] Wie ich das erfahren hab, hab ich meine Ausreise nach England sehr betrieben, denn nach Frankreich hätte er nicht kommen können, da war ja schon halber Kriegszustand, und ich wollte ihn



Rosl Ebner (1915–1994)

unbedingt treffen und mit ihm sein weiterhin.“ (S. 125)

Exil in Großbritannien

Da einer ihrer Cousins, Albert Fuchs, im Exil in Großbritannien lebte, flog Rosl Kraus Jurkiewicz mit Hilfe eines Freundes im Frühjahr 1939 von Paris nach London, wo sie rasch Anschluss in den Netzwerken des Austrian Self Aid, im *Austrian Centre* und im *Free Austrian Movement* (FAM) fand. Ihre Aufgabe bestand zunächst darin, Garantieverpflichtungen von BritInnen für die Flüchtlinge zu requirieren, also die Zusage, dass die betroffene Person nach ihrer Einreise in das Vereinigte Königreich von jemandem finanziell erhalten werden könnte. Außerdem hielt Rosl Vorträge und übernahm auch organisatorische Aufgaben. In dieser Zeit begann ihre politische Bewusstseinsbildung und ihre zunehmende Verankerung in der kommunistischen Bewegung: Albert Fuchs war es, „der mich zur Theorie des Marxismus geführt [...], mich zur Kommunistischen Partei gebracht [...] und mein Denken entscheidend beeinflusst hat. Er war jahrelang mein Lehrer in Politik und menschlichen Fragen.“ (S. 50)

In England traf sie mit ihrem Lebenspartner Hugo Ebner zusammen, der nach seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald über Wien nach London entkommen konnte. Er war einige Zeit in Lydford am Rande des Dartmoors in Devon als Köhler tätig, bis der Ort nach Beginn des Krieges als Teil einer für Ausländer verbotenen „protected area“ galt. Er wurde in weiterer Folge von den Bri-

ten als „enemy alien“ interniert und nach Kanada verschickt. Obwohl dies eine neuerliche Trennung des Paares nach sich zog überwog die Erleichterung, dass Hugo Ebner damit dem Einflussbereich der NS-Herrschaft und den Folgen des Krieges entzogen war.

„In den nächsten 2 Jahren, wo Hugo und die beiden anderen [Freunde] in Canada waren, war ich natürlich über die Trennung sehr traurig, aber so wie die Bombardierung Londons und der anderen Städte weiter ging, war ich doch im Wesentlichen froh, dass sie nicht dort waren. [...] Das Lustige ist, dass die Jahre, die für Europa die ärgsten waren, 1940–1942, die einzigen Jahre waren, wo es mir gut ging [...]; da hab ich keine Angst um Hugo gehabt, da war er nämlich in Canada im Internierungslager, weit weg vom Schuss und wie er mir damals schrieb, dass er sich beim Fußballspielen im Lager das Bein gebrochen hat und im Bett liegt, und dass ihn seine Freunde mit dem Bett in den Camp-Kinosaal zur Kinovorstellung getragen haben, da war ich ganz vergnügt.“ (S. 192 und 202)

In der Zeit der Internierung Hugo Ebners in Kanada arbeitete Rosl Kraus Jurkiewicz als Dienstmädchen. Außerdem war sie im Büro des Präsidenten des *Austrian Centre* Franz West die Sekretärin von Hilde Mareiner-Nürenberger, der Redakteurin der Exilzeitschrift *Zeitspiegel*. In weiterer Folge bot sich die Möglichkeit, mit Hilfe eines Stipendiums im schottischen Glasgow – wo sie von einer Quäkerfamilie aufgenommen wurde – gegen Bezahlung als Hilfskraft in einer Röntgenabteilung zu arbeiten und eine Ausbildung zur Röntgen-Labor-Assistentin zu beginnen, die sie allerdings mangels Prüfungserfolges nicht abschloss.

Nach der Entlassung Hugo Ebners aus dem kanadischen Internierungslager und seiner Rückkehr nach Großbritannien wollte das Paar nach London gehen, doch die Partei hatte bereits andere Pläne mit den Beiden: „[...] und die Partei hat uns erlaubt hinzufahren. Aber ich wurde hier enttäuscht; die Parteileitung erklärte: hier brauchen wir euch überhaupt nicht, aber in Manchester gibt es keine sehr starke Österreicher-Gruppe, vor allem, praktisch propagandistisch nicht stark, also fährt ihr dorthin. Ich hab gebettelt, dass man uns nicht gleich wieder in die Provinz schickt, Hugo war jahrelang ohne wirklich politische Schulung gewesen, durch das Lagerleben – aber es hat nichts geholfen: der Genosse, der für die Einteilung verantwortlich war, hat

die für uns unvergesslichen Worte gesagt: ‚Ihr seid zu zweit, Hugo soll dich politisch schulen, er weiß genug, und du sollst ihn zur praktischen Arbeit heranziehen, da bist du besser.‘ [...] Also ab nach Manchester.“ (S. 237)

Angesichts der Kriegssituation benötigte man nunmehr auch die Arbeitskraft der Flüchtlinge zur Bewältigung der britischen Kriegsanstrengungen. Aus diesem Grund hob die Regierung das bis dahin geltende Berufsverbot auf. Großteils wurden auch die 1940 eingeführten Reisebeschränkungen sistiert. Das Arbeitsministerium richtete zahlreiche Schulungskurse im Rahmen des *Government Training Scheme* ein sowie ein eigenes Arbeitsamt für die Flüchtlinge, um deren Vermittlung in kriegswichtige Betriebe zu beschleunigen. Die Zahl der erwerbstätigen ExilantInnen stieg sprunghaft an. Da ein großer Prozentsatz der aus bürgerlichen und intellektuellen Kreisen stammenden Flüchtlinge über keine entsprechenden Qualifikationen für die dringend benötigten manuellen Berufe verfügte, konnten Männer und Frauen ab 16 Jahren in 32 *Government Training Centres* in durchschnittlich vier Monate dauernden Kursen für eine andere berufliche Tätigkeit – wie etwa technische ZeichnerIn, MonteurIn, SchlosserIn, WerkzeugmacherIn, SpenglerIn und SchweißerIn – ausgebildet werden. Hugo Ebner wurde zum Metalldreher umgeschult und arbeitete danach in der Rüstungsindustrie.

Rosl fand nach langem Suchen eine Arbeit als Helferin in der Röntgen-Tiefentherapie eines auf Krebskrankungen spezialisierten Spitals. Daneben baute sie gemeinsam mit anderen GenossInnen das *Austrian Centre* in Manchester auf. Nachdem sie mehrere Fehlgeburten erlitten hatte, die sie gesundheitlich sehr mitnahmen, wurde sie 1943 neuerlich schwanger und musste daraufhin ihre Arbeit aufgrund der Strahlenbelastung in der Röntgenabteilung aufgeben. Danach jobbte sie als Stenotypistin sowie als Bedienerin und intensivierte ihre Arbeit im *Austrian Centre*. Im August 1943 brachte sie Sohn Peter zur Welt und war danach im Wesentlichen im Haushalt tätig. 1945 zog die Familie nach London: „Hugo hat gleich in einer Fabrik wieder als Dreher gearbeitet, und mit dem Geld sind wir recht und schlecht ausgekommen, und ich konnte den Peter in den österreichischen Kindergarten bringen, und ich hab als Bedienerin so viel ich konnte verdient, damit wir uns Sachen kaufen konnten zum Mitnehmen – wir

hatten ja nichts, grad so wie fast alle österreichischen Flüchtlinge.“ (S. 250)

Remigration nach Wien

Hugo und Rosl wollten nach der Befreiung Österreichs 1945 wieder nach Wien zurückkehren, erhielten aber keine Ausreisegenehmigung. So blieb die Familie vorerst in London. Erst Mitte 1946 konnten sie – nach einigen Tagen Zwischenstopp in Paris – nach Wien reisen. Nach der Auflösung der Ehe mit Simon Jurkiewicz heirateten die beiden 1948. In den Jahren danach nahm Rosl Ebner ihr Medizinstudium wieder auf und schloss es 1952 mit der Promotion ab. Hugo Ebner hatte in der Zwischenzeit eine eigene Rechtsanwaltskanzlei eröffnet, die sich in weiterer Folge dem Wiedergutmachungs- und Rückstellungsrecht widmete und unter anderem durch vier Jahrzehnte österreichische EmigrantInnen dabei unterstützte, eine Pension nach dem Sozialversicherungsrecht zu bekommen.²

Nach der Geburt ihres zweiten Sohnes Friedl machte Rosl Ebner ihren Turnus im Spital und eröffnete 1957 im 2. Bezirk in der Krummbaumgasse beim Karmelitermarkt eine Ordination, wo sie vor allem sozial schwache Personen, oft auch ohne Krankenschein behandelte. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit war Rosl Ebner auch sozial engagiert. Sie hielt Sexualaufklärungsseminare in diversen Organisationen wie dem Arbeiter-Samariter-Bund oder den Naturfreunden und arbeitete in vielen Bereichen der Jugend- und Behinderten-Sozialarbeit. Ab den frühen 1970er Jahren reiste sie nach Ecuador, Kolumbien, Cuba, Mexiko, Nicaragua und Peru, um die dortige Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.

Noch bevor sie sich Mitte der 1980er Jahre aus dem Berufsleben zurückzog, begann Rosl Ebner mit 66 Jahren ihre Lebenserinnerungen, Erfahrungen und politischen Einschätzungen niederzuschreiben. „Immer wieder ergänzte Rosl Ebner ihre autobiographische Erzählung, die das bewegte Leben einer ungemein sozial engagierten und politisierten Frau schildert, durch Betrachtungen aus der gegenwärtigen Sicht und der inzwischen gewonnenen Erfahrung. Diese Erzähltechnik in Form der ‚Briefe an Maria‘ und des Wechsels zwischen Rückblick und Gegenwart machen ebenso wie ihre selbstkritischen Bemühungen um Ehrlichkeit einen zusätzlichen Reiz dieses Zeitzeugnisses aus.“ (S. 16)

Rosl Ebner starb am 2. Februar 1994 nach schwerer Krankheit. Sie hat mit

ihren Aufzeichnungen eine Botschaft an die Nachwelt gerichtet. Umso bemerkenswerter ist die sich wie ein roter Faden durch die knapp 300 Druckseiten ziehende Selbstmarginalisierung ihrer Rolle. Diese Rolle zu beleuchten, sie in den Kontext der männlich geprägten Erinnerungsliteratur zu stellen und die „Geschlechterdifferenzen des Erzählens“ aufzuzeigen, ist den Herausgeberinnen ein großes und ihnen zu dankendes Anliegen. Sie möchten „der Selbsteinschätzung Ebners etwas entgegenstellen: die Überzeugung, dass die lebensgeschichtlichen Erinnerungen von Rosl Ebner selbstverständlich ein gleichberechtigter Teil österreichischer Zeitgeschichte sind.“ (S. 17)

Die Aufzeichnungen Rosl Ebners ergänzen das Bild dieser zwar körperlich zarten, aber sehr entschlossenen und in vielerlei Hinsicht starken Frau, das jene Menschen von ihr haben, die sie näher und auch längere Zeit kannten, um ganz persönliche Facetten. Sie verleihen diesem Bild eine zusätzliche Dimension und zeigen eine Frau im Spannungsfeld zwischen überkommenem Patriarchat und der sich rasch entwickelnden Emanzipationsbewegung. Zugleich wird die Rolle, die ihre politische Überzeugung für ihre Beziehung zu Hugo Ebner aber auch für ihre eigene Entwicklung gespielt hat, deutlich, gleichsam eine Vedute, die zeigt, wie sich der reale Sozialismus auch hätte entwickeln können. Und zwar zu einer Zeit, als diese Überzeugung aus ihrer Sicht in der Welt der Realpolitik schon längst verraten und diskreditiert worden war. Aber, „mein ‚politischer Führer‘ Hugo, hat mir klar zu machen versucht, dass man nicht aus der KP austritt, wie ich es wollte, wie es viele tausende Genossen taten. ‚Das ist kein Kegelveerein, wo man ein- und austritt, wie es einem einfällt‘, zitiert er immer eine alte, sehr liebe Genossin von uns, die sehr lange eingesperrt gewesen war und auch sonst ein schweres Leben für die Partei gelebt hat [...]“ (S. 303)

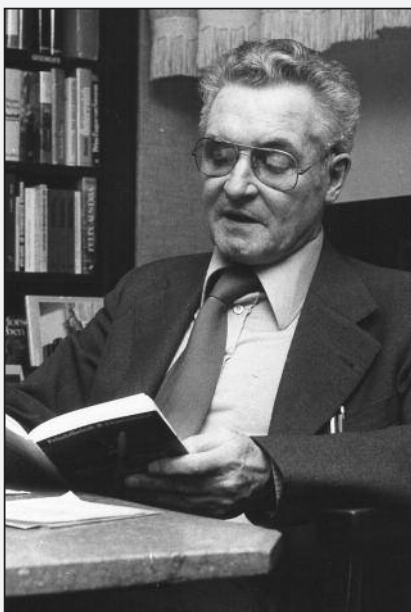
Rosl Ebner: „... daß du die Stimmung der Jahrzehnte spürst“, hg. von Edith Stumpf-Fischer, Linda Erker und Anna Drechsel-Burkhard. Wien: Praesens-Verlag 2019 (biografiA. Neue Ergebnisse der Frauenbiografieforschung, Bd. 21)

Anmerkungen:

1/ Die Frau von Franz Kraus Mizzi, geb. Rothschild (geb. 1912 in Wien, gest. 1962 in Paris) war die Schwester des Wirtschaftswissenschaftlers Kurt W. Rothschild. Die Frau von

Ausstellung über Karl Wiesinger im Linzer Stifterhaus

Mit dem Titel „Vorwärts, Genossen, es geht überall zurück“ werden Leben und Werk des oberösterreichischen Schriftstellers Karl Wiesinger zur Zeit (bis 28. Mai 2020) im Linzer Stifterhaus beleuchtet. Die beiden Kuratoren der Ausstellung – Georg Hofer vom Stifterhaus und der Germanist Helmut Neundlinger – zeigen detailreich die Parallelität zwischen seinem Werk und der erlebten Geschichte auf, wobei sie hier auf den



Nachlass Karl Wiesingers zurückgreifen können, der sich zumindest zu einem großen Teil seit 2012 im Adalbert-Stifter-Institut befindet. Wesentliches ergibt sich dabei insbesondere aus den Tagebüchern, die Wiesinger über Jahrzehnte leidenschaftlich führte.

Der 1923 in Linz geborene Karl Wiesinger war ein Chronist seiner Zeit mit dem parteiischen Blick des Kommunisten, denn schon kurz nach Kriegsende trat er, der bereits während des NS-Regimes seine illegale kommunistische Widerständigkeit gezeigt hatte, der nunmehr wieder legalen KPÖ bei. Er engagierte sich einerseits beim Aufbau der Jugendorganisation *Freie Österreichische Jugend* (FÖJ), schrieb aber auch erste Reportagen für die Kulturredaktion der *Neuen Zeit*,

die oberösterreichische Parteizeitung der KPÖ.

Schon bald begann sein literarisches Schaffen, das rasch in der Auseinandersetzung mit den politischen Gegebenheiten der Zeit mündete. Entscheidend dabei waren wohl die Bombenattentate in Südtirol, der Freispruch des NS-Kriegsverbrechers Franz Murer in Graz und die Ermordung Ernst Kirchwegers durch einen Neonazi in Wien. 1961 begann Wiesinger an seinem ersten großen Romanprojekt zu arbeiten, das die Okkupation Österreichs durch Nazi-Deutschland zum Thema hatte, und 1967 beim Berliner Aufbau-Verlag unter dem Titel „Achtunddreißig. Jänner – Februar – März“ erschien. Der Roman wurde in der DDR mit einer Auflage von 8.000 Exemplaren ein Erfolg, während er in Österreich, obwohl der Globus-Verlag 1.000 Exemplare in Lizenz nachdruckte, weitgehend totgeschwiegen wurde.

Ein wenig Aufmerksamkeit erregte immerhin Wiesingers Roman „Der rosarote Straßenterror“ über den Oktoberstreik des Jahres 1950, den 1974 der Westberliner Oberbaumverlag herausbrachte, als ihn Franz Olah beschlagnahmen ließ und den Autor wegen Ehrenbeleidigung klagte. Im selben Verlag folgte zwei Jahre später der Roman „Standrecht“ über den Februar 1934. Der erste Roman Wiesingers, der in einem österreichischen Verlag veröffentlicht wurde, war schließlich „Der Wolf“, der 1980 im Verlag Frischfleisch & Löwenmaul erschien.

Der Titel der Ausstellung stammt übrigens aus einem im Archiv der KPÖ erhaltenen Brief von Karl Wiesinger an den damaligen KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri aus dem Jahr 1990, in dem er u.a. schrieb: „Da nützt es uns auch nichts, jetzt wieder Marx zu lesen und festzustellen (allein im Manifest), daß er in allem Recht hatte. Wir stehen wohl alle am Kadaver einer großen Idee, für die die Menschen noch nicht groß genug waren.“

HELMUT RIZY

Albert Kraus hieß Else, geb. Schney.

2/ Zur Tätigkeit der Rechtsanwaltskanzlei von Hugo Ebner und Partnern siehe: Claudia Kuret-sidis-Haider: Österreichische Pensionen für jüdi-

sche Vertriebene. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2017.

Rückfall in den Kalten Krieg

EU-Parlament setzt Faschismus und Kommunismus gleich

Am 19. September haben die Abgeordneten des EU-Parlaments mehrheitlich eine Resolution angenommen, mit der Positionen der Europäischen Union zu zentralen historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts festgelegt werden. Im Entschließungsantrag „Die Bedeutung des europäischen Gedenkens für die Zukunft Europas“ formuliert das EU-Parlament historische Überlegungen, die in dieser Form bisher nur von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen vertreten wurden. Nur 66 der insgesamt 748 Abgeordneten stimmten dagegen. Bezeichnenderweise votierten auch die beiden österreichischen Grünen und die fünf sozialdemokratischen EU-ParlamentarierInnen für die Entschließung und setzten damit ein zweifelhaftes Signal in puncto Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. Insgesamt stimmten alle 18 österreichischen EU-MandatarInnen dafür.

Kritische Stimmen

Seitdem diese revisionistische Resolution beschlossen wurde, haben viele Organisationen und Einzelpersonen ihre Kritik an dieser EU-offiziellen NS-Verharmlosung artikuliert. Sie wiesen insbesondere daraufhin, dass der entscheidende Anteil nicht nur der Sowjetunion, sondern auch jener von kommunistischen WiderstandskämpferInnen aus vielen europäischen Ländern durch die EU-Resolution in Abrede gestellt werde.

Im Kern geht es in dem Dokument um eine gleichmäßige Verteilung der „Schuld“ am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und an den Millionen Opfern auf Nazi-Deutschland und die Sowjetunion. Im Text wird auf die Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion verwiesen, „womit die beiden totalitären Regime Europa und die Hoheitsgebiete unabhängiger Staaten untereinander aufteilten und in Interessensphären einteilten und damit die Weichen für den Zweiten Weltkrieg stellten“. Weiter heißt es, dass nach dem Ende des in dieser Lesart von den beiden Mächten gemeinsam verursachten Krieg „einige europäische Länder in der Lage waren, ihre Eigenstaatlichkeit wiederzuerlangen und einen Prozess der Aussöhnung einzuleiten, während andere europäische Länder

ein halbes Jahrhundert lang Diktaturen blieben – einige davon unmittelbar von der Sowjetunion besetzt oder unter direktem sowjetischem Einfluss – und ihnen Freiheit, Souveränität, Würde, Menschenrechte und sozioökonomische Entwicklung weiterhin versagt blieben“. Zudem weisen die EU-ParlamentarierInnen darauf hin, „dass zwar die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes in den Nürnberger Prozessen aufgeklärt und entsprechende Strafen verhängt wurden, das Bewusstsein für die Verbrechen der stalinistischen und anderer Diktaturen jedoch nach wie vor dringend geschärft werden muss und moralische und rechtliche Bewertungen dieser Diktaturen vorgenommen werden müssen“.

Nach diesen und weiteren Sätzen, in denen die Verbrechen des NS-Faschismus mit jenen der Sowjetunion gleichgesetzt werden, appellieren die EU-Abgeordneten an alle Mitgliedsstaaten, der „Aufarbeitung“ von Nationalsozialismus und Kommunismus gleiche Aufmerksamkeit zu widmen. Die Resolution „fordert alle Mitgliedstaaten der EU auf, eine eindeutige und auf Grundsätzen beruhende Beurteilung der Verbrechen und Akte von Aggression vorzunehmen, die von den totalitären kommunistischen Regimen und dem nationalsozialistischen Regime begangen wurden“ und „verurteilt sämtliche Ausdrucksformen und jegliche Verbreitung totalitärer Ideologien wie des Nationalsozialismus und Stalinismus in der EU“.

Zwar verurteilen die VerfasserInnen der Resolution auch, „dass in einigen EU-Mitgliedstaaten Geschichtsrevisionismus betrieben wird und Personen verherrlicht werden, die mit den Nationalsozialisten kollaborierten“, und zeigen sich „bestürzt über die zunehmende Akzeptanz radikaler Ideologien und die Rückkehr von Faschismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen von Intoleranz in der Europäischen Union“. Gleichzeitig aber appellieren sie daran, eine Erinnerungskultur zu entwickeln, „die die Verbrechen faschistischer, stalinistischer und anderer totalitärer und autoritärer Regime früherer Zeiten ablehnt“. Zudem zeigt sich das EU-Parlament „besorgt darüber, dass nach wie vor Symbole totalitärer Regime in der Öffentlichkeit und zu kommerziellen

Zwecken verwendet werden, und weist darauf hin, dass zahlreiche europäische Staaten die Verwendung nationalsozialistischer und kommunistischer Symbole verboten haben“.

Resolution der FIR

Eine der ersten bedeutsamen Stimmen, die sich kritisch zu der Resolution äußerten, war die *Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten* (FIR). Unter dem Titel „Eine schlimme Botschaft des Europäischen Parlaments“ veröffentlichte die FIR bereits am 23. September eine Erklärung. Der Verband spricht von einem „ideologischen Rückfall“ in die „schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges“, der in der Resolution zum Ausdruck komme, „die auf Initiative der baltischen Staaten und Polens zustande kam. Entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen wird hier behauptet, dass erst mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag ‚die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt wurden‘.“ Die Resolution setze die „Unterdrücker und Unterdrückten, Opfer und Schlächter, Eindringlinge und Befreier gleich“.

Die FIR macht zudem auf einen zentralen Widerspruch der EU-„Entschließung“ aufmerksam. Einige Passagen zielen demnach darauf ab, revisionistische Tendenzen zu kritisieren, die während der vergangenen Jahre immer mehr zu einer Verfälschung der Rolle von Nazi-Kollaborateuren in diesen Ländern geführt hat. Dahingegen übernehmen die EU-ParlamentarierInnen aber jene Teile dieser revisionistischen Darstellung, die sich direkt gegen die Sowjetunion und Russland richten: „Zurecht beklagen sie einen neuen historischen Revisionismus. So verurteilen sie in einigen EU-Staaten die Verherrlichung von Menschen, die mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet haben. Gleichzeitig haben sie jedoch das historische Narrativ derselben EU-Staaten übernommen, dass Russland angeblich historische Tatsachen verfälscht und die ‚Verbrechen des totalitären Regimes der Sowjetunion‘ verleugnet.“ Zudem stehe die „Entschließung“, wie die FIR bemerkt, „im völligen Gegensatz zur antifaschistischen und antirassistischen Entschließung vom 25. Oktober 2018“, wel-

che ebenfalls vom EU-Parlament beschlossen worden war.

Offener Brief von transform!

Vor wenigen Wochen wurde vom Netzwerk *transform! europa* unter dem Titel „Die Vergangenheit Europas korrekt erinnern“ ein offener Brief zum Thema verbreitet. Der von Walter Baier (*transform!*) und Luciana Castellina (*Il Manifesto*) initiierte Text wurde von dutzenden WissenschaftlerInnen aus mehreren europäischen Ländern unterzeichnet – unter ihnen viele HistorikerInnen. Zunächst machen die VerfasserInnen dieses Dokuments darauf aufmerksam, dass derartige Resolutionen aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen seien. Es sei „nicht die Aufgabe einer institutionellen oder politischen Organisation, mittels Mehrheitsentscheidung eine bestimmte Lesart der Geschichte festzuschreiben. [...] Wenn die bisherige Interpretation dieser Ereignisse überarbeitet werden soll, so kann dies nur nach wissenschaftlicher Forschung und einer breiten Debatte in der Gesellschaft geschehen.“

Zudem enthalte die EU-Resolution „inakzeptable Fehler, einseitige Sichtweisen und Verzerrungen. So die Behauptung, es sei der Molotow-Ribbentrop-Pakt zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion vom 23. August 1939 gewesen, der den Weg zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geebnet habe. Diese Behauptung klammert aus, dass es die liberalen westlichen Demokratien waren, die durch ihr Verhalten die Nazi-Expansion erlaubten, so bei der Invasion Äthiopiens (1935), dem Spanischen Bürgerkrieg, in dem Deutschland und Italien den rechtsextremen Staatsstreik des General Franco unterstützten (1936), dem ‚Anschluss‘ Österreichs (1938) und der Politik des Appeasement in München, die die Zerstörung und Zerstückelung der Tschechoslowakei, nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch Polen und Ungarn zur Folge hatte.“

Außerdem werde „in der Resolution der enorme Anteil der Sowjetunion (mit mehr als 20 Millionen Toten) am Sieg über den Nationalsozialismus, der für das Schicksal Europas und der Menschheit maßgeblich war, verschwiegen, ebenso wie der Beitrag derjenigen Menschen, die für die Ideale und unter den Symbolen der unterschiedlichen Strömungen der internationalen kommunistischen Bewegung Hitler und seine HelferInnen in Europa und überall auf der Welt und bekämpft haben“. Die UnterzeichnerIn-

nen des offenen Briefs unterstreichen, dass das Ende des NS-Faschismus nicht gedacht werden kann ohne den entscheidenden Anteil der Sowjetunion an der Beendigung der Verbrechen, jedoch: „Die Resolution bringt zustande, Auschwitz zu nennen, ohne zu erwähnen, dass es die Sowjetarmee war, die es befreite und die zur Vernichtung bestimmten Häftlinge rettete.“ Aufgrund dieser selektiven Sichtweise der EU-Resolution werde bewusst unterschlagen „dass in vielen Ländern, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland und anderen, die Kommunist_innen die Hauptkomponente des Widerstandes gegen Nationalsozialismus und Faschismus bildeten und einen wesentlichen Beitrag zur Wiedergeburt der Demokratien ihrer Länder leisteten, womit die politischen, gewerkschaftlichen, kulturellen und religiösen Freiheiten wiederhergestellt wurden.“

Die EU-Resolution setze Faschismus und Kommunismus gleich, und dies sei unzulässig. Dies bedeute nicht „die schändlichen Aspekte des Stalinismus, die Fehler und Schrecken, die in seinem Namen verübt wurden, zu ignorieren oder zu verschweigen. Doch es bleibt ein fundamentaler Unterschied bestehen: Der Nationalsozialismus verwirklichte durch seine schonungslose Diktatur, die jegliche Demokratie, Freiheit, ja Mitmenschlichkeit außer Kraft setzte, und die Ausrottung religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten plante, seine offen deklarierten Ziele, während die kommunistischen Regierungen, die sich schwerwiegender und unannehmbare Verletzungen der Freiheit und der Demokratie schuldig machten, damit ihre eigenen Ideale, Werte und Versprechungen verrieten. Das wirft ernste Fragen auf, die weitere Untersuchung und Überlegung erfordern – aber angesichts des Beitrags, den die Widerstandskämpfer_innen und die UdSSR zum Sieg über den Faschismus geleistet haben, ist die Gleichsetzung von Nazismus und Kommunismus, die Hauptaussage der Resolution, genauso unzulässig wie es, angesichts der Vielfalt seiner unterschiedlichen Strömungen, ist, den Kommunismus mit dem Stalinismus zu identifizieren.“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Resolution des EU-Parlaments nahtlos in eine Reihe geschichtsrevisionistischer Maßnahmen einfügt, insbesondere in einigen osteuropäischen Ländern während der vergangenen Jahre. Dabei wurde das Andenken an antifaschistische WiderstandskämpferInnen

mit Füßen getreten, Gedenktafeln und Denkmäler geschleift – während gleichzeitig eine Erinnerungskultur für die Nazi-KollaborateurInnen der jeweiligen Länder etabliert wurde. Die EU-Resolution macht aber auch das Dilemma „antitotalitärer“ liberaler Politikkonzepte deutlich, die revisionistischen und faschistischen Ideen wenig entgegenzusetzen haben. In diesem Zusammenhang sei einmal mehr an die berühmten Sätze des bürgerlichen Schriftstellers Thomas Mann erinnert, den auch die AutorInnen der FIR-Stellungnahme zitieren: „Den russischen Kommunismus auf die gleiche moralische Ebene mit dem Nazi-Faschismus zu stellen, weil beide totalitär sind, ist bestenfalls oberflächlich, im schlimmsten Fall ist es Faschismus. Wer auf dieser Gleichheit besteht, kann ein Demokrat sein; in Wahrheit und in seinem Herzen ist er bereits ein Faschist und wird den Faschismus sicherlich mit Unaufrichtigkeit und Erscheinung bekämpfen, aber mit völligem Hass nur den Kommunismus.“

SIMON LOIDL

Weblinks:

<https://www.fir.at/2019/09/23/eineschlimme-botschaft-des-europaeischen-parlaments>

<https://www.transform-network.net/de/blog/article/respect-for-historical-memory-in-europe-2>

Amerikas Faust – II

Krieg mit allen Mitteln



Mit Beiträgen von Lorenzo Battisti (Italien), John Bellamy Foster (USA), Jörg Kronauer, Norman Paech, Valentina Pegolo (GB), Fred Schmid, Klaus Wagener, Achim Wahl

Weitere Themen u.a.: Die Zukunft der internationalen Beziehungen (Sergej Lawrow), Haben Nation und Nationalstaat noch eine Zukunft? (Alfred Kosing), Handlungsfähigkeit unter repressiven Bedingungen (Werner Zimmer-Winkelmann), Chinas Anfangsstadium des Sozialismus (Eike Kopf), 70 Jahre Schweizer Friedensbewegung (Martin Schwander), Diskussionsbeiträge und Rezensionen.

Einzelpreis	9,50 €
Jahresabo	48,00 €
ermäßigtes Abo	32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

Otto Treml vom Land Oberösterreich ausgezeichnet

Am 30. Oktober 2019 wurde Otto Treml – langjähriger Gemeinderat der KPÖ in Steyr, Chronist der ArbeiterInnenbewegung und einer der wichtigsten Akteure auf dem Gebiet des Erinnerns und Gedenkens an die Opfer des Faschismus in der Region Steyr – durch Landeshauptmann Thomas Stelzer die Verdienstmedaille des Landes Oberösterreich überreicht.



Otto Treml wurde am 14. Oktober 1930 als zweitältester Sohn einer dreizehnköpfigen ArbeiterInnenfamilie in Steyr geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule erlernte er in der Lehrwerkstätte des Werkes Steyr der Steyr-Daimler-Puch AG den Beruf des Kraftfahrzeugschlossers. Nach Abschluss der Facharbeiterprüfung im Jahr 1948 arbeitete Treml bis 1952 als Kraftfahrzeugschlosser und E-Schweißer in den Steyr-Werken. Bereits mit fünfzehn Jahren betätigte sich Otto Treml politisch. Im Mai 1945 wurde er Mitglied der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) und bekleidete in der Folge eine Reihe öffentlicher Funktionen. So war er von 1945 bis 1948 gewählter Jugendvertrauensmann in den Steyr-Werken, von 1945 bis 1947 Gruppenleiter und von 1947 bis 1949 Bezirksleiter der FÖJ in Steyr. Schon unmittelbar nach der Befreiung Österreichs hatte sich Otto Treml vom Mai bis Juli 1945 auch als Aktivist der „Roten Hilfe“ bei der Aufrechterhaltung der Milchversorgung der Stadt Steyr ehrenamtlich betätigt.

Am 14. Oktober 1945, seinem fünfzehnten Geburtstag, wurde Otto Treml Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs. Von 1953 bis 1981 fungierte Treml als KPÖ-Bezirkssekretär in Steyr

und damit auch als verantwortlicher Redakteur der Betriebszeitung *Steyrer Werksarbeiter* sowie der KPÖ-Stadtzeitung *Vorwärts*. Von 1972 bis 1981 hatte er auch die Funktion des KPÖ-Bezirksobmanns von Steyr und von 1981 bis 1990 die Funktion des Landesobmanns der KPÖ Oberösterreich über. Von 1969 bis 1991 gehörte Otto Treml dem Zentralkomitee und von 1991 bis 1994 der Zentralen Kontrolle der KPÖ an, von 1961 bis 1992 war er Mitglied der Landesleitung der KPÖ Oberösterreich. Jahrzehntlang gehörte er der Bezirksleitung und dem Sekretariat der KPÖ in Steyr an.

Von 1965 bis 1967 war Otto Treml als ehrenamtlicher Fürsorgerat der Stadt Steyr tätig. Vom 14. September 1971 bis zum 31. Dezember 1990 gehörte er dem Gemeinderat der Stadt Steyr an. In diesem Zeitraum war er in verschiedensten gemeinderätlichen Ausschüssen, wie z.B. im gemeinderätlichen Kulturausschuss, Wohlfahrtsausschuss, Verkehrsausschuss, Wohnungsausschuss, Finanz- und Rechtsausschuss, Bauausschuss, Umweltausschuss, Ausschuss für Schule und Sport sowie Jugendangelegenheiten und im Prüfungsausschuss tätig.

Seiner antifaschistischen Grundeinstellung folgend, war ihm die Information der Bevölkerung über die Gräueltaten des Nationalsozialismus ein besonderes Anliegen. So half Otto Treml schon seit den frühen 1950er Jahren bei der Organisation der jährlichen Gedenkfeiern ehemaliger italienischer und französischer KZ-Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen, die an den Orten der Außenlager in Steyr und im Ennstal stattfanden. Mit diesen Aktivitäten trug er wesentlich dazu bei, dass das Gedenken an die Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstandes und an die überlebenden Opfer des NS-Regimes aufrechterhalten werden konnte. Otto Treml engagierte sich in diesem Bereich bereits lange bevor das offizielle Steyr bzw. das Mauthausen Komitee die Gedenkarbeit übernahm. Ohne seine kontinuierlichen Aktivitäten wäre sicherlich vieles in Vergessenheit geraten. Gemeinsam mit anderen gründete Otto Treml im Jahr 1988 das *Mauthausen Komitee Steyr*, in dem er seither kontinuierlich tätig ist und an allen Sitzungen und Veranstaltungen, trotz seines hohen Alters, aktiv teilnimmt.

Im Gedenkjahr 1988 initiierte Otto Treml eine Beilage über die NS-Zeit in Steyr im Amtsblatt der Stadt – die erste derartige offizielle Publikation in Steyr – und wirkte auch im Jahr 2005 bei der Gestaltung der diesbezüglichen Sondernummer des Amtsblatts der Stadt Steyr in wesentlichen Bereichen mit. Auf seine Initiative erfolgte im Gedenkjahr 2005 nicht nur im Amtsblatt der Stadt, sondern auch in der *Steyrer Rundschau* eine umfangreiche Würdigung des antifaschistischen Widerstands.

Auch die Geschichte der Steyrer ArbeiterInnenbewegung war ihm immer ein besonderes Anliegen. Über Jahrzehnte stand er als Zeitzeuge den Schulen und auch dem Bereich der Erwachsenenbildung zur Verfügung und trug so wesentlich dazu bei, dieses Thema realitätsnah zu betrachten. Er machte sich auch als Herausgeber bzw. Verfasser ver-



schiedener Publikationen zur Geschichte der Steyrer ArbeiterInnenbewegung und der KPÖ einen Namen. Auch als Pensionist ist Otto Treml immer noch unermüdlich politisch tätig. Aufgrund seines großen Engagements als Gemeinderat – neben vielen anderen Projekten konnte er Ende der 1980er Jahre die Anschaffung eines Notarzwagens für den Bereich der Stadt Steyr mitinitiiieren – sowie als Zeitzeuge und Aktivist auf dem Gebiet des Erinnerns und Gedenkens verfügt Otto Treml über einen hohen Bekanntheitsgrad und ist immer noch vielen SteyrerInnen als engagierter Kommunalpolitiker in guter Erinnerung.

FLORIAN SCHWANNINGER

Monika Platzer: *Kalter Krieg und Architektur. Beiträge zur Demokratisierung Österreichs nach 1945*, hg. vom Architekturzentrum Wien. Zürich: Park Books 2019, 344 S., 58 Euro

Die noch bis 24. Februar 2020 im Architekturzentrum Wien zu sehende Ausstellung „Kalter Krieg und Architektur“ hat einen Blickwechsel vorgenommen: Sie untersucht in einem transnationalen Rahmen die kulturpolitischen Strategien der Alliierten und ihre Beiträge zur österreichischen Kunst- und Kulturproduktion nach 1945 im Feld der Architektur. Das dazu gehörige Buch von Monika Platzer versucht, die Entwicklung der österreichischen Architektur der Nachkriegszeit im kulturwissenschaftlichen Sinne zu kontextualisieren und bringt eine Fülle von Informationen, die auch zum Nachdenken über die politische Entwicklung dieser Zeit und ihre Auswirkungen bis heute anregen. Detailreich präsentiert Platzer die „Kulturarbeit“ der Alliierten in vier Kapiteln unter den Überschriften: „Großbritanniens Beitrag zum sozialen Aufbau“, „Frankreichs Beitrag zum Aufbau einer Elite“, „Der Beitrag der USA zu einem ‚besseren Leben‘“ sowie „Der ‚freundschaftliche‘ und ‚friedfertige‘ Beitrag der Sowjetunion“.

Mit Ausstellungen in Wien (1947) vermittelten die Briten ihr stadtplanerisches Bild von der „New Town“, die nach dem Prinzip der Nachbarschaftseinheiten aufgelockert und dezentralisiert ist, nach Platzer ein „Anknüpfungsmodell für den 1949 stattfindenden Paradigmenwechsel vom sozialen Wohnbau der Zwischenkriegszeit zum sozialen Städtebau des freien Sozialstaates der Zukunft“. Wie sah die Zukunft aus? Die Stadt Wien nahm das erfolgreiche, von Finanzstadtrat Hugo Breitner eingeführte Finanzierungsmodell für Gemeindewohnungen gegen den Widerstand der KPÖ nicht wieder auf. Trotz Mangels an Baustoffen, Transportkapazitäten und Facharbeitern, der von der SPÖ-Stadtverwaltung als Grund für die Ablehnung des KPÖ-Vorschlags zur Neuauflage des Wohnbauprogramms vorgeschoben wurde, baute man 1947 die Per-Albin-Hanson-Siedlung. Aber die Zahl der nach 1945 neu gebauten Gemeindewohnungen sank nach 1970 auf 3.000 Wohnungen pro Jahr, trotz erheblicher größerem Bedarf.

Die französische Besatzungsmacht richtete sich mit der Einrichtung von Kulturinstituten an eher konservative Teile der österreichischen Elite. Das

Interesse der angehenden Architekten – von Frauen war noch keine Rede – an den Leistungen der französischen Architektur, insbesondere an Le Corbusier, wurde von den Wiener Hochschulen nicht gerade gefördert, eher behindert. Roland Rainer, ehemaliges NSDAP-Mitglied, von 1958 bis 1962 Stadtplaner von Wien und Verfechter des Einfamilienhauses statt Wohnblocks, lehnte Le Corbusiers geometrisches Stadtmodell ab.

Für die US-Amerikaner ergab sich bei ihrem Ziel, den „Aufbau eines antikomunistischen demokratischen Europas“ zu schaffen, ein „Kulturkampf an zwei Fronten: einerseits ein ideologisch-politischer gegen den Sowjetblock und andererseits ein kultureller gegen den Antiamerikanismus“, also die Abneigung gegen den ehemaligen Kriegsgegner, die nicht nur von den Anhängern der Nazis, sondern auch von kultureller Skepsis – auch von linker Seite – gespeist wurde. Mit dem Marshallplan leisteten die USA unbestritten einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs, zugleich wurde aber auch der „American Way of Life“ importiert. Die 1950/51 gebaute Siedlung der US-Militärs in Salzburg zeichnete sich nicht nur durch verschwenderischen Anteil an Grün- und Freiflächen aus, sondern auch durch „großzügig bemessenen Raum für das Automobil und dessen Serviceeinrichtungen“. Dieser Weg der Planung für das Auto bestimmte die weitere Zukunft, die Städte und Dörfer haben bis heute daran zu leiden. Das Eigenheim als herrschende Wohnform (und damit auch die Zersiedelung der Landschaft) wurde ideologisch aufgeladen und durch die USA mit ihrem „Own Your Home Program“ forciert. Die *Österreichische Zentralvereinigung der Architekten* unterstützte dies mit Ausstellungen und redaktionellen Beiträgen in der Fachzeitschrift *Bau* (1946): „Eine Regierungsform, welche die Lebensweise ihrer Bevölkerung und die Wirtschaft möglichst gleichschalten will, die jede individuelle Regung unterdrückt [...], bevorzugt die Errichtung großer Zinskasernen. Dort aber, wo eine Staatsregierung der individuellen Entfaltung Spielraum lässt, weil sie Wert auf persönliche und sittliche Betätigung des einzelnen Individuums legt, die erkennt, dass die Familie die grundlegende Funktion im Gesellschaftsorganismus darstellt, wird die Erbauung von Eigenheimen fördern und propagieren.“

Mit Viktor Matejka und Ernst Fischer übten zu Beginn der Zweiten Republik zwei Kommunisten einen maßgeblichen

Einfluss auf die Kulturbelange aus. Als ein klares Statement gegen die rassistische „Nazikultur“ initiierte Matejka im Sommer 1945 die erste Architekturausstellung in Österreich in Wien. Sie war dem jüdischen Architekten Oskar Strnad gewidmet, der mit Josef Frank zu den Begründern der Wiener Moderne gezählt wird. Ein 1947 in der Zeitschrift *Die Brücke* veröffentlichter Diskussionsbeitrag des sowjetischen Architekten Gagarow zum Wiener Wiederaufbau war typisch für die Programmatik des sowjetischen Städtebaus. Er bemerkte zum Projekt von Egon Fridinger für den Stephansplatz: „Die Gegenüberstellung von romanisch-gotischer Architektur und moderner Glasbauweise muss zweifellos ernst durchdacht werden. Ein derartiger Kontrast könnte dem Zentrum Wiens nur zum Schaden gereichen.“ Unter Chruschtschow kam es zu einer Richtungsänderung, die Monika Platzer als eine „architektonische Konvergenz zwischen den Blöcken Ost und West“ bezeichnet, jedenfalls ein Wiederanknüpfen an die modernistische Tradition in Österreich und damit eine Internationalisierung der architektonischen Sprache.

„Der Antikomunismus wurde partei- und klassenübergreifend Konsens in der Zweiten Republik“, schreibt Platzer wahrheitsgemäß. Diese Ausgrenzung bedeutete aber auch, dass der antifaschistische Grundkonsens verlassen wurde. Man bemühte sich keineswegs, die vor den Austrofaschisten und Nazis Verfolgten und ins Exil gegangenen Kulturschaffenden, auch nicht Architekten, zurückzuholen. Kommunistische ArchitektInnen wie Margarete Schütte-Lihotzky erhielten weitestgehend Berufsverbot.

Monika Platzers Arbeit ist ein rühmlicher Schritt, die Architekturgeschichte ohne Scheuklappen auf der linken Seite zu kontextualisieren. Die Arbeit bietet auch Ansätze für eine Neubewertung des architektonischen Erbes nach 1945, was umso notwendiger ist, als wichtige Werke bereits stark verändert sind (etwa der Sitzungssaal des Parlaments von Eugen Wörle, 1956) bzw. zum Abriss freigegeben wurden (Hotel InterContinental von Holabird and Root/Carl Appel, 1964).

Angesichts der derzeit erstarkenden faschistischen Tendenzen in Europa sind ein offener Diskurs und auch Trauerarbeit über Fehlentwicklungen gefordert. Der antifaschistische Konsens, wie der Konsens über die Erhaltung des Friedens und der ökologischen Grundlagen sind Überlebensfragen.

IVO HAMMER

Erzählen zum Überleben. Ein Fred Wander Handbuch, hg. von Walter Grünzweig, Ute Gerhard und Hannes Krauss. Wien: Theodor Kramer Verlag 2019, 353 S., 30 Euro

Wie kein anderer deutschsprachiger Schriftsteller personifiziert Fred Wanders Leben und Arbeiten das „Jahrhundert der Extreme“. Der 1917 Geborene war schon als Schüler in den 1920er Jahren in Wien antisemitischen Beleidigungen und Übergriffen seiner Mitschüler ausgesetzt. Kurz nach der Annexion Österreichs durch den deutschen Faschismus floh er über die Schweiz nach Frankreich. Als mittellosem Emigrant geriet er mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in die Mühlen der französischen Militärverwaltung. Ende 1942 wurde er nach Auschwitz deportiert. Nach fast drei Jahren unvorstellbaren Grauens erlebt er die Befreiung im KZ Buchenwald. Zurück in Wien wurde er Mitglied der KPÖ und musste erkennen, dass der Antisemitismus mit dem Ende des Faschismus im Handeln der Menschen immer noch vorhanden war.

Ende der 1950er Jahre übersiedelte er zusammen mit seiner Frau Maxie in die DDR. Es folgt eine rege Publikationstätigkeit, die durch die Erzählung „Der siebente Brunnen“ gekrönt wurde, die bis heute zu den wichtigsten literarischen Arbeiten über den Holocaust zählt. Mit der Erzählung gelang erstmalig im deutschsprachigen Raum eine angemessene prosaische Form der literarischen Verarbeitung der Shoah. Nach dem Tod von Maxie verließ er 1983 die DDR in Richtung Wien. Dort entstanden unter anderem der Roman „Hotel Baalbek“, in seiner Bedeutung für die Literatur über den Holocaust ähnlich wichtig wie „Der siebente Brunnen“, und die Autobiografie „Das gute Leben“. Wander starb 2006 mit knapp 90 Jahren in Wien.

Anlässlich seines 100. Geburtstags fand im November 2017 ein dreitägiges Symposium an der TU Dortmund statt, dessen Ergebnisse 2019 im vorliegenden Sammelband publiziert wurden. Der als „Fred Wander Handbuch“ bezeichnete Band gliedert sich in sieben Kapitel und umfasst 31 Beiträge mit Schwerpunkten wie etwa „Erzählen nach der Shoah“, „Reiseliteratur, Jugendliteratur und Journalismus“ und „Literarische Traditionen und Kontexte“. Positiv zu vermerken ist, dass der Erzählung „Der siebente Brunnen“ ein separates Kapitel mit insgesamt sechs Beiträgen gewidmet ist, die sich mit der Bedeutung des Ostjüdischen für

die Erzählung beschäftigen. Überraschend und erfreulich zugleich ist die Vielzahl von Beiträgen zu einem Autor, dessen literarisches Oeuvre bedeutend, doch leider in der Öffentlichkeit wenig präsent ist und dessen Bücher meist nur antiquarisch erhältlich sind. Es gelingt also, einen umfassenden Blick auf die Erforschung des Wander'schen Werkes zu werfen. Dabei fällt auf, dass Wander außerhalb des deutschen Sprachraums sehr intensiv beforscht wird. Dies gilt insbesondere für die Beschreibung jiddischer, ostjüdischer und chassidischer Erzähltraditionen in seinem Werk.

Erin McGlothlin und Hans Höller arbeiten in ihren Aufsätzen wesentliche Merkmale von Wanders Literatur, die die Shoah zum Gegenstand hat, heraus. Sie würdigen seine Empathie, mit deren Hilfe es Wander gelingt, sich in die konkreten Situationen hineinzudenken und sie zu beschreiben. Seine Leistung besteht darin, Menschen in ihrer Alltäglichkeit darzustellen. Dadurch wird es ermöglicht, die Erinnerung an die Häftlinge wachzuhalten, ihnen ihre Persönlichkeit wiedergeben und die Anonymität aufzuheben. Das Prinzip des industriellen Tötens in den Nazi-Lagern, die Opfer zu einer anonymen Masse zu degradieren, hebt Wander mit literarischen Mitteln auf und gibt den Unbekannten ihre Identität zurück, ohne dass die kollektive Qual der Gefangenen aus dem Blick gerät.

Wander schafft es, dies betont Hannes Krauss in seinem Aufsatz, durch seine Erzählungen die Auseinandersetzung mit der Shoah auf eine neue Stufe zu heben, indem er verdeutlicht, dass in den grauenhaften Lebensumständen der Vernichtungslager Menschen nicht auf Insassen reduziert werden können, sondern immer noch als Menschen gelebt haben, die menschliche Beziehungen zueinander pflegten. Ihre Gedanken und Gefühle waren immer auch eine Widerstandshandlung, weil sie der Selbsterhaltung dienten, so dass die Erinnerung daran ein wichtiger Aspekt von Gedenken ist.

Wanders gebrochene Biografie, darüber schreibt Hans Höller, spiegelt sich inhaltlich aber auch formal in seinem Werk wider. Höller spricht deshalb vom „Buch Wander“, ein Begriff, der nachvollziehbar machen soll, dass die Veröffentlichungen „Der siebente Brunnen“, „Ein Zimmer in Paris“, „Hotel Baalbek“ und „Das gute Leben“ ein Zyklus sind, dessen Anerkennung von Leben und Schönheit als Antwort auf den Vernichtungswahnsinn zu verstehen ist. Gleich-

zeitig reflektiert der Begriff das Fragmentarische seines Werkes, dessen zentrales Thema der Vernichtung der europäischen Juden durch den deutschen Faschismus, sich in unterschiedlichen literarischen Disziplinen wie Roman, Erzählung und Autobiographie ausdrückt. Ergänzend beschreibt Ute Gerhard, wie sich das Fragmentarische in der Existenz von Flüchtlingen im Roman „Baalbek“ wiederfindet.

Neben den Schwergewichten des Wander'schen Oeuvres werden eine ganze Reihe von bisher mehr oder minder unbekanntem Sachverhalten dargestellt. Mehrere Aufsätze beschäftigen sich mit Wanders ersten künstlerischen Versuchen als Schriftsteller und Fotograf in Wien. Karl Müller rekonstruiert die Geschichte des verschollenen Romans mit dem Titel „Hekuba“, der stark gekürzt im Globus-Verlag erscheinen sollte, was jedoch nicht realisiert wurde und von dem sich kaum etwas erhalten hat. Laura John untersucht die Zeitungsprosa Wanders der frühen 1950er Jahre, die verstreut in diversen kommunistischen Presseerzeugnissen erschien. Und Maren Horn, die unter anderem die Nachlässe von Maxie und Fred Wander betreut, wartet mit einer kleinen Sensation auf. Sie weist nach, dass Wander bereits 1950 im Globus-Verlag unter dem Pseudonym „Roger Grillon“ eine in Marseille spielende Abenteuergeschichte mit dem Titel „Das Geheimnis in der Rue Bourgogne“ veröffentlichte. Allesamt sind sie Vorarbeiten für „Das Buch Wander“ und deshalb wichtig für das Verständnis seiner späteren Werke.

Einen weiteren Schwerpunkt des Bandes bildet die Reiseliteratur der Wanders. Über einen Zeitraum von rund 20 Jahren veröffentlichte Wander zusammen mit seiner Frau Reisebeschreibungen über Korsika, die Provence und die Niederlande, dazu einen Bildband über Paris. Diese Arbeiten, das zeigt die Untersuchung, können nicht getrennt von seinen schriftstellerischen Arbeiten betrachtet werden. Wanders Exilexistenz spielte sich in Amsterdam, Paris und Südfrankreich ab, die für ihn entgegen aller Widrigkeiten und Katastrophen, immerhin wurde er von Südfrankreich aus nach Auschwitz deportiert, zu intensiven positiven Bezugspunkten wurden.

Wander hatte einen unverkrampften Blick auf die DDR. Er schilderte sehr offen und abwägend ihre positiven und negativen Seiten, auch im Hinblick auf sein eigenes Leben in der DDR, das ein Vierteljahrhundert umfasste. Wichtig

war ihm, dass es aus seiner Sicht keinen spürbaren Antisemitismus gab und die antifaschistische Orientierung dafür sorgte, rechtsradikale Gesinnungen einzudämmen. Dieser Orientierungsrahmen hätte einigen AutorInnen der Publikation gut getan, die leider immer noch entlang der Demarkationslinien des Kalten Krieges argumentieren, in angestrebter Weise vom „antifaschistischen Gründungsmythos“ der DDR sprechen und sich bemühen, Wander und die DDR als Gegensatz zu betrachten. Sie übersehen dabei nicht zuletzt, dass die Erzählung „Der siebente Brunnen“ in der DDR entstand und eben nicht in der BRD.

Mehr Informationen hätte ich mir über sein persönliches Umfeld, seine Lebens- und Arbeitssituation als Schriftsteller in Kleinmachnow und in Wien nach seiner Rückkehr aus der DDR gewünscht. Auch wäre ein Artikel über sein enges Verhältnis zu anderen SchriftstellerkollegInnen, wie zum Beispiel Christa Wolf, in einem Buch darzustellen gewesen, welches den Anspruch erhebt, ein Handbuch zu sein. Einzig die Beziehung von Fred und Maxie Wander wird in einem Beitrag dargestellt. Dieser stammt aus der Feder von Maxies jüngerem Bruder Herbert Sburny, der den LeserInnen auf sehr persönliche Art und Weise diese außergewöhnliche Künstlerbeziehung schildert.

„Erzählen zum Überleben“ ist ein Buch aus einem wissenschaftlichen Kontext. Es wendet sich aber auch an LeserInnen, die sich mithilfe von Sekundärliteratur das Werk von Fred Wander intensiver erschließen möchten, ohne sich in den Dschungel der Fachliteratur begeben zu müssen. Es vermittelt einen umfassenden Einblick in Wanders Arbeiten, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

STEFAN KRAUS

Ilsa Barea-Kulcsar: Telefónica. Roman. Hg. u. mit einem Nachwort von Georg Pichler. Wien: Edition Atelier 2019, 352 S., 25 Euro

In den letzten Jahren ist nicht zuletzt im deutschsprachigen Raum einiges über den Spanischen Bürgerkrieg recherchiert und publiziert worden. Um literarische Quellen hat sich insbesondere Erich Hackl verdient gemacht, zuletzt mit dem Sammelband „So weit uns Spaniens Hoffnung trug“ (Zürich 2016), nachdem er schon 30 Jahre zuvor eine literarische Auswahl vorgelegt hatte, sodass die Frage berechtigt erscheinen konnte, ob es auf diesem Gebiet tatsächlich noch etwas

zu entdecken geben könnte, das nicht im Großen und Ganzen schon „abgehandelt“ worden wäre.

Nun hat der aus Graz stammende, seit mehr als zwei Jahrzehnten an der Universidad de Alcalá (bei Madrid) lehrende Georg Pichler den 1939 fertiggestellten, aber nie als Buch publizierten Roman einer gebürtigen Wienerin ausgegraben und zugänglich gemacht: *Telefónica*. Das Werk hatte Ende der 1940er Jahre lediglich als Fortsetzungsroman in der Wiener *Arbeiter-Zeitung* das Licht der Welt erblickt. Zeitgleich hat Pichler den Roman auch in Madrid – erstmals (von Pilar Mantilla) ins Spanische übersetzt – herausgegeben. Dieser Roman komprimiert vieles, was seit damals SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen und parteilose Linke an der Spanischen Republik und dem dreijährigen Bürgerkrieg einerseits fesselt und andererseits dieselben Linken auseinanderbringt. Ein informatives und ausführliches Nachwort Pichlers, für historisch weniger sattelfeste LeserInnen auch als Vorwort zu empfehlen, trägt nicht unwesentlich zum Verständnis bei.

Die 1902 als Ilse Wilhelmine Elfriede Pollack geborene Autorin hatte, als sie 1936 nach Spanien ging, um die vom faschistischen Putsch bedrohte soziale Republik publizistisch zu unterstützen, bereits eine bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Im Zeitraffer: 1921 auf Einladung von Willi Münzenberg Teilnahme am II. Internationalen Jugendkongress in Berlin und Moskau, Wirtschaftsredakteurin der Wiener *Roten Fahne*, 1922 Heirat mit dem KPÖ-Mitglied Leopold Kulcsar (1900–1938), gemeinsamer Parteiaustritt 1925, zugleich aufrechte Verbindungen mit sowjetischen Stellen. Mitglied der SDAP, u.a. 1931 bis 1933 als „Wanderlehrerin“, z.B. in Zusammenarbeit mit Koloman Wallisch in der Steiermark, nach dem Februar 1934 Mitglied der linkssozialistischen *Gruppe Funke*, Emigration nach Brünn. Trennung von ihrem Mann, der ab 1936 in Prag als Botschafts-Pressechef der Spanischen Republik arbeitet, während Ilse am 2. November 1936 in Madrid einlangt, wo sie als Journalistin die Republik unterstützen will. Dazu allerdings kommt sie nicht, weil sie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse wie auch ihrer politischen Erfahrung sofort von der Republik „in Beschlag genommen“ wird.

Telefónica hieß das damals höchste Gebäude Madrids, für damalige Verhältnisse ein „Wolkenkratzer“ von dreizehn Stockwerken, der der American Tele-

phone Company gehörte. Zu Beginn des Bürgerkriegs wurde das Gebäude unter die Kontrolle der Militärbehörden der Republik gestellt. In einigen Stockwerken davon, auch im Keller, spielt sich das auf wenige Tage komprimierte Geschehen des Romans ab. Im Großen und Ganzen wird die Geschichte aus dem autobiografischen Erleben der Autorin gespeist: Die Hauptperson Anita beschäftigt sich nicht nur mit denselben Aufgaben wie Ilse (die bald nur noch Ilsa heißen wird), sondern sie ist ihr bis in manche Kleinigkeiten nachgezeichnet.

Aber es handelt sich eben nicht um eine Autobiografie, sondern um einen spannend gebauten Roman. Vom *Telefónica*-Gebäude aus gingen all jene Berichte der Journalisten, die von der republikanischen Seite aus über den Bürgerkrieg berichteten, in alle Welt hinaus. Anitas Aufgabe war es, diese Berichte zu prüfen, gegebenenfalls zu zensurieren und freizugeben (oder zu sperren) – also keine militärisch oder taktisch ungünstigen Informationen über die ausländischen Zeitungen an den Feind gelangen zu lassen. Ihr zunächst feindselig gesinnter Vorgesetzter Agustín hieß im realen Leben Arturo Barea und sollte später Ilsas Mann werden. Kontakte mit André Malraux, John Dos Passos, Joris Ivens, aber auch mit dem sowjetischen *Prawda*-Redakteur und „Instrukteur“ Michail Kolzow und anderen politisch oder künstlerisch hochrangigen Akteuren fließen indirekt in den Roman ein. Vor allem aber kann uns Barea-Kulcsar mit diesem Werk heute etwas darüber erzählen, womit sich die Kämpferinnen und Kämpfer für die Spanische Republik auseinandersetzten, welche Probleme sich ihnen stellten und wie sie sich zueinander verhielten.

Hier erweist sich der Roman reich an Beobachtungen, die man manchen oberflächlichen linken Wahrheitsinhabern aller Fraktionen der letzten Jahrzehnte gerne nahebrächte. Der Roman wird dominiert von drei Themen, die auch im realen Bürgerkrieg nicht ohne Bedeutung waren, ohne dass dies heute gebührend gewürdigt würde. Da ist einmal der Themenkomplex Spionage, Spionageverdacht und Spionagebeschuldigung. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten unter vielen Linken eingebürgert, insbesondere kommunistischen Funktionären im Bürgerkrieg eine Spionagehysterie nachzusagen. Nach der Lektüre von „*Telefónica*“ erscheint dies eher als nachträgliche Zuschreibung und auch erst in Verbindung mit dem in Spanien zunächst eher unbedeutenden sowjetisch propa-

gierten Anti-Trotzkismus-Wahn. Und selbst dann war „Trotzkismus“ manchmal nur eine bequeme Punze, hinter der sich handfeste banale persönliche Rivalitäten oder Interessen verbergen konnten.

Tatsächlich war die Spionagethematik sämtlichen republikanischen Strömungen inhärent. Das war allein schon dadurch bedingt, dass mit Beginn des Bürgerkriegs auf dem Territorium der Republik naturgemäß eine mehr oder weniger pluralistische Gesellschaft bestand, also auch Menschen anwesend waren, die durch die Faschisten instrumentalisiert werden konnten. Zudem waren die aus dem Ausland angereisten Kriegsbericht-erstatte der Republik gegenüber zunächst größtenteils feindlich gesinnt oder distanziert, teils ahnungslos, und beachteten selten die erforderlichen Gesetze der Kriegsführung. So beschreibt Barea-Kulcsar bereits zu Beginn, wie Anita von den „machthabenden“ anarchistischen Funktionären nahezu automatisch der Spionage verdächtigt wurde, wie gefährlich und lebensbedrohend dies sein konnte, und wie schwer dagegen zu argumentieren und zu handeln war. Gegen Ende des Romans wird Anita auch vom spanischen kommunistischen Geheimdienst SIM und wohl auch von Komintern-Funktionären bespitzelt und in Gefahr gebracht.

Die zweite auffallende Thematik ist das Misstrauen eines Teils der republikanischen Gesellschaft, nicht zuletzt auch von FunktionärInnen, gegenüber Ausländern (Ausländerinnen traf dies noch stärker). Spätere Idealisierungen, insbesondere im Zusammenhang mit den Internationalen Brigaden, überspielen nicht selten, dass die spanische Gesellschaft damals eine der rückständigsten Westeuropas war, abgeschottet vor allem durch die katholische Kirche und den Feudalismus gegenüber allem oder vielem Fremden, das das Althergebrachte in Frage stellen konnte. Die Republik hatte gerade erst begonnen, solche immer noch weit verbreiteten Engstirnigkeiten aufzubrechen. In vielen großartig gebauten Dialogen macht Barea-Kulcsar diese Ausländerfeindlichkeit ohne naseweises Moralisieren anschaulich.

In Erich Hackls Sammlung „So weit uns Spaniens Hoffnung trug“ konnte man im Aufsatz von Ruth Rewald „Die Wandlungen der spanischen Frau“ aus dem Jahr 1938 lesen: „Denn bis zum Jahre 1936 sind die Frauen in einer für uns andere Europäerinnen unvorstellbaren Rückständigkeit gehalten worden. 60 Prozent, in manchen Gegenden 80

Prozent, waren Analphabeten und sind es zum größten Teil noch. [...] Sie wurden fast wie Haustiere behandelt.“ Selten spielen diese Umstände heute im Bewusstsein jener Menschen eine Rolle, die sich mit dem Bürgerkrieg befassen. Dabei ist es doch offensichtlich, wie sehr dies auch die republikanischer Seite, die ja, wie wohl nicht explizit, die Befreiung des weiblichen Geschlechts auf ihre Fahnen geschrieben hatte (und z.B. gesetzlich erstmals die Ehescheidung ermöglichte), prägen musste; wie schwierig, ja eigentlich unmöglich es sein musste, einerseits die weibliche Seite des revolutionären Aufbruchs zur Geltung kommen zu lassen und andererseits, wie sehr die männliche, machistische Dominanz das Denken und Handeln auch von republikanischen Männern zwangsläufig behinderte.

Dabei ist auffällig, dass sich nach Barea-Kulcsars Darstellung manche anarchistischen Männer – im Unterschied zu Österreich – den Frauen gegenüber besonders rückständig und machistisch verhielten. (Was die Euphorie manch heutiger Idealisierer des spanischen Anarchismus der 1930er Jahre vielleicht etwas dämpfen sollte.) „Telefónica“ ist auch ein Roman über Liebe und Geschlechterbeziehungen. Barea-Kulcsar zeichnet dabei die äußerliche Erscheinung ihres Alter Egos Anita überwiegend und teilweise übertrieben „unweiblich“ und im Blick der Anderen als „keine richtige Frau“, wozu mehr oder weniger das gesamte übrige weibliche Personal im Telefónica-Gebäude in auffälligem Gegensatz steht: Dieses habe andauernd nur äußerliche Weiblichkeit und „Männergeschichten“ im Kopf, „Schminken und Brauenzupfen“, bewege sich mit „angelernten Reizbewegungen“, sehe seine persönliche Zukunft ausschließlich im „Besitz“ eines Mannes – weswegen bei all diesen Frauen in unterschiedlichsten Situationen dann ständig Eifersucht eine große Rolle spielt (die umgekehrt auch Männer dominiert und darüber hinaus politisch instrumentalisiert werden konnte).

Andererseits zog u.a. die „Miami-Bar“ nicht nur Journalisten, sondern auch Durchschnittsmänner und Funktionäre an, weil dort „viele Dirnen“ (und obwohl auch jede Menge „Spitzel“) verkehrten. Die Autorin macht begreiflich, dass für viele, insbesondere arme spanische Frauen die Grenze zwischen Prostitution und „Angeln nach einem Ehemann“ (als einziger Möglichkeit, der Trostlosigkeit zu entkommen) fließend war. Barea-Kulcsar beschreibt weder Frauen noch Män-

ner denunziatorisch, sondern gibt ohne Dogmatismus Richtungen an, in die befreiendes Handeln für beide Geschlechter gehen könnte. Dies gelingt ihr insbesondere durch die plastische Gestaltung von Dialogen, die sie auch bei alltäglichen Konflikten zwischen AnarchistInnen und KommunistInnen so anlegt, dass in der Regel Verständnis für beide Positionen im Mittelpunkt steht, ohne in Prinzipienlosigkeit zu verfallen. Barea-Kulcsars Bemühen ist es unzweifelhaft, die Volksfront in den Vordergrund zu rücken und führende VertreterInnen der unterschiedlichen Lager, ob der KommunistInnen, der AnarchistInnen oder der SozialistInnen, nicht zu denunzieren.

Auch die „Zensurin“ Anita versucht von Anfang an, ihren Vorgesetzten begreiflich zu machen, dass die starre Anwendung von „Vorschriften“ gegenüber Schriftstellern und Journalisten in der Regel kontraproduktiv ist. Wer schreibt, braucht schriftstellerischen Spielraum, da ansonsten nur blutleere Berichte das Ausland erreichen, zum Nachteil der republikanischen Sache. Anitas Kämpfe um einen kreativen Umgang mit den journalistischen Berichten und ihren Verfassern konnten so plastisch geschildert werden, weil die Autorin sie in der Realität führen musste, ohne sie immer zu gewinnen.

Trotz all dem drastischen, aber zugleich unaufgeregtem Realismus verfällt Barea-Kulcsar nie in einen für Kriegsjournalismus und Kriegsliteratur typischen Zynismus, sondern durchbricht die negative Realität des Krieges immer wieder. Etwa durch Anitas „einzige Antwort, die ich heute weiß“, ein Lied, „es stimmt noch immer“, dessen letzte Strophe lautet: „Wo ich sterbe, wie ich sterbe, weiß ich nicht. / Auf der Straße, in der Zelle, vor dem Standgericht / Eins nur von mir selber weiß ich heut: / Was ich auch gegeben hab', es hat mich nie gereut.“ Und so endet der Roman auch in der absehbaren Niederlage mit zwei Zweigen eines blühenden Mandelbaums auf ihrem Schreibtisch, als „kleine menschliche Hoffnung mitten im Bürgerkrieg. Diese Hoffnung ist nie verwelkt.“

Barea-Kulcsar lebte bis zum Tod ihres Mannes Ende der 1950er Jahre im englischen Exil und übersiedelte dann nach Österreich, wo sie für die Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsbund tätig war. Sie starb 1973.

Postskriptum. Innerer Monolog eines Journalisten: Es entstünde „wieder eine von jenen Greuelgeschichten, die falsch wirken, selbst wenn sie wahr sind, sofern

man nicht bis an die Wurzel der Sache geht. Alle Greuelgeschichten sind irgendwie falsch, dachte er. Zum Beispiel: Die Greuel des Bombardements sind real, aber wenn man nur sie berichtet, werden Einzelheiten des Krieges als moralisches Problem behandelt, nicht der Krieg als solcher.“ – Legionen von JournalistInnen, auch SchriftstellerInnen hätten solche Sätze seit Jahrzehnten hinter die Ohren geschrieben bekommen müssen! Ob es was genützt hätte bei ihren Berichten über den jugoslawischen Bürgerkrieg, Libyen, Afghanistan, Irak, Syrien usw.?

KARL WIMMLER

Erich Hackl: Im Leben mehr Glück. Reden und Schriften. Zürich: Diogenes 2019, 432 S., 25,70 Euro

Nach „In fester Umarmung“ (1996) und „Anprobieren eines Vaters“ (2004) liegt jetzt mit „Im Leben mehr Glück“ ein dritter Band mit Geschichten und Aufsätzen von Erich Hackl vor. In dieser Neuerscheinung finden sich neben Erzählungen eine Reihe von publizistischen Arbeiten, aber auch Trauerreden und Nachrufe, die er in den vergangenen 20 Jahren verstreut in diversen Printmedien veröffentlicht hat und die überarbeitet und thematisch neu geordnet wurden. Intensiver als die beiden vorangegangenen Aufsatzsammlungen verdeutlicht der vorliegende Band, dass sich Hackl nicht auf seine bekannten Erzählungen und Romane reduzieren lässt. Denn erst in seinen Reden und Aufsätzen wird das „Universum Erich Hackl“ erkenn- und nachvollziehbar. Seine thematischen Schwerpunkte – Spanischer Krieg und das Schicksal österreichischer Interbrigadisten, WiderstandskämpferInnen gegen den österreichischen und deutschen Faschismus, Exil österreichischer Jüdinnen und Juden in Lateinamerika und ihre Verfolgung durch die dortigen Militärregime – sind allesamt in dem Buch präsent.

Die Vielzahl der veröffentlichten Geschichten macht deutlich, dass seine großen bekannten Erzählungen keine isolierten Arbeiten sind, sondern aus einem kontinuierlichen Arbeitsprozess heraus entstehen, der sich im Nachspüren von Schicksalen des linken Widerstands vollzieht. Hackls Nachrufe bestärken diesen Eindruck, weil sie seine persönlichen Beziehungen zu den Menschen belegen, über die er schreibt. Hackls literaturwissenschaftliche Ausbildung und Ambition wird auch anhand

der Aufsätze über zu Unrecht in Vergessenheit geratene AutorInnen der Linken deutlich. Seine Auseinandersetzung mit dem Leben und Werk von Literaten wie Diego Viga, Rodolpho Walsh, Roque Dalton, Jura Soyfer, Franz und Eugenie Kain reflektiert gleichfalls Hackls Arbeitsverständnis einer engagierten parteiischen Literatur.

Intensiver als seine Romane gibt das Buch Einblicke in Hackls Arbeitsweise. Er versteht sich nicht als der allwissende und urteilende Erzähler, sondern er tritt hinter seine Geschichten zurück. Seine Geschichten gehören den Menschen, über die er berichtet. Sie entstehen aus Begegnungen und Gesprächen mit denen, über die er schreibt. Bemerkenswert an den zusammengestellten Schriften ist die hohe literarische Qualität. Hackls Sprache, die zutiefst berührt, hat in den Kurzgeschichten die gleiche Intensität wie in seinen bekannten Arbeiten wie „Abschied von Sidonie“ oder „Familie Salzmann“. Er legt für die im Sammelband vereinten Geschichten die gleiche sprachliche Sorgfalt an den Tag, sodass auf Lesegenuss nicht verzichtet werden muss. Seine konzentrierte Erzählweise, seine Fähigkeit, mit wenigen Worten Spannung zu erzeugen und Dinge auf das Wesentliche zu fokussieren, ist ein Merkmal der zusammengestellten Arbeiten. Er selbst bezeichnet seine Literatur als „forschendes dokumentarisches Schreiben“.

Neben dem erzählerischen Moment geben viele Arbeiten Auskunft über die politischen Positionen und Ansichten des Autors. Für ihn ist es wichtig, Menschen, die von den Nazis verfolgt wurden, nicht auf die Opferrolle als graue, einförmige und geschorene Masse von armseligen Gestalten zu reduzieren. Das wäre seiner Meinung nach genau das Bild, das der Faschismus von seinen Opfern erzeugen wollte, nämlich Menschen bar jeder Individualität und Vorgeschichte. Erinnern an den antifaschistischen Widerstand bedeutet für Hackl auch politische Einmischung. Die herrschende Meinung treibt den gesellschaftlichen Umbau in Richtung „rechts“ und da passt es, Widerstand klein und Skeptizismus und Opportunismus das Wort zu reden. Hackls Bemerkung, dass immer nur Minderheiten Terrorregimen getrotzt haben, ist ein wichtiger Diskussionsbeitrag gegen das Zerreden des antifaschistischen Widerstands als marginal inklusive seiner Verunglimpfung als „Mythos“.

Hackls Geschichten wirken aktivierend, weil sie aufrütteln, Empörung her-

vorrufen und Bereitschaft erzeugen, sich zu engagieren. Empörung über unmögliche Zustände ist für Hackl ein wichtiger Schreibgrund. Nicht verwunderlich, dass für ihn Kunst ohne soziale Verantwortung nicht auskommt, weil sie sonst unweigerlich die herrschenden unsozialen Zustände begünstigt. Sie wird im Ergebnis antiaufklärerisch, was er in Auseinandersetzung mit der österreichischen Avantgarde am Beispiel der *Wiener Gruppe* veranschaulicht.

Wer das Universum des Erich Hackl näher kennenlernen möchte oder mit Hackls Worten „im Erinnern an von Menschen erlittenes Unglück Möglichkeiten des unverstellten Glücks aufzuspüren“ gedenkt, dem bzw. der bietet die Aufsatzsammlung „Im Leben mehr Glück“ viele positive Leseerlebnisse. Denjenigen, die ein gutes Buch lesen möchten, auch.

STEFAN KRAUS

Maximilian Graf/Sarah Knoll/Ina Markova/Karlo Ruzicic-Kessler: Franz Marek – ein europäischer Marxist. Die Biografie. Wien: Mandelbaum-Verlag 2019, 316 S., 25 Euro

Nur zwei Jahre nach der Herausgabe der Autobiografie von Franz Marek („Beruf und Berufung Kommunist“) veröffentlichte das gleiche (bzw. erweiterte) HistorikerInnenteam im selben Verlag eine Biografie Mareks unter dem Titel „Franz Marek – ein europäischer Marxist“. Nachgezeichnet wird Mareks Lebensweg (1913–1979) als illegaler Kommunist unter dem austrofaschistischen Regime, als führender Widerstandskämpfer in der französischen Resistance, der bis zur Befreiung in der Todeszelle landete, als führender KPÖ-Funktionär bis in die 1960er Jahre, als Kritiker des Kurses der Partei vor und nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ bis zu seinem Ausschluss im Jahr 1970 und schließlich bis zu seinem Tod als Chefredakteur der Zeitschrift *Wiener Tagebuch*. Die AutorInnen stützen sich dabei auf die erwähnte Autobiografie, auf zahlreiche Erinnerungsbücher von zeitgenössischen KommunistInnen und auf Artikel Mareks in der Parteipresse. Was die Biografie von der Autobiografie unterscheidet, ist die Einbettung von Mareks Werdegang und Wirken in den Kontext der Entwicklung der österreichischen, europäischen und internationalen kommunistischen Bewegung sowie die Weiterführung Mareks Wirken in die Zeit des *Wiener Tagebuchs*. Denn die Auto-



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

NS-Euthanasie in der „Ostmark“

Aktionen, Orte, Dimensionen

Vortrag von Mag. **Florian Schwanninger**

(Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim)

Der Vortrag versucht, 80 Jahre nach dem Beginn der Morde an Menschen, die in der NS-Ideologie als „unnütze Esser“ und „lebensunwertes Leben“ galten, einen Überblick über die entsprechenden Ereignisse auf dem Gebiet der damaligen „Ostmark“ zu geben. Es



sollen die unterschiedlichen Aktionen im Rahmen der NS-Euthanasie dargestellt, ihr Zustandekommen und ihre Dimensionen an den unterschiedlichen Schauplätzen beleuchtet werden. Darüber hinaus werden der Stand der Forschung sowie entsprechende Desiderata analysiert und diskutiert.

Mag. **Florian Schwanninger**, Studium der Geschichte an der Universität Salzburg. Ab 2005 am Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim tätig, seit 2014 als Leiter. Mitglied der wissenschaftlichen Kommission des Forschungsprojekts „Erste Republik“ des Landes Oberösterreich (2011) und des wissenschaftlichen Beirats des Franz und Franziska Jägerstätter Instituts (2017). Forschungsschwerpunkte: NS-Euthanasie, Widerstand, ArbeiterInnenbewegung, Erinnerungskultur.

Mittwoch, **4. März 2020**, 18.00
transform!, **Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien**

*Im Anschluss daran **Generalversammlung** der Alfred Klahr Gesellschaft*

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Sabine Fuchs, Michael Graber, Ivo Hammer, Christian Kaserer, Claudia Kuretsidis-Haider, Stefan Kraus, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Rudolf Müller, Helmut Rizy, Erich Sameck, Florian Schwanninger, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Biografie Mareks, 1974 verfasst, endete mit seinem Ausschluss aus der KPÖ.

Zur Motivation der AutorInnen, sich mit der Biografie Franz Mareks zu befassen, schreiben sie im Vorwort: „Ungeachtet seines internationalen Schaffens blieb seine Vita untrennbar mit der Geschichte der Ersten und Zweiten Republik verbunden. Anhand seines Lebens lässt sich die Parteigeschichte in der Zwischenkriegszeit, der Bürgerkrieg 1934, die Dollfuß-Schuschnigg Diktatur, der Widerstand gegen das NS-Regime, die Verfolgung jüdischer ÖsterreicherInnen in der NS-Zeit und der politische Wiederaufbau nach 1945 umfassend darstellen. Gleichzeitig eröffnet Mareks Biografie den Blick auf zahlreiche, über Österreich hinausgehende – und doch untrennbar mit der österreichischen Geschichte verbundene – gesellschaftliche

und politische Umbrüche des 20. Jahrhunderts: vom oft tödlichen Widerstandskampf in der Resistance, über den stalinistischen Kommunismus zu den Reformkommunisten in Westeuropa.“

Was Franz Mareks Biografie und Wirken für heutige LeserInnen weiterhin interessant macht, ist – was auch die AutorInnen hervorheben – seine Wandlung vom „gläubigen“ Stalinisten, als den Marek sich selbst bezeichnete, zum Kritiker des realen Sozialismus, allerdings bis zum Ausschluss eben innerhalb der kommunistischen Partei und der kommunistischen Bewegung. Er verkörperte einen Widerspruch, den seine Partei, aber auch die meisten europäischen Parteien nicht lösen bzw. aufheben konnten und auch nicht wollten.

Außerhalb der Partei, als Chefredakteur des monatlich erscheinenden *Wiener*

Tagebuchs, war Marek nicht mehr politischer Akteur, sondern Kommentator und Beobachter. Als solcher unterstützte er in seiner Kolumne „Chronik der Linken“ und in zahlreichen weiteren Artikeln den „Eurokommunismus“ in Westeuropa, was ihm die Bezeichnung „Eurokommunist Nr. 1“ im Nachruf des sozialistischen Publizisten Günther Nenning eintrug – und zwar zu Recht, denn mit dem Namen Marek ist das Programm der KPÖ aus dem Jahr 1965 verbunden, das die spätere eurokommunistische Orientierung mehrerer europäischer kommunistischer Parteien in den 1970er Jahren vorwegnahm. Auf Basis von Recherchen in italienischen Archiven werden im Buch erstmals die Beziehungen Mareks zur KPI und einiger ihrer führenden Persönlichkeiten dargestellt.

MICHAEL GRABER